

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 2878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 20. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aufklärung dringend geboten!

Nürzlich ging eine besonders erbauliche Nachricht von einem preussischen Germanisierungsversuch durch die Presse. Nach den betreffenden Mitteilungen waren drei polnische Oberprimaner, die bereits ihr Abiturientenexamen bestanden hatten, denen aber wegen ihrer Beurteilung im Thorner Gymnasialexamen das Reifezeugnis verweigert worden war, nach Lemberg gefahren, um dort das Abiturientenexamen nochmals abzulegen, worauf sie von selbst wieder in ihre Heimat zurückkehrten, um sich hier zur Abkündigung der über sie verhängten Gefängnisstrafe zu melden. Kaum aber hatten sie das elterliche Haus betreten, als sie auch schon verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden sein sollen. Nach Abkündigung ihrer Strafe soll man sie der Militärbehörde übergeben haben, die ihnen das Recht zum einjährig-freiwilligen Dienst ab sprach und sie sofort als Zweijährige einreichte.

Wir wollen hiermit der Deutlichkeit eingehend beweisen, daß die Prozedur, so weit sie sich beim Militär abspielte, im höchsten Grade ansehnlich war, wobei wir annehmen, daß die Dinge sich wirklich so abspielten, wie die Zeitungen erzählten. Da die Angelegenheit sehr viel Staub aufwirbelte, trotzdem aber kein Dementi erfolgte, so wird sie wohl der Wahrheit gemäß berichtet worden sein.

Zunächst taucht die Frage auf, ob den Oberprimanern die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen werden durfte. Hier sind wieder zwei Fälle zu unterscheiden, nämlich ob den Primanern der Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst bereits ausgehändigt war oder nicht. Waren die Polen schon im Besitze des Scheines, was bei ihrem Alter sehr wahrscheinlich ist, so durfte ihnen die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nur dann aberkannt werden, wenn die Voraussetzungen des § 93 Ziffer 8 und 9 der Wehordnung gegeben waren. Sehen wir selbst zu, ob diese Ziffern zutreffen. Die Ziffer 8 sagt:

„Wer den Zeitraum der ihm gewährten Zurückstellung verstreichen läßt, ohne sich zum Dienstantritt zu melden, oder nach Annahme zum Dienst sich rechtzeitig zum Dienstantritt zu stellen, verliert die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst.“

und Ziffer 9 sagt:
 „Zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigte, welche nach Erteilung dieser Berechtigung wegen strafbarer Handlungen verurteilt werden, die, wenn sie während ihrer aktiven Dienstzeit begangen, ihre Vererbung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zur Folge gehabt haben würden, verlieren durch Entscheidung der Ersatzbehörde dritter Instanz die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst.“

Was die oben zitierte Ziffer 8 anbelangt, so kann sie bei den Polen überhaupt nicht in Betracht kommen, denn hier handelt es sich nur um den Dienstantritt. Einjährig-freiwillige können den Dienst aber nur am 1. April und 1. Oktober antreten. Den 1. Oktober 1902 können die jungen Polen, falls er ihre ursprüngliche Termin zum Dienstantritt war, unmöglich übersehen haben, dieweilen wir erst September schreiben, und der 1. April 1902 kam für die drei „Schwerverbrecher“ auch nicht gut der Einstellungstermin gewesen sein, weil sie im Frühjahr 1902 nicht nur ihr Abiturientenexamen machten, sondern auch noch in einem Prozeß verwickelt waren. Auf Grund der Ziffer 9 kann also die Aberkennung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht geschehen sein. Dann vielleicht auf Grund von Ziffer 9? Hier müssen wir zunächst fragen, wann die Vererbung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erfolgen darf. Ausschluß hierüber giebt das Reichs-Militär-Strafgesetzbuch. Dieses bestimmt in § 37:

„Auf Vererbung in die 2. Klasse des Soldatenstandes muß erkannt werden, neben dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte, wenn die Dauer dieses Verlustes drei Jahre nicht übersteigt.“

Dieser Paragraph ist auf die jungen Polen von vornherein unanwendbar, weil ihnen wegen des von ihnen begangenen „Reates“ der Gefängnisstrafe die bürgerlichen Ehrenrechte auch dann nicht hätten genommen werden dürfen, wenn sie schon aktive Soldaten gewesen wären. Das Militär-Strafgesetzbuch handelt nämlich von den „geheimen Verbindungen“ überhaupt nicht und daher wären die jungen Polen, auch wenn sie ihre Missethat sich in Uniform hätten zu Schulden kommen lassen, immer noch dem bürgerlichen Strafgesetzbuch abzuurteilen gewesen. Dieses gestattet aber bei Gefängnisstrafe die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht, wie die §§ 128, 129 und 32 des Reichs-Strafgesetzbuchs beweisen.

Mit dem § 37 des Militär-Strafgesetzbuchs ist es also auch nicht. Nun ist noch § 38 zu erwähnen, der sagt:

„Auf Vererbung in die 2. Klasse des Soldatenstandes kann erkannt werden: 1. In wiederholtem Mordfall. 2. Wenn die Verurteilung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Raubes, Erpressung, Falscherei, Betruges oder Urkundenfälschung erfolgt, auch wenn der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nicht eintritt.“

Weiter verfügt bezw. erlaubt das Militär-Strafgesetzbuch die Vererbung in die 2. Klasse des Soldatenstandes noch bei Fahnenflucht, Gefährdung der Kriegsmacht im Felde, Aufruhr. Daß alle die genannten Vergehen und Verbrechen mit dem „Vergehen“ der drei Oberprimaner nichts zu thun haben, muß auch der bornierteste Soldat einsehen. Andre gesetzliche Bestimmungen als die Ziffern 8 und 9 des § 93 der Wehordnung existieren in der bewußten Hinsicht nicht und daher war auch die Aberkennung des Rechtes zum einjährig-freiwilligen Dienst für den Fall, daß die drei Polen den Berechtigungsschein bereits hatten, nicht gesetzlich.

Sollten die Oberprimaner aber noch nicht im Besitze des Berechtigungsscheines gewesen sein, was in Anbetracht ihres Alters freilich nicht wahrscheinlich ist, so hätte die Verweigerung des Berech-

tigungsscheines auf Grund von § 80 Ziffer 4 der Wehordnung geschehen müssen. Hier kann als erster Grund in Betracht kommen, daß ein junger Mann zwar die nötige Vorbildung, aber nicht die Mittel hat, sich während seines aktiven Dienstjahres selbst zu verpflegen, auszurüsten etc. Daß just alle drei polnischen Oberprimaner so arme Schläder sein sollen, ist aber doch nicht anzunehmen. Weiter darf der Berechtigungsschein solchen jungen Leuten verweigert werden, die ein Unbescholtenheitszeugnis nicht vorlegen können, also vorbestraft sind.

Hier aber empfiehlt die Wehordnung ausdrücklich Milde, indem sie schreibt: „Ist aus der Art des Vergehens und der dabei in Betracht kommenden Lebensumstände unter gleichzeitiger Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Betreffenden Anlaß zu einer milden Beurteilung gegeben, auch die sonstige Führung des Wehrtragnen eine gute gewesen, so kann derselbe durch die Ersatzbehörde dritter Instanz von Verurteilung eines Unbescholtenheitszeugnisses befreit werden.“ Es kann aber doch wirklich kein Zweifel sein, daß „die Vererbung“ der drei Oberprimaner „eine mildere Beurteilung“ verdient. Außerdem möchten wir darauf hinweisen, daß, wie vorhin bargelegt, den Polen das Recht zum einjährigen Dienst wegen ihres Reates nicht hätte genommen werden können, wenn sie den Berechtigungsschein bereits gehabt hätten. Ist ihnen aber wegen des nämlichen Verstoßes das genannte Recht nur deswegen genommen worden, weil sie zufällig nicht im Besitze des Berechtigungsscheines waren, so ist dies absolut nicht zu billigen. Geschicklich, daß jungen Leuten, die den Berechtigungsschein noch nicht haben, das Recht zum einjährigen Dienst wegen Vergehens entzogen wird, wegen welcher den den Berechtigungsschein bereits Besitzenden das bewußte Recht nicht aberkannt werden kann, so springt als Resultat der direkte Unfug heraus, daß Leute, die jünger sind, für Dinge bestraft werden, die älteren strafflos hingehen, denn in der Regel werden jene, die den Berechtigungsschein haben, älter sein als solche, die ihn noch nicht haben. Hiernit sind wir mit der Untersuchung, ob im konkreten Fall der Entzug der Berechtigung zum einjährigen Dienst einwandfrei war, fertig. Da wir dabei zu einem negativen Resultat kamen, wird man es uns wohl verzeihen, wenn wir Aufklärung verlangen.

Aber noch viel, viel dunkler ist der zweite Teil der Tragödie, nämlich die sofortige zwangsweise Einstellung der Oberprimaner. Wie bekannt, fällt der allgemeine Rekruteneinstellungstermin in die Monate Oktober oder November. Es hätten also die drei Polen, auch wenn man ihnen die Berechtigung zum einjährigen Dienst genommen hätte, erst im nächsten Oktober oder November ins Heer eingereiht werden dürfen. § 93 Ziffer 8 Absatz 2 der „Wehordnung“ sagt auch ganz deutlich:

„Sofort die Berechtigung nicht wieder verliehen wird, fñhrt dieselbe Behörde (Ersatzbehörde dritter Instanz) die Einstellung zu zweijährigen aktiven Dienst bei dem nächsten Rekruteneinstellungstermin herbei.“ Daß man die drei jungen Leute aber dennoch schon in diesem Sommer in die Kasernen steckte, kann einzig und allein dadurch erklärt werden, daß man sie als sogenannte „unsichere Dienstpflichtige“ behandelte.

Was ist nun ein „unsicherer Dienstpflichtiger“? Zur Beantwortung müssen wir etwas ausholen. Unter den Vagabunden und Landstreichern befinden sich natürlich auch solche, die sich um ihre Militärpflicht gar nicht kümmern, sich nicht zur Stammrolle melden, auch zu keiner Aushebung und Musterung kommen. Für diese Leute, die man unsichere Dienstpflichtige nennt, wurde nun bestimmt, daß sie, sobald sie von der Polizei aufgegriffen werden, an das nächste Bezirkskommando abzuliefern sind. Hier werden sie ärztlich untersucht und, wenn man tauglich befunden, sofort dem nächstliegenden Infanterie- oder Truppenteil überwiesen. Als Einstellungstermin gilt nicht der Ablieferungstag an die Truppe, sondern der nächste Rekruteneinstellungstermin, was für die unsicheren Dienstpflichtigen oft eine wesentliche Verlängerung ihrer aktiven Dienstzeit bedeutet. Wurde z. B. ein solcher Mann im Mai 1902 eingeliefert, so rechnet seine aktive Dienstzeit doch erst vom nächsten Oktober an. Daher kommt er erst im September 1904 zur Entlassung, das heißt er muß statt zwei Jahre zwei Jahre und fünf Monate aktiv dienen. Die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß ein Wehrpflichtiger als unsicherer Heerespflichtiger behandelt werden darf, ist aber, daß er sich in böser Absicht oder wiederholt den Ersatzbehörden entzogen hat. Um jeden Zweifel auszuschließen, sei die betreffende Bestimmung der Wehordnung angeführt. § 26 Ziffer 7 Absatz 3 dieser Verordnung lautet:

„Ist diese Veräumnis (der von den Ersatzbehörden angelegten Termine) in bösslicher Absicht oder wiederholt erfolgt, oder liegen die Voraussetzungen des § 140 des deutschen Strafgesetzbuches vor, so sind sie (die Militärpflichtigen) unbeschadet der von ihnen ertwickelten Strafe als unsichere Dienstpflichtige (§ 68 3c) zu behandeln.“

Der § 68 3c verfügt, daß, wie schon erwähnt, die unsicheren Dienstpflichtigen durch die Bezirkskommandos sofort einzustellen sind und der § 140 des deutschen Strafgesetzbuchs sagt, daß „ein Wehrpflichtiger, der in bösslicher Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verläßt oder nach erreichtem militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhält, mit Geldstrafe von 150—3000 M. oder mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft wird.“

Rechten wir nun zu den armen polnischen Oberprimanern zurück. Offenbar wurden die jungen Männer im heurigen Jahre militä-

pflichtig. In der Aufregung jedoch über das Abiturientenexamen, die Verweigerung des Reifezeugnisses, den Prozeß und die neue Prüfung in Lemberg haben sie höchstwahrscheinlich ihre Militärpflicht vorübergehend vergessen, was ja sehr leicht begreiflich ist. Diese Veräumnis scheint man dann dazu benutzt zu haben, um die Leute mittels des citierten § 26 Ziffer 7 Absatz 3 der Wehordnung und des § 140 des Strafgesetzbuchs — hier mußte wohl die Reife nach Lemberg herhalten — als unsichere Dienstpflichtige zu behandeln, trotzdem die „bössliche Absicht“, die das Gesetz ausdrücklich voraussetzt, zweifellos fehlte. Hätten sie diese Absicht gehabt, so wären die Polen doch nicht mehr ins elterliche Haus zurückgekehrt, wo sie ja über kurz oder lang sicher entdeckt werden mußten. Und doch ist eine andre als die eben gegebene Erklärung dafür, daß die drei Polen sofort in die Kasernen gesteckt wurden, unmöglich, weil nur unsichere Dienstpflichtige zwangsweise vor dem allgemeinen Einstellungstermin eingereiht werden dürfen. Aufklärung ist auch hier sehr, sehr dringend geboten und zwar um so mehr, als der Rückkurs es mit der Einhaltung der Gesetze nicht besonders genau nimmt, wie der Fall Pöhning beweist. Kommtlich in Polen scheint er sich als absoluter Herr zu fühlen. Am besten wäre es freilich, wenn die Regierung den von uns soeben ausführlich besprochenen „Germanisierungsakt“ mit gutem Gewissen dementieren könnte. Aber offenbar kann sie es nicht. Nun, im Reichstag wird man ja auf jeden Fall weiteres über diese Sache hören. Da es sich hier um einen Vorgang im Reichsheere dreht, so kann sich Herr v. Sklow dieses Mal nicht hinter sein heißgeliebtes preussisches Junkerparlament verbergen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Konservative Zollschürfer.

Um „die Stimmung auf dem Lande“ zu kennzeichnen, veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ die Zuschrift eines, wie sie sagt, in höherer Stellung im Reiten der Monarchie befindlichen einflussreichen Konservativen, der ebenfalls in den Kompromißbestimmungen der Zollkommissionsmehrheit den einzigen Ausweg sieht. Der „einflussreiche Konservative“ schreibt:

„Die Stimmung der Düsseldorf-Verammlung des Bundes der Landwirte für Rheinland und Westfalen entspricht durchaus der erbitterten Stimmung, die hier allgemein auf dem Lande herrscht. Die konservative Partei wird einen Abfall erleben wie nie zuvor, wenn die Reichstagsfraktion nicht fest bleiben sollte. Von unsren Großindustriellen, die ich gerade zur Genüge kenne, ist nichts zu erwarten, wenn ihnen nicht gründlich die Zähne gezeigt und sie am eignen Geldbeutel gefaßt werden. Auf die neue Resolution des Centralverbandes bleibt es nur eine Antwort, nämlich eine erhebliche Herabsetzung der Industriezölle unter allen Umständen. Ich kann nur dringend empfehlen, diesen Standpunkt in der „Kreuz-Zeitung“ mit der größten Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit zu vertreten. Sollte die Zolltarif-Vorlage jetzt fallen, um so besser. Dann wird nämlich schon nach sehr kurzer Zeit der Fall eintreten, daß die Industrie, die sich jetzt als Herrin der Situation fühlt, demütig bei der Landwirtschaft um Frieden bittet, denn bei den gegenwärtigen Handelsverträgen geht sie zu Grunde; lange kann sie die nicht mehr vertragen, und niemand hat mehr Angst vor der Verlängerung der Verträge, als gerade unsre Großindustrie, wenn sie das auch öffentlich niemals zugeben wird, sondern so thut, als ob das Gegenteil der Fall wäre.“

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht natürlich eine solche Zuschrift nur, um ihre Ueberzollposition im Wucherhandel zu verstärken. Denn sie weiß, daß trotz aller „Erbitterung“ auf dem Lande niemals eine politische Lage wiederkehren wird, die so günstig für den Zollwucher ist als die jetzige.

Es ist übrigens interessant, daß die „Kreuz-Zeitung“, die sich längst eifrig gegen den konservativen Chronikwucher verwaifert, jetzt selbst mittelst, daß „einflussreiche Konservative“ sich der schärfsten politischen Erbitterung ergeben, sobald nicht der äußerste agrarische Zollwucher erfüllt wird! —

Der Kaiser gegen die konservativen Unstufker. Es ist begreiflich, daß es dem Kaiser nicht ganz angenehm ist, wenn konservative Leute das Krachen der Throne in Aussicht stellen. So soll sich dem Kaiser, wie der konservativen „Elbinger Zeitung“ von „durchaus vertrauenswürdiger Seite“ berichtet wird, im Wandervertrauen aufs Schärfste gegen den berüchtigten Artikel des „Waterland“ ausgesprochen haben. Die „Elbinger Zeitung“ erzählt: „Die Auslassungen des jährlichen Organs sind dem Monarchen von derselben Persönlichkeit unterbreitet worden, die ihm jüngst den vielbesprochenen Demagogentitel des „Wehlauler Kreisblattes“, der sich gegen die Agitation des Bundes der Landwirte richtete, nach Norwegen nachsandte. Der Kaiser war sehr unangenehm davon berührt, daß jetzt auch Organe, die in erster Linie für Königstreue und staatsverhaltend gelten wollen, eine Zonart annehmen, die in wirklich patriotischen Kreisen nicht vernommen werden sollte.“ Der Monarch nahm auch keine Veranlassung, sein heftiges Urteil über diese oppositionelle Richtung zu mildern, als er von der Erklärung der Parteileitung der jährlichen konservativen Reunions erhielt, daß sie den Auslassungen des „Waterland“ völlig fernstehen.“

Zur Fleischnot. Aus Stuttgart wird gemeldet: Wie der „Staats-Anzeiger“ mitteilt, sind seitens der Regierung eingehende Erhebungen eingeleitet über den Stand und die Gründe der eingetretenen Steigerung der Fleischpreise.

Zu der Erhebung der bairischen Regierung über die Fleischsteuerung erfährt der „Frankfurter Courier“, daß bei der Um-

Frage der Regierung mehr als zwei Drittel der bayerischen Gemeindefürsorge eine Fleischsteuerung festgesetzt und die Befürchtung einer weiteren Steigerung ausgesprochen haben, wenn sich der Viehantrieb nicht vergrößere. Das genannte Blatt erklärte weiter: „Die bayerische Regierung wird infolge dieser Verträge in nächster Zeit weitere Grenzveränderungen behufs der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn unter bestimmten Bedingungen schaffen.“

In Preußen erklärt der Minister v. Pöbelski die Fleischsteuerung als eine vorübergehende Erscheinung. Damit hat der preussische Staat seine Schuldigkeit getan.

Die Neubewaffnung der Feldartillerie

rückt in immer greifbarer Nähe. Während noch vor einem Jahre unsere Anstaltungen einer neuen Militärvorlage mehr oder minder entschiedene Dementis entgegenzusetzen wurden, verhehlt man jetzt nicht länger die Thatsache, daß die nächste Zeit eine Neubewaffnung der Artillerie bringen werde. Zwar sind es erst fünf Jahre her, daß für die Neubewaffnung unserer Artillerie 144 Millionen Mark bewilligt wurden, allein die Technik macht gerade auf dem Gebiete des Militärischen rasche Fortschritte, geht doch hier das Interesse der Waffenfabrikanten Hand in Hand mit dem militärischen Interesse, die Rohrbatterien, und wäre es auch nur für eine winzige Zeitspanne, um eine Kalenlänge zu überflügeln.

Bei der Neubewaffnung der Artillerie handelt es sich zunächst um die Einführung der Rohrrücklaufkonstruktion, die das bisherige Springen des Geschützes beim Abfeuern des Schusses, das das Rohr aus der Richtung bringt, vollständig beseitigen soll. Die Vorteile der Rohrrücklaufkonstruktion werden als enorm geschätzt, soll sich doch durch die Schnellfeuer von 5-6 Schuß in der Minute auf etwa 24 Schuß — bei guter Treffsicherheit — erhöhen lassen! Bei einer solchen Ueberlegenheit der mit einer Rohrrücklaufkonstruktion versehenen Geschütze wird natürlich Deutschland nicht mit seiner veralteten, ein gutgezieltes Schnellfeuer ausstrahlenden Konstruktion zurückbleiben!

Kun wird allerdings beruhigend mitgeteilt, daß die Einführung einer Rohrrücklaufkonstruktion allein eine völlige Neubewaffnung nicht bedinge, wenn nicht gleichzeitig wesentliche andre Vorteile erreicht werden sollten, wie z. B. kleineres Kaliber, größere Anfangsgeschwindigkeit usw. Aber mit der Rohrrücklaufkonstruktion allein wird man sich eben nicht begnügen wollen. Denn gleichzeitig mit der Frage der Rohrrücklaufkonstruktion ist auch die Frage des Panzergeschützes der Artillerie gegen Schrapnel- und Infanteriefeuer aktuell geworden. Und bei unseren 3 Kilometer weit tragenden Infanterie- und Maschinengewehren ist in der That dieser Schutz für die Bedienungsleute der Geschütze durchaus nicht unerheblich. Das Panzergeschütz macht aber andererseits durch sein Gewicht die Geschütze schwerfällig und manövrierunfähig. Diesem Dilemma könnte nur wieder durch die Einführung eines kleineren Geschützkalibers begegnet werden, wie sie der militärische Berater der Erhardt'schen Fabriken, Generalleutnant v. Reichenau vorschlägt. Ueber ein fünfcentimeter-Geschütz der Erhardt'schen Fabriken lesen wir in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„In anerkennenswerter, beharrlicher Verfolgung des von ihm als richtig erkannten Weges, sann General v. Reichenau auf Mittel zur Vervollständigung des Panzergeschützes bei gleichzeitiger Gewichtsverminderung des ab- und aufgeschickten Geschützes und andererseits auf die Möglichkeit, den gegenwärtigen Panzergeschütz sicherer zu gestalten. Er konstruierte ein leichtes fünfcentimeter-Geschütz mit guter Treffsicherheit, großer Endgeschwindigkeit, günstiger Zerlegung des Geschützes, Verminderung seiner Abhängigkeit vom Boden durch brillante Sprengladung, nicht versagender Beobachtungsfähigkeit. Das dem verfolgten Zweck angepaßte Patronengeschütz von etwas über 2 Kilogramm Gewicht zeigte sich seiner Aufgabe gewachsen; auch die Zerlegung des Geschützes in etwa 100 wirkungsfähige Sprengstücke ist günstig. Das infolge der Kaliberverminderung erheblich zurückgegangene Gewicht des Geschützes ließ die Anbringung einer sehr wirksamen Panzerung zu, die sich auf die Räder erstrecken konnte, und wird auf diese Weise ein Feuergeschütz erzielt, der weit über die durch die französischen Schilde bewirkte Deckung hinausgeht. Während das neu geplante fünfcentimeter-Schnellfeuergeschütz trotz seiner verbesserten Panzerung immer noch sehr bewegungsunfähig bleibt, würden Feldgeschütze der jetzt gebräuchlichen Konstruktion und Kaliber einen derartigen Panzerung nicht zu tragen vermögen.“

Man sieht also, daß sich eine vollständige Neubewaffnung nach Ansicht des militärischen Sachverständigen nicht umgehen lassen wird. Und allzu lange wird die Neubewaffnung auch nicht auf sich warten lassen, wenn auch Wilhelm II. bei dem Besuch der Düsseldorf'er Ausstellung die Erhardt'schen Ausstellungsobjekte ostentativ „geschnitten“ haben soll. Fünfcentimeter-Geschütze kann ja Krupp ebenso gut herstellen.

Ein Teil der Votivsteuererträge wird also der Herstellung neuer artilleristischer Vorderwaffen dienen!

Bitteres Unrecht, so schreibt man uns aus Spandau, haben sowohl der „Vorwärts“ als auf dem Münchener Parteitag auch Genosse Eigerodt-Kreisel der Heeresverwaltung zugestimmt, indem beide derselben ein Stückchen Arbeiterfürsorge andichteten! Darnach soll die Heeresverwaltung eine Verfügung erlassen haben, wonach den Arbeitern der Eisenbetriebe nach zehnjähriger Dienstzeit ein vierzehntägiger Sommerurlaub, bei Weiterzahlung der Durchschnittsverdienste gewährt werden sollen! Eine solche Verbilligung von Arbeiterfürsorge dürfte man, nach den sozialreformerischen Großthaten der staatlichen Instanzen in den letzten Jahren, gar nicht erwarten. In der That ist an der ganzen Angelegenheit nur soviel wahr, daß verschiedene Arbeiterauskünfte um einen solchen Sommerurlaub petitioniert haben! Bis heute steht aber hierauf noch jeder Bescheid aus; am allerwenigsten ist den Mitgliedern der verschiedenen Arbeitervereine irgend etwas von der generellen Bewilligung vom Sommerurlaub für die Arbeiter mitgeteilt worden! Rein, so leicht stürzt sich eine reichsdeutsche Behörde nicht in Unkosten um der — Arbeiter willen!

Ausland.

Amerikas Intervention gegen die rumänischen Judenverfolgungen.

Staatssekretär Hay richtete eine gleichlautende Note an die diplomatischen Vertreter Amerikas bei allen denjenigen Mächten, die den Berliner Vertrag vom Jahre 1878 unterzeichnet haben. Die

Note der Vereinigten Staaten sagt, Amerika habe den Vertrag nicht mit unterschrieben, sehe sich aber gezwungen, die Mächte zu bitten, auf eine Beobachtung der in den Artikeln des Vertrages gewährten Religionsfreiheiten zu dringen, da Rumänien ihrem Eruchten, die Mächte zu beistimmen, die so manchen Juden zwangen, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern, nicht entsprochen hätte. Die Lage der rumänischen Juden, die 400 000 Personen zählen, sei seit vielen Jahren ein Gegenstand ernstlicher Beachtung seitens der Vereinigten Staaten. Die Verfolgung dieser Masse unter der türkischen Herrschaft habe im Jahre 1872 scharfe Gegenvorstellungen der Vereinigten Staaten veranlaßt. Der Berliner Vertrag sei von Amerika als für das beengene Unrecht Abhilfe bringend begrüßt worden, da er ausdrücklich bestimmte, daß wegen der Religion unter der Bevölkerung Rumaniens kein Unterschied gemacht werden solle. Im Laufe der Zeit habe Rumänien einen großen Teil dieser durchaus gerechten Bestimmungen illusorisch gemacht. Die Juden Rumaniens seien ausgeschlossen vom Staatsdienst und den gelehrten Berufen, vom Landwerb und sogar davon, das Land als gewöhnliche Arbeiter zu bebauen; ferner sei ihnen verwehrt, in ländlichen Bezirken zu wohnen. Viele Zweige des Kleinhandels und des Handwerks seien ihnen vergeschlossen. Ausgeschlossen von fast jedem Zugang zu den Erwerbsmitteln, seien sie unfähig, sich aus der ihnen auferzwungenen Erniedrigung, die sie erdulden, herauszubeißen und hätten keine andre Wahl, als sich nach andern Ländern zu flüchten. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne zu einem internationalen Unrecht nicht schweigen. Sie müsse durchaus gegen die Behandlung, der die Juden in Rumänien unterworfen seien, Widerspruch erheben, nicht allein deshalb, weil sie einen unannehmbaren Grund habe, gegen das daraus entspringende Unrecht gegen die Vereinigten Staaten selbst Einspruch zu erheben, sondern im Namen der Menschlichkeit.

Frankreich.

Eine Ergänzung des Kongregationsgesetzes. In Paris glaubt man, daß die Kammer bereits am 14. Oktober einberufen werde. Nach dem „Echo de Paris“ geschieht dies, weil der Ministerpräsident eine das Kongregationsgesetz ergänzende Vorlage einbringen will, nach welcher die Regierung noch energischer vorgehen könnte, ohne irgend welche Intervention der Gerichte befürchten zu müssen.

Italien.

Rom, 19. September. Einem Redacteur der „Stafte“ gegenüber versicherte Ministerpräsident Zanardelli, daß die Regierung in der nächsten Tagung der Kammer eine Ehescheidungs-Vorlage einbringen wird. Das Gesetz soll aber nur in außer-gewöhnlichen Fällen zur Anwendung kommen.

Rußland.

Die Aburteilung der an den Bauernunruhen Beteiligten soll vor dem Charkower Gerichtshof mit dem 29. September beginnen. Zu derselben ist die ganze Gruppe von Bauern vorgeladen, welche das Gut des Generals Perik anbaute. Am 1. und 2. Oktober kommen die Kländerungen der Güter Degterev, Jessenow, Sabolotnik zur Verhandlung, hierauf die großen Klagen über die Plünderung der Zuckerfabrik und des Gutes des Fabrikanten König und weiterer dreißig Güter. Die Verhandlungen werden bei geschlossenen Thüren stattfinden und vierzehn Tage in Anspruch nehmen.

Eine Meldung des „R. P. O.“ behauptet: „Zwischen dem Justizminister und dem Fürsten Obolenski, Gouverneur von Charkow, ist es zu einem Kompromiß über die Behandlung der an den Bauernunruhen Beteiligten gekommen, wie es heißt, auf direkte Intervention des Zaren. Danach werden alle diejenigen, welche eine führende Rolle in den Ende dieses Monats beginnenden Verhandlungen vor dem zuständigen Charkower Gerichte nachgewiesen werden wird, die ganze Schärfe des Gesetzes erleiden, dagegen sollen die „Verführten“ mit Milde und allgemeiner Nachsicht behandelt und nur zu geringen Strafen verurteilt werden.“

Asien.

Die Bogerunruhen in Szechwan. Ueber die Lage in der Provinz Szechwan wird aus Peking vom 18. September gemeldet:

Peking, 18. September. Die Regierungstruppen berichten, daß die Ruhe in Cheng-tu-fu wieder hergestellt, die Thore der Stadt jedoch noch geschlossen seien. Vierzehn Häufel von Bauern und andre Teilnehmer an den Unruhen seien hingerichtet worden. Ein neuer Vicelkönig und ein neuer militärischer Befehlshaber seien bereits nach Cheng-tu-fu unterwegs, um ihre Kommandos anzutreten. Der französische und amerikanische Gesandte bringen bei dem chinesischen Thronen darauf, daß möglichst schnell und energisch eingegriffen werde.

Ein „Lassan“-Telegramm meldet noch folgende Einzelheiten: In Cheng-tu-fu, der von Bogern belagerten Hauptstadt der Provinz Szechwan, gelang es am 17. d. M. den kaiserlichen Truppen, die Stadttore gegen die Anstürme der Boger zu halten. Jedem Boger wurden, um die Ruhe wieder herzustellen, zum abschreckenden Beispiel hingerichtet, darunter eine Frau, welche bei den Aufständischen großen Einfluß ausübte. Vier weitere Hinrichtungen sollen heute stattfinden. Trotz dieses Erfolges der Regierungstruppen in der Stadt, bedürfen die Boger aber immer noch weiterhin das Gebiet um Cheng-tu-fu und die Wege nach Schungking. Die chinesische Regierung giebt zu, daß die Berichte der Boger-Unruhen auf Wahrheit beruhen. Der amerikanische Gesandte in Peking, Conger, erließ bei der chinesischen Regierung dringende Vorstellungen, in welchen er die Notwendigkeit betont, der gegenwärtigen Bogerbewegung mit allen Mitteln nachdrücklich entgegenzutreten. Der amerikanische Gesandte schildert in seinem Bericht die gegenwärtigen Unruhen als ähnlich denen im Jahre 1900. Ein kaiserlicher Erlass befiehlt die sofortige Unterdrückung des Aufstandes.

Die Bogerunruhen, bei denen ein Heer von 50 000 Mann gegen Cheng-tu-fu zusammengebracht worden sein soll, haben jetzt also auch jene Centralprovinzen des Reiches ergriffen, die von der fremdenfeindlichen Bewegung bisher ganz unberührt geblieben waren. Auch ein Erfolg des Sühnetriebs!

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Den Bericht erstattet

Rebel:

Die laufende Legislaturperiode des Reichstags hat am 16. Juni nächsten Jahres ihr Ende erreicht. In der bürgerlichen Presse ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Schlusstermin, der 16. Juni, nach dem Wortlaut der Verfassung als der richtige angesehen werden kann, man hat in Rücksicht auf gewisse Pläne die Behauptung aufgestellt, daß die Legislaturperiode des alten Reichstags erst am dem Tage ende, an dem der neue Reichstag in seine erste Session eintritt. Aus den Erklärungen der offiziellen Presse aber geht hervor, daß die maßgebenden Kreise anderer Ansicht sind und an der bisherigen Auffassung festhalten, daß die neue Legislaturperiode mit dem Wahltag beginnt und nach fünf Jahren schließt. Nur das ist zweifelhaft, ob die Wahlen unmittelbar am 16. Juni 1903 stattfinden werden, oder an einem späteren Termin. Welche Gründe die Regierung schließlich bestimmen werden bei der Festsetzung des Wahltages, kann niemand sagen, doch scheint es mir bei der ganzen Situation in der Kulturwelt äußerst wahrscheinlich, daß kaum eine sich die Dinge einigermaßen überlegende Regierung die Verantwortung übernehmen wird, längere Zeit vergehen zu lassen zwischen dem Ende der Legislaturperiode und dem Wahltag eines neuen Reichstags; man kann nie wissen in

diesem Zeitalter der Mäßigkeit, was hereinbrechen an Ereignissen, die die sofortige Einberufung des Reichstags nötig machen. (Bestimmte Zustimmung.) Ich glaube also, wir können damit rechnen, daß im Juni die allgemeinen Wahlen sein werden, wenn nicht, was nach gewissen Vorgängen der letzten Tage nicht ganz ausgeschlossen erscheint, sogar noch früher infolge einer Reichstags-Auflösung Neuwahlen notwendig sein sollten.

Als der Kartell-Reichstag 1897 die Verlängerung der Legislaturperiode beschloß, da übten die Antragsteller als Grund an, man solle das Volk so wenig wie möglich an die Wahlurne rufen, das Volk sei müde, es wolle nicht so oft die Aufregung der Wahl. Die Antragsteller verwechselten offenbar ihre eignen Bedürfnisse mit denen der Wähler, denn je seltener das Volk an die Urne gerufen wird, desto besser für die Gewählten. Je länger die Legislaturperiode dauert, desto leichter werden die Versprechungen vergessen, die man während der Wahlkampagne zu machen sich genötigt sah. Selbstverständlich werden alle bürgerlichen Parteien sich bei Eintritt einer Wahl nach Möglichkeit hüten, daß dabei Fragen aufstehen, die geeignet wären, die Massen in ganz besondere Aufregung zu versetzen. Anders ist es, wenn die Regierung sich genötigt sieht, den Reichstag nach Hause zu schicken. Nun besteht darüber gar kein Zweifel, daß der Volkstakt eine Frage ist, die im höchsten Maße geeignet ist, die ganze Bevölkerung, nicht nur eine einzelne Klasse, in Aufregung zu versetzen. Es werden durch diesen Entwurf die Gegenläufe innerhalb der verschiedenen Klassen in einer Weise gegen einander in die Schranken geworfen, wie es bisher so lange das Reich existiert, nicht der Fall war. Daher ist es verständlich, wenn die große Mehrheit des Reichstages den allerdingstlichen Wunsch hat, eine solche Frage vor den nächsten Wahlen aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung hat den ganzen Sommer hindurch bei den maßgebenden Parteien bestanden. Aber es scheint, daß den Majoritätsparteien von einem großen Teil ihrer Wähler wider Erwarten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Hier zeigt es sich einmal so klassisch, wie nie zuvor, wie recht die Socialdemokratie mit ihrer Auffassung hat, daß es in erster Linie die materiellen Fragen sind, die die Wähler des ganzen öffentlichen Lebens bilden. Die materiellen Fragen, die bei dem Volksentscheid alle Schichten der Bevölkerung, die einen in dieser, die andern in jener Weise berühren, haben es thatsächlich zuwege gebracht, daß namentlich auch von agrarischer Seite eine Agitation ins Werk gesetzt worden ist, die bis in die kleinsten Bauernhöfe, bis in die entferntesten Gebirgsdörfer gedrungen ist und dort den Gedanken erweckt hat, jetzt ist es an der Zeit, daß das Reich durch große Maßnahmen die Landwirtschaft aus ihrer sogenannten Knechtschaft befreie. Ich will diese Reden der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, aber in dem Maße, wie es behauptet wird, ist sie unter keinen Umständen vorhanden. (Sehr richtig.) Doch das hier nachzuweisen ist nicht meine Aufgabe, darüber haben wir wiederholt gesprochen, wir werden bei Zulammentritt des Reichstages darüber sprechen, und ich hoffe, das letzte Wort werden die Wähler zu sprechen haben. Ein großer Teil der Majoritätsparteien scheint jetzt selbst auf eine solche Festsetzung der Dinge hinzuwirken, daß die allgemeinen Wahlen über die Hoffrage zu entscheiden haben. Mit vollem Recht hat hier neuerlich darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die maßgebende Partei, das Centrum, nicht so einfach ist, wie sich das mancher unter uns vorstellt. Das Centrum ist aus ganz verschiedenen heterogenen Elementen zusammengesetzt. Es ist in Obersachsen etwas ganz anderes als am Rhein und in Süddeutschland. Ganz recht. Aber der Stamm der Centrumsbauern, das Bauernthum, die landwirtschaftlichen Berufsschichten sind sich über die Frage des Volkstakts in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachzige oder westpreussischer Bauer oder der christliche Bauernverein am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Couleur. Ja, noch mehr! Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anlässlich der Beratung des Volkstakt-Entwurfs aus landwirtschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überaus schmerzliche Thatsache erlebt, daß in Bezug auf die Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Unversämtheit des Bundes der Landwirte noch übersteigen. (Hört! hört!) Wir haben gesehen, daß in der Forderung exorbitanter Getreidezölle das Centrum einig ist. Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland zur Zeit sogar noch über die Forderungen des Bauernbundes hinausgehen. Es bewahrt sich hier wieder einmal, daß es keine egoistische, selbstsüchtige, brutale, aber auch keine bornirtere Klasse giebt, als unsere Agrarier. (Sehr richtig.) Die Agrarier sehen zwischen sich und der städtischen Bevölkerung den denkbar schärfsten Gegensatz, für sie ist die gesamte städtische Bevölkerung eine einzige unterschätzte Klasse; sie schließen daraus, daß die Städte gepflasterte Straßen, elektrische Licht, Kunstinstitute und dergleichen haben, daß es der städtischen Bevölkerung in Vergleich zu der ländlichen außerordentlich wohl geht, und daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß es auch ihnen möglichst gut geht. Dieser Gedanke hat sich so bei ihnen eingeurzelt, daß alle Bemühungen des Centrum — und es liegt auf der Hand, daß die Centrumsführer bemächtigt sind, mit der Regierung in friedlicher Weise die Frage zu lösen — ihr Ziel nicht erreichen. So hat vor einigen Tagen in Düsseldorf der Bauerntag mit großer Majorität eine Verständigung mit dem Bund der Landwirte beschlossen. Das bedeutet für das Centrum einen so harten Schlag, wie alle Schläge der Arbeiterklasse nicht bedeuten. Ich erinnere ferner daran, daß in demselben Rheinland, im Wahlkreis des Abg. Hise, in München-Gladbach, Centrumsmänner aller Richtungen zusammengetreten sind, um auf das energischste gegen das Benehmen der Centrumsfaktion in der Hoffrage zu protestieren. Sie sehen also, daß da, wo es sich um materielle Fragen handelt, auf die Dauer auch die Centrumseute nicht bei der Fahne ihrer Kirche zu halten sind. Naturngemäß will die städtische Bevölkerung von den Höfen nichts wissen, während für die Bauern gar nicht genug gelhan werden kann. Sind doch auch vor 7 Jahren Centrumsabgeordnete mit aller Energie für die Bewilligung des Entwerfs häufig eingetreten. Diese Gegenläufe treten in der Hoffrage so scharf zu Tage, daß sie sich nicht mehr verkümmern lassen, und ein Teil der Arbeiter des Centrum hat ja auch bereits gegen die alte Richtung Front gemacht. Das Centrum, die maßgebende Partei des Reichstages, ohne welche überhaupt keine Majorität zu erlangen ist, steht jetzt vor einer Krise, wie es sie noch nie erlebt hat und ich hoffe, daß es sie nicht überwindet, ohne daß dabei der Centrumsturm ins Wanken gerät. (Lebhafte Zustimmung.) Das Centrum steht jetzt vor der Frage, was es thun soll. Es muß sich sagen: Wir haben 200 000—300 000 Arbeiter auf der einen und 700 000—800 000 bäuerliche Wähler auf der andern Seite. Die Arbeiter, die trotz aller Predigten bis heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, hoffen das Centrum auch ferner an der Nase herumzuführen zu können. (Sehr richtig.) Es hofft nach wie vor, den weitaus größten Teil der katholischen Arbeiter in Abhängigkeit erhalten zu können. Mit dem Bauer ist das ganz was anders. Der Bauer sagt: „Inwieweit ich folge der Kirche, so lange die Kirche auch für mich sorgt. Tut sie das nicht, so gehen eben ihre und meine Interessen auseinander.“ Kurz und gut, der Bauernstand, wie er heute vom Centrum vertreten wird, ist der Ansicht — das kann man ohne Uebertreibung sagen, daß der Bund der Landwirte diejenige Mäßigkeit ist, die seine wirtschaftlichen Interessen am angemessensten vertritt. Aus diesem Grunde sieht sich das Centrum immer mehr genötigt, sich diesen Forderungen anzuschließen, und es ist ein ganz natürlicher Prozeß, daß, wenn die Agrarfrage auch fernerhin auf eine Reihe von Jahren die Oeffentlichkeit in der bisherigen Weise beschäftigt, die verschiedenen Elemente innerhalb der agrarischen Bewegung sich mehr und mehr auseinander entfalten, so daß wir eine große geschlossene agrarische Partei bekommen, die geschlossen innerhalb des deutschen Reichstages auftritt. Wir Socialdemokraten können das nur mit Freuden begrüßen: je mehr die Gegenläufe sich scharf ausgeprägt von einander abheben, desto besser für uns! (Sehr wahr!). Das Centrum steht sich vor die Frage gestellt, ob es entweder 100 000 Arbeiter springen lassen soll oder sich der Gefahr aussetzen will, 100 000 Bauern zu verlieren. Diese Frage ist beantwortet worden,

wie sie beantwortet werden mußte: das Centrum ist vor einigen Tagen im Reichstag zusammengetreten — 78 von seinen 106 Abgeordneten waren anwesend — und hat nach den Beitragberichten einstimmig beschlossen, es bei den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung zu belassen und nur die und da gewisse Widersprüche der gefassten Beschlüsse zu einem Ausgleich zu bringen. Das schafft allerdings eine sehr klare Position. Die offizielle Presse und insbesondere auch die Regierungsvorläufer haben es nicht daran fehlen lassen, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie über das, was im Regierungsentwurf bezüglich der Agrarfrage enthalten sei, nicht hinausgehen können, daß sie die Hauptpositionen unter keinen Umständen ändern könnten, nur in kleinen Punkten, nicht in großen könne die Regierung mit sich handeln lassen. In der That kann die Regierung mit sich handeln lassen, denn die Regierungsvorläufer müssen sich doch darüber klar sein, daß die Regierungsvorlage die äußerste Grenze dessen bildet, wobei überhaupt noch Handelsverträge abgeschlossen werden können. (Sehr richtig!) Aber auch nur noch unter sehr ungünstigen Bedingungen für die Industrie und die Masse der arbeitenden Bevölkerung! Diese schon jetzt in höchstem Maße unzulässige Basis noch ungünstiger gestalten zu wollen, hieße einfach Selbstmord treiben.

So sehr unsere Regierungen auch bemerkt sind, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten, müssen sie sich doch sagen, daß es heute auch Millionen, die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung giebt, die auch ihre Interessen kennen und sehr genau darauf aufpassen, wie regiert wird. Die Schädigung der Interessen dieser Klasse muß eine ungeheure Opposition hervorrufen. Wir sind der Meinung und haben dieser Ansicht auch in Lübeck Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf der Regierung eine so schwere Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutet, eine so schwere Vernechtung ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz in sich schließt, insbesondere auch für die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und in Bezug auf den Abschluß der Handelsverträge so große Gefahren birgt, daß wir ihn mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nun hat aber die Kommission diese Grundlage der Regierungsvorlage noch bedeutend verschlechtert. Sie hat in erster Linie die Getreidezölle sehr erheblich erhöht, nicht nur die Getreidezölle im Generaltarif, sondern auch in Bezug auf die Bindung. Während die Regierungsvorlage für Roggen und Weizen 5 Mark beziehentlich 5,50 Mark Zoll verlangte, haben die Agrarier in der Kommission diese Zölle noch erhöht und weitere Minimalzölle für Getreide und Hopfen aufgenommen, denen die Regierungen unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben können. Die Zölle der Regierungsvorlage würden, wenn sie bei künftigen Handelsverträgen in Kraft treten, die Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung in außerordentlicher Weise verteuern. Wenn z. B. Roggen künftig einen Minimalzoll von 5 Mark zu zahlen haben soll, so wird die deutsche Bevölkerung, da der Weltmarktpreis der Tonne Roggen durchschnittlich 100 bis 105 Mark, allerhöchstens 108 bis 110 Mark beträgt, also nur einen Zollzuschlag für Roggen zu zahlen haben, der den Preis der Tonne, für die der Engländer 108 Mark zahlt, auf 155 Mark treiben würde. (Hört! hört!) Wir haben schon im gegenwärtigen Augenblick bei einem Zollsatz von 3,50 die höchsten Getreidezölle der Welt. Kein Volk bezahlt sein Brot und Fleisch teurer als das deutsche. Die Regierungsvorlage geht noch weit über den bestehenden Zustand hinaus, sie hat eine viel höhere Grenze angenommen als bisher im allgemeinen Tarif enthalten war; das gilt auch für Fleisch und für alle Lebensmittel. Die Kommission hat nun nicht nur eine ganze Reihe von Lebensmittelzöllen noch weit über die Regierungsvorlage hinaus erhöht, sondern eine ganze Reihe von Positionen neu aufgestellt, die selbst die Regierung im Interesse der allgemeinen Volksernährung von Zöllen freizulassen sich genötigt sah.

Wenn wir es in einer solchen Situation nicht verstanden, um jeden Preis, koste es was es wolle, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß das deutsche Volk selbst Gelegenheit bekomme, zu sagen, wie es über diesen Tarif denkt, so würden wir uns der alleräußersten Pflichtverletzung schuldig machen. (Zustimmung!) Wir würden Verrat an unsren Wählern üben, und wenn als Antwort auf unsren Verrat unsre Wähler und bei den nächsten Wahlen gründlich durchdrachen ließen, so wäre das die rechte Antwort. Sei es außerordentlich wichtigen Lebensfragen, wie sie hier durch den Zolltarif zur Entscheidung gebracht werden, muß das Volk seine Meinung einmal zum Ausdruck bringen. Wir müssen also alles aufbieten, damit der Zolltarif zur Wahlparole der nächsten Reichstagswahlen werde. Die wir das im Reichstage anstellen wollen, darüber haben wir hier ja selbstverständlich nichts zu sagen (Weiterkeit und Beifall), daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel. (Lebhaft. Beifall.)

Nun steht aber die Sache so — und dadurch verbessert sich unsre Position ein wenig — daß wir Bundesgenossen von der anderen Seite, vom extremen Agrarierthum, bekommen. Die Agrarier verlangen ja noch mehr, sie sind ja mit den Beschlüssen der Kommission noch nicht zufrieden. Wenn es nun in der zweiten Lesung der Kommission bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleibt, so kann die Regierung den Entwurf nicht annehmen. Wenn wir dann im Oktober im Plenum zur Beratung kommen und dann in der elastischsten Weise sich herausstellt, daß die Majorität des Reichstags mindestens das verlangt, was die Majorität der Kommission in ihren Beschlüssen gut heißen hat, so kann eine parlamentarisch handelnde Regierung gar nichts anderes thun, als weil sie die feste Ueberzeugung gewinnen muß, daß mit diesem Reichstag nicht mehr auszukommen ist, den Reichstag aufzulösen und nach Hause zu schicken. Dieser Moment kann eintreten; lebten wir in einem konstitutionell regierten Staat, so würde er sogar eintreten, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. Wir würden uns dann bestimmen auf eine Reichstagsauflösung im Oktober einrichten und uns so rasch wie möglich auf die Wahlen vorbereiten müssen. Wir wollen also auch dies im Auge behalten. Es kann sein, daß die Regierung, zur Verzweiflung getrieben, sich fragt, ob nicht angesichts der agrarischen Opposition ein neuer Reichstag zu stande kommen könnte, der in seiner Mehrheit minder agrarisch ist als der jetzige. Diese Lösung der Frage ist möglich und wir müssen damit rechnen.

Nun wird aber die Situation noch bedeutend mehr kompliziert, und zwar abermals zu unseren Gunsten, es gilt auch hier das alte Wort des Abgeordneten Erdber, das eine Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat riesiges Schwein! (Große Heiterkeit.) — erfüllt die Regierung eine Forderung von uns, dann haben wir gewonnen und dann probieren wir damit; erfüllt sie eine Forderung nicht, dann haben wir auf sie los und machen ihr Opposition. (Weiterkeit.) Was immer sie macht, sie kommt bei uns nicht auf ihre Rechnung, alles schlägt zu unserm Vorteil aus. Auch jetzt, wodurch sich die ganze Situation verschärft hat, die Fleischnot, die in den letzten Wochen und Monaten in immer anderer Gestalt hervorgetreten ist. Daß diese Situation kommen mußte, darüber konnte gar kein Zweifel bestehen, darüber waren wir alle einig. Es ist nur gut, daß sie gerade jetzt kommt. (Sehr richtig!) In diesem Moment, wo ein ganzer Komplex von Fragen der allerbedeutendsten Art für die herrschenden Klassen auf der Tagesordnung steht. Die Fleischnot mußte kommen aus dem einfachen Grunde, weil die deutsche Landwirtschaft so lange sie nicht in allen ihren einzelnen Zweigen auf der höchsten technischen Stufe betrieben wird, niemals im Stande sein wird, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln aus eigenen Kräften zu decken. Ich habe erst in den letzten Wochen darüber sehr interessante Erhebungen gelesen. Kein Zweifel, daß mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau möglich sein wird, falls der gesamte deutsche Grund und Boden dementsprechend bewirtschaftet würde. Das ist ja nur möglich in einer sozialistischen nicht in einer kapitalistischen Organisation, für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel aus eigenen Mitteln zu liefern. Heute reicht die Produktion nicht einmal für 50 Millionen Menschen; diese Berechnung ist von Männern, die Großagrarier sind, angeestellt worden, die gegenwärtig deutsche Landwirtschaft ist unfähig, die nötige Masse von Nahrungsmitteln zu erzeugen sowohl in Bezug auf Getreide wie auf die übrigen Lebensmittel, besonders die Fleischmengen. Dazu kommt die Vermehrung der deutschen Bevölkerung um durchschnittlich 750 000 Köpfe jährlich.

Wir sind also darauf angewiesen, einen Teil unsrer Nahrungsmittelkonsums durch Zufuhr vom Auslande zu decken. Die gegenwärtige Fleischnot ist nun auf das schlimmste verschärft worden durch die Sperrmaßnahmen, die die Regierung im Interesse der Agrarier getroffen hat. Dazu gehören erstens diese Sperrmaßnahmen, die im Wege der Verordnung ergriffen sind und zweitens die Maßregeln, die durch das farnose Fleischkaufgesetz eine gesunde Grundlage erhalten haben. Wir war es schon bei Beratung des Fleischkaufgesetzes völlig klar, daß wir in Bezug auf die Volksernährung vor einer Katastrophe ständen, die Vollmachten, die die Regierung auf Grund dieses Gesetzes bekommen hat, ließen das als selbstverständlich erscheinen. Wie ungeheuer ist im Lauf der Jahre der Konsum der deutschen Bevölkerung an amerikanischen Fleischmengen, amerikanischem Schmalz, dem sogenannten Corned beef, an amerikanischen Wurstwaren gestiegen. Die Einführung aller dieser Artikel nach Deutschland wird jetzt unmöglich gemacht. Schon seit vielen Jahren ist die deutsche Wurstfabrikation ganz außer Stande, die Massen von Rungen, Lebern und Lungen, die sie gebraucht, aus dem Inlande zu decken. Mit dem 1. April hört die Zufuhr aller dieser Artikel auf. Welt entfernt also, daß die Fleischsteuerung schon gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht hätte, wird sie vielmehr noch verschärft werden. Diese Verschärfung wird eintreten, trotzdem schon infolge der Krise die Arbeiter in ihrer Konsumfähigkeit an Fleisch ganz erheblich beschränkt sind. Durch die Brotvertheuerung, die die Arbeiter sehr drückt, werden ja die wohlhabenderen Klassen nicht in dem Maße berührt. Wenn man einmal prüft, wieviel Brot in einer wohlhabenden Familie im Vergleich zum Fleisch verzehret wird, so stößt man auf ein arges Missverhältnis. Jetzt aber bei der Fleischsteuerung wird auch der Speichbäcker, auch der friedliche Bürger rebellisch, und die städtischen Vertretungen dieses Speichbäckers, die bisher gegenüber der Erhöhung der Getreidezölle sich kaum merkbar gerührt haben, rühren sich jetzt überall und fassen gegen die Fleischnot Resolutionen von einer Energie und Klarheit des Wortlautes, wie wir es seit langen Jahren von ihnen nicht zu hören bekommen haben. (Weiterkeit.) Ich begreife nur nicht, daß die Regierungen die Sachlage nicht verstehen, aber es bleibt ewig wahr das Wort des alten Ogenjerna: du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Hier hätten die Regierungen allerdings die Möglichkeit, in erheblichem Maße einen mildernden Einfluß auszuüben, sie thun es nicht aus Angst vor den Agrariern. Wir bedauern ja, daß weite Schichten der Bevölkerung schwer unter diesen Umständen leiden müssen, aber wir freuen uns auf der anderen Seite, daß wenigstens politisch daraus Folgen erwachsen, die denjenigen, die solche Maßregeln gut heißen und in deren Interesse sie liegen, für die Zukunft sehr schlecht bekommen können. Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: die Herren von der Regierung erklären: diese Maßregeln sind im allgemeinen Gesundheitsinteresse notwendig, das ausländische Vieh bedroht unsern Viehstand und die Gesundheit der Menschen. Wir sind es eigentlich wenig gewohnt, daß unsre hohen regierenden Herren in so vorurthelhafter Weise um das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen besinnern sind. Auch liegt doch die Frage nahe: wenn diese Einfuhr von Vieh und Fleischprodukten so ungeheure Gefahren für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung haben soll, warum in aller Welt können denn die anderen Völker diese Produkte sehr gut vertragen, ohne an ihrem Gesundheitsschaden zu nehmen? (Sehr gut!) Das amerikanische Wurstfleisch wird in der Schweiz, in Belgien, in Holland und besonders in England in großen Quantitäten verzehret, und man befindet sich dort democh so gesund wie ein Fisch im Wasser. (Weiterkeit.) Auch hat die deutsche Marine zum Verger der Agrarier große Quantitäten amerikanischen Fleisches in ausländischen Häfen aufgeschapelt und die deutschen Marinemediziner befinden sich sehr wohl dabei. Aber wenn wir Reichsdeutschen das Fleisch genießen, so ist unsre Gesundheit im höchsten Grade bedroht. Wenn wir nun der Regierung ins Gesicht sagen, daß wir an der Anfrichtigkeit ihrer Vorsorge nicht glauben, so kann sie uns das nicht abel nehmen. Wüßte wenigstens ist die Regierung unsrer sorgfältigen Forderung, statistische Belege für ihre Behauptung zu bringen und die Erkrankungen nachzuweisen, in keiner Weise nachgekommen.

Ungeheure Nachteile erwachsen für die Arbeiterklasse aus diesem Komplex von Maßregeln; auf der anderen Seite hat die Sache womöglich ein noch bedenklicheres Gesicht, nämlich insofern es sich auf die Einwirkung aller dieser Maßregeln auf die internationalen und insbesondere die handelspolitischen Beziehungen handelt. Ich kann hier nur in aller Kürze andeuten, wie die Entscheidungen der Zollkommission, die aller Voraussicht nach die Zustimmung des Reichstagsplenums finden werden, auf den Abschluß künftiger Handelsverträge wirken müssen. Von allen den Nationen, mit denen wir gegenwärtig in hittem Handelsbeziehungen stehen, giebt es keine einzige, die nicht in ihren Lebensbedingungen durch die Erhöhung der deutschen Zölle sowohl auf Lebensmittel wie auf Industrieprodukte geschädigt werden und dadurch genötigt werden würde, ihrerseits die Bedingungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit uns in einer weit ungünstigeren Weise zu formulieren als bisher. Der Zoll auf Getreide ist richtig erhöht worden, aber die Regierungsvorlage hinaus, ebenso der Zoller der Butter, der Geflügelzoll; Obstzölle, die wir früher gar nicht kannten, sind eingeführt worden. Wenn wir nun mit Rußland in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten, so werden der russische Roggen, die russische Getreide, die russische Schweine-Einfuhr, soweit sie nicht schon durch die Einfuhrverbote getroffen ist, ebenso russisches Holz, Eier, Geflügel in einer Weise mit Zöllen belegt, daß die russische Regierung sich sagen muß: Da ist ein aufrichtiges Handelsgeschäft nicht mehr zu machen. Sie wird selbstverständlich Antworten mit erhöhten Zöllen auf diejenigen Artikel, die wir bisher in riesigen Mengen nach Rußland ausgeführt haben. Diese Ausfuhr wird so gut wie vollständig abgeknippt werden. Was das für furchtbare Folgen für die gesamte Industriearbeiterbevölkerung, zumal in einer Periode der Krise, von der vorläufig kein Ende abzusehen ist, haben muß, brauche ich Ihnen nicht erst andeuten zu lassen. Weiter: Oestreich-Ungarn ist mit bedeutenden Beträgen an der Einfuhr von Getreide, Hopfen, Jungvieh, speziell Ungarn an der Einfuhr von Eiern und Geflügel interessiert. Auch diese Einfuhr wird durch die ergründeten Zölle unsrer Zolltarif fast vollständig gestoppt, und Oestreich-Ungarn wird selbstverständlich Repressalien ergreifen. Auch Schweinefleisch, Butter, Milch, Seidenstoffe, Maschinen sind gegen über den bisherigen Tariffüssen mit exorbitanten Erhöhungen bedacht worden. Die Schweiz hat bereits ihren Gegenseitigen ausgearbeitet und wer ihn sich angesehen hat, muß sagen: Das war die richtige Antwort! Aber auf dieser Basis Handelsverträge abzuschließen, muß sowohl den Schweizer wie dem deutschen Volke zum größten Schaden gereichen. Weiter tritt mit jedem Tage mehr hervor: Die Frage der Regelung unsrer Handelsbeziehungen zu Nordamerika. Wir haben bisher von Nordamerika ungeheure Quantitäten von Weizen, Mais, Fleisch aller Art und Petroleum bezogen. Jetzt soll ja auch der Petroleumzoll stark erhöht werden, obgleich Petroleum doch nicht von den Agrariern in Deutschland produziert wird. Der Mais ist ein für unsre ganze Vieh- und Geflügelzucht so wichtiges Produkt. Nun ist auch der Maiszoll in so ungeheurer Weise erhöht worden, daß damit unsre ganze Vieh- und Geflügelzucht fernerhin geradezu unmöglich gemacht wird. Ich habe mir bis heute den Kopf vergeblich darüber zerbrochen, wie man ja zur Selbstversorgung kommen kann, daß man ungeheure Zölle auf Produkte legt, ohne die deutsche Landwirtschaft selbst nicht auskommen kann. Es werden durch die erhöhten Zölle Holland und Dänemark auf das schwerste geschädigt. Die Schweiz, Holland und Dänemark sind die drei Länder, mit denen wir in einer Handelsbilanz leben, wie sie das Ideal der Agrarier ist, d. h. unsre Ausfuhr nach diesen Ländern übertrifft bei weitem das uns von ihnen Lieferte. Auch diese drei Länder werden aufs alleräußerste durch neue Zölle getroffen.

Diese summarische Uebersicht zeigt Euch Bartelgenossen, was zur Entscheidung steht und daß es nicht zur Entscheidung kommen kann, ohne daß das Volk befragt wird. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden. Das allein rechtfertigt es, daß wir bei dem künftigen

Wahlkampf unsre volle Schuldigkeit bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und moralischen Kräfte leisten müssen. (Lebhaftes Bravo!)

Im Laufe der Session werden noch andre wichtige Fragen vor uns hinstreten. Die Finanzverhältnisse des Reichs befinden sich in äußerst trauriger Verfassung. (Sehr richtig!) Durch Erhöhung der Kontributionsbeiträge ist nichts mehr zu holen, die Einzelstaaten leisten am finanziellen Dolde. (Weiterkeit.) Sie wissen nicht, wie sie die eigenen Ausgaben decken sollen. Wir wissen's freilich, aber wir haben nichts zu bedenken, die Steuererhöhung macht die Mehrheit, machen die Vertreter der herrschenden Klassen. Daß dieselben den eigenen Geldbeutel schonen, ist das oberste Gesetz der Klassenherrschaft. (Lebhaftes sehr richtig!) Daran können wir nichts ändern, nur aufklären wollen wir die Leute, die das noch nicht wissen. (Sehr gut!) Diese Finanzfrage wird auch wichtig werden für die kommende Wahlperiode. 1878 wurde beim Zolltarif auf Betreiben des Centrums die lex Frankenstein eingeführt. Sie bestimmt, daß alles, was von bestimmten indirekten Steuern und Zöllen über 150 Millionen Mark jährlich eingeht, an die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer verteilt werden muß. Damals war man der Meinung, daß die Einzelstaaten so mehr bekommen würden, als sie an Kontributionsbeiträgen zu bezahlen hätten. Während einer Reihe von Jahren war das auch der Fall. Im Reichstag aber hat man, seit die wunderbar diplomatische Partei, das Centrum, die Macht in Händen hat, wie ein Schuldenmacher und Bankrotteur gewirtschaftet. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn es möglich wäre, dem Reichstage einen Kurator zu stellen, so wäre es sehr angebracht. (Weiterkeit und lebhaftes Zustimmung.) Die Majorität wirtschaftet wie eine Gesellschaft leichtfertiger Verschwender darauf los und entdeckt dann, daß keine Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorhanden sind. Die Reichseinnahmen haben sich zwar erhöht, aber Marinismus und Militarismus sind ungeheuer, die sich immer wieder freffen, das Reich anspornern und seine Kasse leer machen. (Sehr richtig.) Das war so selbst in den Jahren der größten Prosperität. Die Einnahmen sind gestiegen, die Ausgaben aber — oh viel mehr. In den Jahren des reichlichen Ueberflusses ist nicht nur der Ueberflus verzehrt, sondern Schulden sind dazu gemacht worden. Beim Regierungsantritt des jetzigen Herrn beliefen sich die Reichsschulden auf 800 Millionen, 1902 ist die Schuldenlast auf 2000 Millionen gestiegen. In diesen 14 Jahren haben wir also 2000 Millionen neue Schulden gemacht, neben und trotz der kolossalen Uebernahmen. Wie das Finanzverhältnis zu den Einzelstaaten sich geändert hat, zeigt Sachsen. Vergleichen wir die Ueberweisungen mit den Kontributionsbeiträgen so hat es empfangen 1898 33 575 500 Mark und gezahlt 33 046 600 Mark, hatte also einen Ueberfluß von 528 900 Mark, 1899 empfing es 34 551 000 Mark und zahlte 35 465 300 Mark, der Ueberfluß war also verschwunden, 1900 empfing es 36 840 000 Mark und zahlte 38 144 500 Mark, 1901 und 1902 war das Verhältnis ebenso. Sachsen legt jetzt drei Millionen zu. So ist es bei allen deutschen Staaten, sie haben mehr an der Reichskasse zu zahlen, als sie an Ueberweisungen erhalten. Nun ist Holland in Rötten, man weiß nicht aus noch ein und die allerdingendsten Kulturaufgaben werden in unerschörter, in skandalöser Weise not. (Sehr richtig!) Bereits im vorigen Jahre hat bei der Auffassung der Stats der Schatzsekretär zugegeben, er habe bereits über 57 Millionen von den Forderungen gestrichelt, die an ihn herangezogen seien. Aber diese Forderungen sind deshalb nicht endgültig gestrichelt, sie kommen wieder und neue hinzu. So markieren wir, selbst wenn die 150 Millionen neuer Einnahmen aus den Zollerhöhungen hinzukommen, dem dauernden Defizit entgegen. Dann hat der Reichstag selber noch den Kostist genommen und 25 Millionen gestrichelt, um neuen Schulden zu entgehen. Aber die böse Rechnung kommt hinten nach, es stellte sich heraus, daß wir einen sehr unglückseligen Finalabschluß in der Reichskasse haben. 21 Millionen Mark sind mehr ausgegeben worden, als der Reichstag bewilligt hat. Diese Statsüberschreitungen sind ein grober Unfug, der trotz aller Beschlüsse immer mehr zunimmt; früher war so etwas nicht da, wahrlich, man söng an eine Art Respekt vor Bismarck zu bekommen. (Weiterkeit.) Solange er am Ruder war, war so etwas undenkbar, aber jetzt sind wir modern — modern wie im Rom der Cäsaren. (Sehr gut.) 1902/1903 werden die Verhältnisse nicht günstiger werden. Wir haben mit einem Defizit von 108 Millionen zu rechnen.

Trotzdem treten immer neue Ansprüche auf. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsre in den 70er Jahren mit Millionen bezahlten Festungen vollständig unbrauchbar geworden sind. Sie taugen nichts mehr, sie können in keinem modernen Kriege mehr standhalten. Die Franzosen haben es klüger gemacht. Gewißig durch die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 haben sie Sperrforts gebaut, eine Reihe riesiger Erdwerke, hinter denen ganze Armeen den stärksten Feind ruhig erwarten können. Damals haben unsre Generale über diese Sperrforts gelacht, jetzt machen wir sie den Franzosen nach. Reg. Köln, Straßburg, Königsberg sollen freigelegt werden, Kofel ist es bereits, aber halbe Provinzen sollen Sperrforts gezogen und mit Positionsgeschützen versehen werden, die auch wieder Hunderte und Aberhunderte von Millionen kosten werden. Ein Teil der Kosten bliebe durch den Verkauf der freizubehaltenden Festungsterrains aufgebracht werden, aber der riesige Rest muß aus Reichsmitteln gedeckt werden. Ueber die Kanonenfrage haben wir schon in Hamburg gesprochen. Die fremden Militärattaches wurden 1898 durch die neuen Geschütze der deutschen Artillerie, die plötzlich vorgeführt wurden, überfallen. Gestutzt hat man sich damals wie die Kinder über die verblüfften Geschütze der Militärattaches. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die neuen Kanonen zwar besser sind als die alten, aber bereits wieder überholt. Das Rohrrücklauf-Geschütz der Franzosen übertrifft unsre Artillerie bei weitem. Kein Zweifel, sie sind uns mit dieser wichtigsten Waffe im großen Kriege voraus. Das ist wieder eine Folge unsrer Ueberhebung. Wenn bei uns ein Gebaute kommt, muß er gleich in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Weiterkeit.) Es handelt sich da um sehr mächtige Einflüsse. Die Budgetkommission war seiner Zeit verpflichtet worden, nicht über die Reu-Devastation der deutschen Artillerie in der Öffentlichkeit zu verhandeln zu lassen. Wir haben das Staatsgeheimnis gewahrt; mögen sie immer von der Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie reden. Was wir als Ehrenmänner zu thun haben, das wissen wir selber. (Woh! Woh!) Also wir haben das Geheimnis bewahrt, aber mittlerweile ist der Zustand der deutschen Artillerie bekannt geworden, und es steht heute fest, daß die neue deutsche Artillerie, die ca. 170 Millionen gekostet hat, nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß wir vielleicht sehr bald eine vollständig neue Artilleriebewaffnung haben müssen. Dazu kommt das ewige Unglück, daß immer eine Erfindung die andere treibt. Erst gestern las ich, daß in England ein Artilleriegeschütz erfunden sein soll, das alles andere in Schatten stellt. Ich weiß nicht ob es wahr ist; ist es aber wahr, dann erwachsen uns auch nach der Richtung neue Aufgaben. Weiter heißt es auf einmal, wir brauchen eine Verstärkung der Kavallerie, nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern zur Bekämpfung des Polentums! Wir müssen Kavallerie-Regimenter in die Städte des Ostens legen, um den kleinen deutschen Handwerkerstand zu stärken. (Weiterkeit.) Ja warum nimmt denn nicht der preussische Staat aus seinem Polentums die Mittel dazu? (Sehr gut!) Aber wir wissen ja, daß es anders liegt. Daß eine neue Vorlage kommen würde, das wissen wir schon seit Jahren, dafür spihen wir in der Budgetkommission unsre Ohren. Schon aus Anlaß des Boerenkrieges sprach man von der Notwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie. Wir sind dem sofort entgegengetreten und haben gesagt, daß der Boerenkrieg gerade das Gegenteil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Kavallerie ist angebracht. Aber wir wissen ja, daß es mächtige und einflussreiche Kreise giebt, die von je in der Kavalleriewaffe die vornehmste Waffe gesehen und auf die Vermehrung gedrängt haben. Diese Vorliebe zeigte sich ja bei den Kavallerie-Manövern, wie solche erst kürzlich bei Frankfurt stattgefunden haben. Auswärtige Offiziere freilich sollen gemeint haben, es sei sehr schön, nur wäre es kein Krieg gewesen, mit andern Worten: würde man im Ernstfall so vorgehen wollen, so könnte das ein militärisches Debacle herbeiführen, wogegen alles Bisherige ein Kinderpiel ist. Darüber, daß so nicht gekämpft werden kann, herrscht in der ganzen Welt bei Latzer und Sach-

verständnis nicht der geringste Zweifel. Trotzdem aber wird die neue Kavalleriereformierung kommen und es werden uns gewaltige Mehrausgaben daraus erwachsen. Und damit noch nicht genug. Der Boererkrieg hat ja den Erfolg gehabt, wie alle Vorkriege der Welt, eine neue Strategie zu lehren. Es ist charakteristisch, daß gerade die nichtmilitärischen Elemente die neuen Bahnen schaffen; das ist in den letzten 40 Jahren durch zwei Vorkriege glänzend bewiesen worden, durch den großen amerikanischen aus den sechziger Jahren und jetzt durch den Boererkrieg. Alle Kriege bis zum letzten Spaziergang nach China hin haben für die militärische Wissenschaft nicht so viel Ausbeute geliefert in Bezug auf Anwendung der Technik wie diese beiden Kriege. Das hat man eingesehen und infolgedessen neuerdings die Mandcher in der Gegend von Mainz nach Boerenmanier eingerichtet. Will man aber die künftigen Kriege nach Boerenmanier führen, dann müssen die Soldaten auch nach Boerenmanier uniformiert sein. Das hat einer der ersten Generale der französischen Armee, General Négrier, ganz offen in einer militärischen Revue ausgesprochen. Er sagt, es hilft alles nichts, mit der militärischen Romantik ist es zu Ende, die schönen Uniformen wären in einem Kriege unser größtes Unglück. Wir haben das seit 15 Jahren im Reichstag gesagt, aber da hat man uns ausgelacht, verspottet und verhöhnt und jetzt zeigen die Herren selbst dieser Ansicht zu. Finanziell würde das eine kolossale Ersparnis bedeuten, wenn auch die erste Anschaffung kostspielig ist. Sie sehen auch daraus, welche Ausgaben in den nächsten 5 Jahren an den Reichstag herantreten werden.

Der Militärpensions-Etat wächst von Jahr zu Jahr kolossal, die Zahl der völlig diensttauglichen Leute, die pensioniert werden, nimmt von Jahr zu Jahr um so und soviel Laufende zu. Für den Friedensbedarf sind die Leute unbrauchbar, aber wenn es zum Krieg kommt, sind sie wieder brauchbar. Vorläufig haben wir die erhöhten Pensionskosten zu zahlen. Diese sind von 1890 bis jetzt für Heer und Marine von 87 700 000 auf 72 600 000 M. gewachsen, also eine Zunahme von rund 85 Millionen oder nahezu 100 Proz. Nun aber klagen die Offiziere darüber, daß mit den jetzigen Pensionsätzen nicht mehr zu leben sei. Erst dieser Tage traten pensionierte Offiziere in Dresden zu einer Versammlung zusammen, ja, streiten können sie nicht mehr (Heiterkeit), man hat sie ja freiwillig zur Arbeitslosigkeit verdammt, sie vermehren die Zahl der Arbeitslosen. (Heiterkeit.) Also die Offiziere können mit den Unterhaltungskosten nicht mehr ankommen und der Staatssekretär hat ja schon eine Änderung des Pensionsgesetzes für nötig erklärt. Werden die Pensionen um 15 Proz. erhöht, so bedeutet das eine Mehrausgabe von 15 Millionen per Jahr und diese Ausgabe steigert sich in demselben Maße wie der Pensionsetat von selbst wächst.

Dazu kommt, daß mit den vermehrten Schulden auch der Etat der Reichsschulden-Zinsen wächst, der für Armeekorps und Marinezwecke in den letzten 12 Jahren bereits von 80 auf 76 Millionen, also um mehr als 100 Proz., gestiegen ist. Die Bedürfnisse des Reichs werden also voranschreitend zu nehmen, daß selbst die Einnahmen aus den höheren Schutzsteuern, wenn sie durchgehen sollten, kaum zu ihrer Befriedigung ausreichen würden. Nebenbei traten natürlich auch noch einige gar nicht zurückweisende Kulturaufgaben an das Reich heran. So wächst der Reichszuschuß zur Arbeiterversicherung von Jahr zu Jahr. All das müssen wir in Betracht ziehen, um uns zu vergegenwärtigen, wie die Dinge stehen. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Die Marine hat namentlich in den letzten Jahren infolge der einfach skandalösen Handlungsweise des Centrums — man mag über die Nationalliberalen sagen, was man will, aber einen so schmachvollen Verrat wie ihn das Centrum in der Flottenvorlage begangen hat, kennt die Geschichte nicht. — ich sage, die Marine hat eine Ausgabevermehrung von 51 auf 217 Millionen aufzuweisen und so geht das weiter. Ich erinnere sie an den Triplic-Erlaß, worin mit dürren Worten gesagt ist: falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzuliegenden Begründung zur Flottenvorlage die planmäßige Entwicklung der Indienststellungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Personal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der fortwährenden Ausgaben in den Berechnungen vorzunehmen! Aus diesem Erlaß haben wir geschlossen, daß man dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hat und die Zukunft wird lehren, daß wir Recht hatten. Ebenso steht fest, daß die Auslands-Schlachflotte eine Flotte von großen Panzern wird, das wird wieder die einmaligen und dauernden Ausgaben vermehren. Nachdem wir einmal den Spaziergang nach China gemacht haben, um christliche Zivilisation und Religion dorthin zu tragen, haben wir auch dort erhöhte dauernde Ausgaben. Wir haben gegenwärtig auf absehbarer Zeit eine Mehrausgabe von 20 Millionen, die nicht in die Kriegskosten eingerechnet sind, neben 12 Millionen für Kiautschou. Diese kolossalen Ausgaben stehen im ärgsten Widerspruch zu dem Ergebnis unseres Handels mit China. Der chinesische Handel wird von Jahr zu Jahr schlechter, unsere Ausfuhr nach Kiautschou betrug 1900 noch 56,8 Millionen Mark, aber sie wurde erzeugt durch die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen. Die Einfuhr von Kiautschou belief sich 1900 auf lumpige 82 000 M. (Hört! hört!) und 1901 auf 21 000 M. Im nächsten Jahre haben wir möglicherweise gar nichts mehr (Heiterkeit) und das ist eine der aussichtslosesten Kolonien des Reiches!

Und wie steht es mit der auswärtigen Weltpolitik! Bei den Beratungen der Flottenvorlagen haben wir immer gesagt: Ihr glaubt wohl, wie Ihr heute auf dem Festlande mit Eurer Armee die erste Geige spielen zu können vermeint, so werdet Ihr auch auf dem Meere es fertig bringen, England gegenüber die erste Geige spielen zu können? In welcher zuvorkommender Weise sind in den letzten Jahren die Leiter unserer Politik England gegenüber aufgetreten! Ich erinnere nur an die Deflorierung des Lord Roberts mit dem Schwarzen Adlerorden und an die Einladung der englischen Generale zu den Manövern. Als man das sah, hätte man wirklich einen Augenblick glauben können, wir hätten uns geriert. Freilich sind diese Liebesbezeugungen nichts Neues. Wir haben dasselbe Nordamerika und Rußland gegenüber gesehen. Man kommt Rußland sogar in politischer Beziehung — ich erinnere nur an die Ausweisungen — in der verständlichsten Art entgegen, so daß auch heute das Wort am Plage ist, das einst die Kolnische Zeitung gegenüber Bismarck geprägt hat: man läßt sich in Wettfechten vor Rußland. (Sehr gut!) Na, wir werden ja über diese Dinge noch im Reichstag ein Wort mit einander zu reden haben. Nach allen Seiten hin Austausch von Liebesvollgeboten in Halle und Halle, so daß man glauben könnte, es sei alles aus! Können bestellt und sich fragen muß: Wozu die kolossalen militärischen Aufstellungen? Sehr bezeichnend ist das Telegramm des deutschen Kaisers an den Kaiser von Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Was mögen England, was die Vereinigten Staaten beim Lesen dieses Telegramms denken! Glaubt man vielleicht, mit einem Befehlrich die jetzige größte Seemacht der Welt von der Karte streichen zu können? Wären wir nicht in Europa, wo die Verantwortung für einen Krieg eine fürchterliche ist, wo die Folgen eines großen europäischen Krieges geradezu fürchterlich wären, so wären solche Vorgänge sehr wohl geeignet, bedeutende politische Verwickelungen herbeizuführen. Vor allen Dingen aber wird sich der deutsche Reichstag zu fragen haben, ob er angesichts so klar ausgesprochener Tendenzen seine bisherige Weltpolitik fortsetzen will. Wir müssen also auch nach dieser Richtung hin auf dem Posten sein. Freilich, an entscheidenden Stellen läßt man sich weder irre machen, noch einschüchtern. Roosevelt hat wiederholt die Gelegenheit benützt, den Willen die Monroe-Doktrin ins Gedächtnis zu rufen, und wir sind nicht nach Haiti gegangen, bevor wir nicht wußten, daß man in Washington nichts dagegen einzuwenden hätte. Gegen Haiti trat man natürlich anders auf als gegen Rußland.

Bessere hohe Zuschüsse erfordert die Kolonialpolitik. Es gab ja auch bei uns Männer, die glaubten, aus der Kolonialpolitik könne etwas werden. Aber die deutsche Kolonialpolitik hat sich weit ungünstlicher entwickelt als selbst ich, einer der größten Pessimisten in dieser Frage, es je für möglich gehalten hätte. Unsere ganze Kolonialpolitik ist ein Debakel (Sehr wahr!).

Sagt doch selbst Peters, vor wenigen Jahren einer ihrer fanatischen Vertreter, daß in der durch seinen Einfluß geschaffenen Kolonie Ostafrika nichts zu machen sei. So ist es auch mit anderen Kolonien. Wir haben den Spaniern eine ganze Reihe von Inseln abgeliefert, wie können die Spanier lachen! Sie haben ein vorzügliches Geschäft gemacht, während wir zu den Zinsen noch jährlich so und so viele Tausende in den Stillen Ocean werfen. Auch in Samoa, das so lange Jahre Gegenstand des Streites war, stehen die Erfolge in schärfstem Widerspruch zu den Opfern. Wir haben den großen Zug nach dem Osten gemacht, um christliche Zivilisation in China zu verbreiten, und nun stellt sich heraus, daß wir bei uns viel chinesischer sind als die Chinesen. (Heiterkeit.) Ehe-Ordnungen, wie sie heute in Preußen bestehen, würden selbst die Chinesen nicht schaffen. (Sehr gut!) Die Regierung giebt zu, daß die Kolonialpolitik hoffnungslos geworden ist, sie setzt ihre letzte Hoffnung auf die Centralbahn.

Große Aufgaben erwachen uns, wenn wir im Reichstage den hier gefassten Beschlüssen Geltung verschaffen wollen. Vor allem ist bei der in Aussicht stehenden Reform der Krankenversicherung die Anwesenheit zahlreicher Sozialdemokraten im Reichstage eine dringende Notwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen-Versicherung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; wie sie gelöst wird, weiß heute kein Mensch. Es ist sehr leicht möglich, daß wenigstens gegen Ende der Legislaturperiode die Reform des Strafgesetzbuches in Angriff genommen werden wird. Auch ein Gegenstand von eminenter Wichtigkeit, gerade für die Sozialdemokraten. Die Frage der Vereinheitlichung der Versicherungsgegebung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Weiter wird die Faktion mit aller Energie auf die Anerkennung der Gewerkschaften hinarbeiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich das erlangen, was die Arbeiter anderer Länder längst erlangt haben. Andre wichtige Fragen sind die Erringung eines Einflusses der Arbeiterklassen auf die Gewerbe-Zulassung, die Regelung der Hausindustrie, die Schaffung eines Normalarbeitstages. Wenn wir die Gesetzgebung zwingen könnten, das Prinzip des Normalarbeitstages anzuerkennen, sei es auch des zehnstündigen, so wäre das als ein großer Fortschritt anzuerkennen. (Sehr wahr!) Nach wie vor wird es sich ferner darum handeln, die Soldatenmishandlungen zu erörtern, die Auslegung des Vereins- und Versammlungsgesetzes den Arbeitern gegenüber zu kritisieren, mit gewissen richterlichen Urteilen ins Gericht zu geben, wir werden die Ausweisungen zu besprechen haben; kurz, wir werden Unrecht und Gewalt, die ja bis heute nicht aufgehört haben, in Deutschland regierende Faktoren zu sein, zur Sprache bringen und auf Abhilfe dringen müssen.

Für all das ist eine möglichst starke sozialdemokratische Faktion absolut notwendig, und angesichts dieser Aufgaben haben wir die dringende Pflicht, ungesäumt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahlagitiation einzutreten, vor allem in die Wahlorganisation. Seit den letzten Wahlen ist glücklicherweise das Verbindungsverbot gefallen, wir müssen also jetzt in allen Wahlkreisen, soweit irgend das Material dafür vorhanden ist, Vereine gründen, Verbindungen schaffen und Vertrauenspersonen wählen, die die Verbindungsmitglieder für die Agitation bilden. Wir müssen die Geldsammlungen betreiben. Ich bitte Euch dringend, rechnet nicht auf die große Kriegerklasse in Berlin, sie ist nicht sehr gefüllt, das habt Ihr gehört, und wenn auf dem nächsten Parteitage unser Bericht über die Lage kommen sollte, wie ich auf dem Parteitage in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, wo ich mitteilen konnte, daß wir drei Tage nach der Wahl reicher waren als vor der Wahl, nun dann um so besser! Aber jedenfalls sollen die Wahlkreise nach Möglichkeit die Kosten selbst aufbringen. Die Erfahrungen im Jahre 1898 haben uns gezeigt, daß in einzelnen Kreisen ganz unverantwortlich viel gebraucht wird, daß wir uns bisweilen bezüglich der Ausgaben wie Großkapitalisten benehmen und nicht wie Proletarier. Ich habe jüngst die Listen des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus dem Jahre 1870, dem Jahre der Kriegswahlen, studiert. Geld war so gut wie gar nicht vorhanden. Da ließ man, daß der eine Wahlkreis 5 Thaler, der andre 10 empfangen habe. Allerhöchstens wurden 20 Thaler gegeben. Heute können wir damit natürlich nicht auskommen, aber wir haben uns doch an eine so großspurige Weise im Geldausgeben gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wird zuviel Papier verbraucht, mit der Hälfte der Flugblätter ließe sich auskommen. (Sehr richtig!) Ein andres haben wir allmählich ganz verlernt, und da müssen wir wieder an die guten Traditionen der vorkongressualen Zeit anknüpfen. Die Agitation für unsere Organisation und unsere Presse muß mit dem Wahlkampf verknüpft werden. Früher war es guter Gebrauch, daß jeder Redner am Schluß seiner Rede mit der Aufforderung schloß, sich der Partei-Organisation anzuschließen, wozu Gelegenheit gegeben wurde, und auf unsere Blätter zu abonnieren; es wurden Probenummern verteilt und Zeitel mit der Aufforderung zum Abonnement gingen herum. In dem bevorstehenden Wahlkampf werden wir in unseren Versammlungen Millionen von Frauen und Männern sehen. Es müßte doch fonderbar zugehen, wenn wir nicht 100—200 000 neue Zeitungsabonnenten heranzuschlagen könnten. (Lebhafte Zustimmung.)

Dah wir keine Vordünisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Wir treten selbständig auf und wenn wir in einem Kreise auch nur 10 Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, wenn wir ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrig bleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so nachsichtig in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislaturperiode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klagen gegen sie sich nicht abschwächen, sondern schärfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Centrum fällt ganz aus, kein Centrumsmann darf eine Stimme von uns erhalten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. Die Nationalliberalen fallen aus, Konservative, Antisemiten kommen gar nicht in Betracht; ja, heutzutage ist die Frage: ob wir alle Kandidaten der freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Posttarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider —, denn uns wäre eine liberale Bufferpartei ganz angenehm. Aber die Freisinnigen geben sich selber auf. Im württembergischen Landtage sitzen 6 Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelpreise sind. Diesen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution auf das Notwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution giebt die unerlässlichsten Bedingungen an, die die gegnerischen Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen eintreten für ein eingeschränktes Aufrechterhalten des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — gegen die Erhöhung der Steuern, die sie überhaupt gegen Lebensmittelpreise stellen würden, falls sie überhaupt gegen Lebensmittelpreise stimmen möchten, so fänden wir keinen einzigen Bürgermann, den wir unterstützen könnten. Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahmsgesetzgebung und gegen jede Verschärfung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte gar keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn wir auf diese Forderungen hin Kandidaten kriegen, die wir unterstützen können. Auch diese Thatsache zeigt ja, wie die Zustände im Deutschen Reich täglich unrettbarer werden, und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin, als die Trägerin der Zukunft ansehen kann. Auch dies zeigt, daß wir die einzige Partei sind, die unentwegt für den Fortschritt der Menschheit eintritt.

Wenn wir angesichts dieses Zustandes unsere Aufgabe richtig verfolgen, Parteigenossen, so seid Ihr die Macht, die hämmert jung das alte morose Ding, den Staat, die Ihr von Gottes Forne seid, bisher das Proletariat.

Schließt die Reihen! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Singer teilt mit, daß die Vorschlagsliste für die Wahlen des Parteivorstandes und der Controleure in den Händen der Delegierten sind, und ersucht die Mitglieder der Kandidatprüfungs-Kommission, die Stimmzettel vor der Nachmittags-Sitzung in Empfang zu nehmen und das Resultat festzustellen. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von der Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs. (Beifall.) Schluß 12¹/₂ Uhr.

Freitag-Nachmittags-Sitzung.

(Vorläufiger Bericht.)

München, 19. September. (Privat-Depesche.)

In der Nachmittags-Sitzung wird die Debatte über die bevorstehende Reichstagswahl eröffnet.

Weller-Wiesbaden verlangt, daß man sich, da das Centrum nicht gewillt ist, sich auf politischen und sozialen Boden zu stellen und die Kirche das Volkwerk des Alten sei, auf religiöse Aufklärungsarbeit verlegen müsse. Man müsse den Kirchenglauben erschüttern. (Auf: Schluß mit dem Instan!) Für Weller in diesem Sinne gebaltene Resolution erheben sich nur zwei Hände. Sie ist nicht genügend unterstützt. Geher-Leipzig bespricht die Stellung der Parteien zum Posttarif. Das Centrum habe dabei die Führung aller politischen Parteien. Es werde sich, da es mit der Rebellion im eignen Lager rechnen müsse, schließlich auf die Regierungsvorlage zurückziehen. An die Möglichkeit einer Reichstags-Auflösung glaube er nicht, das Centrum habe dabei zu viel zu riskieren, besonders wenn die Sozialdemokratie auf dem Posten sei. (Beifall.) — Hengsbach-Köln: Wenn wir das Centrum nach dem Vorschlag Weller bekämpfen wollten, kämen wir auf eine tiefe Ebene. Wir im Rheinland wissen auch, daß die Zollvorlage dem Centrum nicht so völlig den Wind aus den Segeln nimmt, wie man vielfach glaubt. Auf die christlichen Arbeiter kann man sich nicht verlassen. Bei Stichwahlen werden wir meistens Stimmenthaltung üben müssen. Kitzler-Heilbronn warnt gleichfalls davor, im Kampfe gegen das Centrum den religiösen Boden zu betreten und verlangt Material für die Agitatoren, damit dieselben den Verdrehungen des Centrums entgegenzutreten können. Frau Zellin: Der Zollwucher sei nicht nur zu bekämpfen aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch vom Standpunkt des Kampfes um die politische Macht aus, denn das Junkertum wolle den Tarif durchdrücken, um seine politische Macht zu stärken. Mit ihm habe sich der mächtigste Teil der Bourgeoisie verbündet und bis in die Reihen der süddeutschen Volkspartei hinein finde man verhäumte Zollwucherer. Das Bürgertum verzichte auf den Kampf gegen das Junkertum, weil es sich seiner als politischen Hausbrotes gegen das Proletariat bedienen wolle. Da das Centrum im bevorstehenden Kampf die ausschlaggebende Rolle spielen werde, so beantrage sie, der Redaktion des „Vorwärts“ alle gegnerischen Flugblätter, besonders die des Centrums, zuzustellen, damit die gehörige Antwort sofort erfolge. (Lebhafte Zustimmung.) Lehndecker-Höchst meint, der Vorstand unterschätze die Centrumsgefahr. „Vorwärts“ und Parteipresse sollten sich besser um die Agitation des Centrums kümmern, Kräfte und Geld seien nur auf die aussichtsreichen Kreise zu verwenden. Vollmar wendet sich entschieden gegen Weller. Man kann dem Centrum gar keinen größeren Gefallen thun, als es auf religiösem Gebiete zu bekämpfen (Lebhafte Zustimmung.) Die Resolution Weller entspricht nicht dem Punkte des Parteiprogramms: Religion ist Privatfache. Dieser Punkt sei genau so bindend wie jeder andre. Jeder habe das Recht seiner eignen religiösen oder antireligiösen Meinung, aber an der Stelle müsse die Sozialdemokratie in Bezug auf diese Frage zurückhaltend sein. Das Gebiet der religiösen Vorstellungen habe mit unserm Kampf nichts zu thun. Volle Neutralität gegenüber dem freireligiösen Gefühl als Herzenssache, energischer Kampf soweit die Religion zur Unterdrückung benötigt werde, in erster Linie gegen das Centrum. Krohn-Konstanz ist der Meinung, daß bei Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Centrumsleuten den Wahlkreisen etwas mehr Spielraum gelassen werden müsse. Eine Verminderung der Centrumpartei sei mit Freuden zu begrüßen, während andererseits der Zuwachs einiger Mandate bei den Nationalliberalen den Verfall dieser Partei nicht aufhalten könne. Ledebour fährt aus: Die in dem bekannten Worte Orensjernas charakterisierte Eigenart der Regierenden habe sich neuerdings noch verschärft. Dumm aber stark sei die Forderung der Schornmayer für die Minister in unserer Zeit politischer Delatence. Die Situation sei überaus günstig für die Sozialdemokratie, nur dürfe sie sich nicht durch Flammwachen in den Reihen lösen lassen. Adolf Hoffmann-Verm. meint, Vollmar hätte auch den Freidenkern gegenüber mehr Toleranz üben sollen. Man müsse der Kirche da entgegenzutreten, wo sie sich zur Schlepenträgerin der herrschenden Gesellschaft mache. Weller aber hätte erst in der Partei lernen sollen, ehe er auf Parteitag aufträte. Der Bericht Weller's, seine Ansichten durch Berufung auf Webers „Christentum und Sozialismus“ zu rechtfertigen, veranlaßt Webers in seinem Schlusswort zu energischer Zurückweisung.

Weber stellt sich vollständig auf den Standpunkt Vollmars, daß die religiöse Ueberzeugung der Partei als solcher völlig gleichgültig sei und sie nur gegen eine propagandistische Verbindung religiöser Ansichten innerhalb ihrer Organisationsfront mache. Die Partei verlange vollständige Trennung von Staat und Kirche, verhalte sich aber jeder religiösen Ueberzeugung gegenüber vollkommen neutral. Bei Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Centrumsmännern, die für die Arbeiter gleich wenig wert seien, sei die Proklamierung der Stimmenthaltung geboten.

Die Webersche Resolution wird einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag Singer, wonach alle gegnerischen Wahlflugblätter usw. der „Vorwärts“-Redaktion als Agitationsmaterial einzusenden sind. Die Rede Webers soll als Agitationsmaterial verbreitet werden.

Begonnen wird noch die Beratung der Anträge zur Organisation, von denen Nr. 19—22 nicht unterliegt werden. Antrag 18 wird abgelehnt und der Parteivorstand beauftragt, eine zweckentsprechende Änderung des Organisationsstatuts vorzubereiten. Antrag 23 wird abgelehnt, Antrag 24 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, die Anträge 27 und 28 werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Morgen vormittag Schlußsitzung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Abonnenten unseres Blattes

ersuchen wir, etwaige verspätete Lieferung der heutigen Nummer infolge des umfangreichen Stoffandranges anlässlich des Parteitages entschuldigen zu wollen.

Kopenhagen, 19. September. (B. T. N.) Bei den heutigen Wahlen zum Landsting wurden sieben Mitglieder der Rechten-Partei, sieben unabhängige Konservative, neun Mitglieder der Linken-Reformpartei und drei der gemäßigten Linken gewählt. Ferner wurde auf den Røder-Inseln ein Mitglied der Linken-Reformpartei gewählt. Somit hat die Rechten-Partei 5 Sitze verloren, die Unabhängig-Konservative 2 gewonnen, die Linken-Reformpartei hat 6 Sitze gewonnen; die gemäßigte Linke sowie die Agrarier haben je einen Sitz verloren.

Brüssel, 19. September. (B. T. N.) Die Königin ist heute abend 7 Uhr 50 Minuten in Evian gestorben.

**Parteitag
der deutschen Socialdemokratie.**

Vierter Verhandlungstag.

München, 18. September.

Nachmittags-Sitzung.

3/4 Uhr. Den Vorsitz führt Volkmar.

Die Versammlung tritt in die Diskussion ein über Punkt 5 der Tagesordnung: „Arbeiterversicherung“.

Dazu sind eingegangen außer der bereits mitgeteilten Resolution 106 Wollenbuhr folgende Anträge: Antrag 108, Änderungsantrag zu Nr. 106:

Der Parteitag wolle beschließen:

unter Ziffer 4: statt der Worte

„Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten“

zu setzen

„Deckung der Kosten durch eine progressive Einkommensteuer“;

unter Ziffer 5 auf der ersten Zeile: statt des Wortes:

„Krankenversicherung“

zu setzen

„Arbeiterversicherung“.

Soch mit 19 Genossen.

Ferner Antrag 109: Der Vortrag des Genossen Wollenbuhr über Arbeiterversicherung ist wenn möglich als Agitationschrift zur Massenverbreitung geeignet herauszugeben und zu möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben.

G. Bindhoff, Düsseldorf.

Weiter ist eingebracht worden ein Antrag von Elm, im Punkt 7 des Antrages 106: „Einführung der Arbeitslosenversicherung“ hinzuzufügen: „Bezüglich der Arbeitslosenversicherung schließt sich der Parteitag den von dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress angenommenen Grundrissen an.“

Ferner liegt vor ein Antrag von Stein, den ersten Satz der Resolution 106 folgendermaßen zu fassen: „Die Versicherungsregeln des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenlasten vor Ueberlastung zu bewahren und die den Unternehmern zufallende Schadenersatzpflicht zu vermindern, genügt in seiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse.“

Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Das Wort nimmt zunächst

Soch-Hanau:

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die beiden von mir gestellten Änderungsanträge zu empfehlen. Zunächst eine Bemerkung zum Antrag Elm. Ich meine, die Frage der Arbeitslosenversicherung ist zur Zeit noch zu wenig geklärt, daß der Parteitag dazu jetzt noch Stellung nehmen kann. Weiter möchte ich bemerken, daß in Zukunft die Resolution über eine derartige Frage nicht erst im letzten Augenblick, sondern schon früher verteidigt werden sollte, damit die Delegierten auch die Zeit haben, sich die Sache gründlich zu überlegen. Nun zu meinen Änderungsanträgen. Davon bezieht sich der eine auf Ziffer 5 der Resolution und will an Stelle des Wortes „Krankenversicherung“: „Arbeiterversicherung“ setzen. Ich kann nicht recht verstehen, warum man dieses Wort gewählt hat. Die Bekämpfung der Volkskrankheiten, der Tuberkulose z. B. erfolgt doch durch andere Arten der Arbeiterversicherung und deshalb ist es auch zweckmäßig zu sagen: Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung. Bedenklicher erscheint mir aber die Fassung der Ziffer 4 der Resolution Wollenbuhr: Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten. Diese Fassung sagt durchaus nicht, in welcher Weise die verschiedenen Klassen herangezogen werden sollen. Daraus könnte man schließen, daß die Arbeiterklasse herangezogen werden solle und das würde damit gerechtfertigt, indem man sagte, wenn die Arbeiter an der Verwaltung teilnehmen wollen, sollen sie auch Beiträge zahlen. Diese Anschauung hat schon Wollenbuhr völlig widerlegt. Deshalb muß man also noch genauer hineinschreiben, wie die Sache zu regeln ist. Wenn wir den Unternehmern die ganze Last auferlegen, so werden diese selbstverständlich bemüht sein, sie auf die Arbeiter abzuwälzen; wie weit ihnen das möglich ist, das hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wenn aber der Staat dazwischen tritt, dann werden die Verhältnisse verschoben und die Arbeiter benachteiligt. Dazu kommt, daß auch die Formulierung des Wollenbuhrschen Vorschlages gar keine Mißachtung geben kann für die parlamentarische Stellung unserer Fraktion; es empfiehlt sich deshalb eine ganz klare und präzise Fassung und wir schlagen vor, daß die Kosten aufgebracht werden sollen durch eine progressive Einkommensteuer. Wollenbuhr hat ja die Auffassung vertreten, daß die Beiträge des Unternehmers ein Teil des Lohnes sind. Daraus ergibt sich, daß jeder in demselben Maße zu den Kosten der Arbeiterversicherung beiträgt, als er Vorteile aus dem Erwerbleben zieht, und das wird womöglich durch die progressive Einkommensteuer. Ich bitte also meine Anträge anzunehmen und bemerke noch, daß ich genötigt wäre, gegen die ganze Resolution zu stimmen, wenn die Wollenbuhrsche Fassung der Ziffer 4 stehen bleibt.

Jubel-Verlin:

Die Genossen, die die Absehung des Punktes Arbeiterversicherung von der Tagesordnung beantragt hatten, werden jetzt wohl von ihrer Ansicht abgekommen sein. Besonders wichtig ist die Arbeitslosenversicherung. Da stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wollen die Arbeitslosenversicherung dem Reich überweisen, die anderen sagen, daß ist Sache der Gewerkschaften und verlangen nur eine Subvention vom Reich oder der Gemeinde. Ich kann die letztere Ansicht nicht billigen. Wenn es richtig wäre, daß durch Uebernahme der Arbeitslosenversicherung durch das Reich der Gewerkschaftsbewegung ein großes Feld ihrer Tätigkeit entzogen würde, so würde es schlecht um sie stehen. Die Gewerkschaften werden trotzdem noch genug zu thun haben, und wenn man glaubt, daß die Arbeitslosenversicherung durch das Reich den Behörden Zwangsmittel gegen die Arbeitslosen geben würde, so überläßt man den Einfluß unserer parlamentarischen Vertreter, dessen Kritik die Regierungen zwingt, die Versicherungsregeln besser zu gestalten. Ist doch auch die Reform der bühnlichen Gesetze auf die Socialdemokraten zurückzuführen! Ebenso wird es uns auch gelingen, in der Frage der Arbeitslosenversicherung den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Vergessen Sie nicht, daß das Reich die Verpflichtung hat, für die Arbeitslosen einzutreten!

Knaab - Pfungstadt:

Wollenbuhr hat sich mit Recht um den Standpunkt gestellt, daß die Berufskrankheiten eigentlich Betriebsunfälle seien. Das gilt in ganz besonderer Weise von den Hüttenholzarbeitern der Phosphorindustrie. In meiner Heimat Pfungstadt kann man eine große Anzahl von Arbeitern sehen, denen infolge der Phosphorkrankheit die Armbänder herausgenommen werden mußten und die dadurch körperlich entsetzt sind. Leider hat auch die neue Unfallversicherungsnovelle immer noch nicht die Phosphorkrankheit als einen zu entschädigenden Betriebsunfall anerkannt, die Betroffenen erhalten keine Entschädigung. Nun sehen die Betroffenen ihre Hoffnung auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Ich möchte unserer Fraktion einen Hinweis geben, doch bei dieser Revision in dieser Richtung zu wirken. Im übrigen erkläre ich mich gern einverstanden mit dem Antrag 109 Bindhoff.

Jean Ullrich Braun-Verlin:

Nicht um die vorzeitigen Ausführungen Wollenbuhrs zu bekämpfen, sondern um sie zu ergänzen nehme ich das Wort. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Frauenkonferenz den Beschluß

gefaßt hat, für die Erweiterung der Versicherung der Wöchnerinnen in der Weise einzutreten, daß nicht nur Wöchnerinnen, sondern auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in der vollen Höhe des persönlichen Lohnes erhalten sollen. Aber auch dies scheint mir noch nicht vollständig dem zu entsprechen, was wir zu wünschen haben. Meiner Ansicht nach sollte in der Wöchnerinnen- und Schwangeren-Versicherung — die wir zusammen mit dem allgemeinen Namen „Mutterschafts-Versicherung“ bezeichnen können — noch mehr inbegriffen sein. Aufgabe der Versicherung müßte es vor allen Dingen sein, Wöchnerinnen-Kühe, Säuglingsheime und dergleichen zu schaffen und auch eine Hauspflege der im Hause bleibenden Wöchnerinnen zu ermöglichen. Alle diese Dinge werden augenblicklich in ganz unzureichender Weise von Wohltätigkeitsinstituten aller Art übernommen. Wir müssen, wenn wir die Frauen für unsere Ideen gewinnen wollen, nicht nur eine Unterstützung der Frauen von Reichswegen herbeizuführen suchen, sondern wir müssen auch jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem entgegenzuarbeiten, daß diese Frauen den privaten Wohltätigkeitsinstituten in die Hände fallen. Das ist besonders wichtig in allen solchen Gegenden, wo diese Wohltätigkeitsinstitute in den Händen der Kirche, der Ultramontanen sind. Dort sind die Frauen am leichtesten allem von dieser Seite Gebotenen zugänglich, auf diese Weise wird das Selbstständigkeitsgefühl in ihnen ersticht und unsere Arbeit außerordentlich erschwert. Ich möchte deshalb bitten, daß eine Ergänzung in dieser Richtung von uns befristet werde. Es soll aber auch nicht den Gemeinden überlassen werden, solche Wöchnerinnenheime usw. einzurichten. Ich kenne eine deutsche Unterfränkischstadt, in der die Proletariatskinder im Säuglingsheim gewissermaßen die Versuchskaninchen für die ärztlichen Anfänger bilden. Das dürfen wir uns im Interesse unserer Kinder nicht gefallen lassen. Die Errichtung und Verwaltung dieser Anstalten muß von der in diesem Sinne reorganisierten Krankenversicherung in die Hände genommen werden. Die bestehende Gesellschaft, die doch auch ein Interesse an einem gesunden, kräftigen, arbeitsfähigen Nachwuchs hat, würde sich wohl auch zu einer Mutterschafts-Versicherung bereit finden. Das größte Interesse aber haben daran natürlich wir selbst, denn unsere Kinder, die Kinder der Proletarier, sind diejenigen, die unsere Zukunft zu schaffen haben. Ich brauche wohl keinen besonderen Antrag formulieren, sondern es genügt wohl, wenn unsere Wünsche, in denen ich mich eins weih mit den Genossinnen, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum:

Bei den Krankenkassen ist leider die Tendenz vorhanden, auf die Vergütung einzugehen, den Kranken vorzeitig gesund zu schreiben, wenn keine Krankheit der Kasse zu lange währt. Das ist recht kurzfristig und rächt sich später an den Kassen selber, denen der zuletzt kurtierte Arbeiter dann häufiger zur Last fällt. Das geht aus hervor aus einem Bericht über die Thätigkeit des Knappschaftsvereins zu Bochum. Da sind auch die Grundbeamten mit gegen Krankheit versichert. Auf je 100 Beamte fallen 8-9 Erkrankungen, aber 21-30 Krankheits-tage für den einzelnen Fall; auf 100 Arbeiter aber kommen 48-51 Erkrankungen mit nur 14-18 Krankheits-tagen. Obwohl die Beamten höheres Krankengeld erhalten, sind die Kosten, die sie der Kasse verursachen, um 1/3-1/2 geringer, als für kranke Arbeiter. Das vorzeitige Gesundschreiben bedeutet für den Arbeiter ein längeres Siedum, das wieder auf die Kasse zurückfällt. Immer brennender wird die Frage, besonders im Kohlenrevier, wo die Knappschafts-ärzte sich überhaupt nicht mehr herbellassen, Gutachten gegen ein Urteil der Vertrauensärzte abzugeben. Die staatliche Arbeitslosenversicherung wird von den Gewerkschaften nicht bekämpft, weil sie meinen, das Geld geböre ihnen. Sie studieren sich, weil sie befürchten, daß der Staat eine solche Leistung nur unter Bedingungen übernehmen wird, die die gewerkschaftliche Thätigkeit bei Streiks und Ausperrungen lahm legen würden. Diese Bedenken sind durch Wollenbuhr nicht gestreut worden. Immer heißt es: In der Not und Beliche.

Volkmar: Es ist folgende Resolution Egerodt-Krefeld eingegangen: „In anerkennenswerter Weise, daß innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands die Ansichten über die Art und Weise der Einführung der Arbeitslosenversicherung völlig geteilt sind, beschließt der Parteitag, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, in der Gewißheit, daß sich bis dahin die Meinungen geklärt haben werden.“

Die Resolution will meiner Meinung nach, daß Punkt 7 der Wollenbuhrschen Resolution gestrichelt wird.

Grünwald - Hamburg:

In der Arbeitslosenversicherung haben wir es nicht nötig, uns festzulegen; wir müssen den Reichstags- Abgeordneten freie Hand lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Elm abzulehnen. In der Fraktion sind ja alle Ansichten vertreten, es wird da schon das Richtige getroffen werden. Nachteile für die Gewerkschaften durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung fürchte ich nicht, sie werden trotzdem ihre Bedeutung behalten. Was die Krankenversicherung betrifft, so ist in letzter Zeit gegen die freien Hilfslosen Stimmung gemindert; meiner Meinung nach sind die freien Hilfslosen heute noch ebenso nötig, wie früher, da die anderen Klassen zu wenig leisten. Die Hilfslosen haben nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 die höchsten Leistungen, sie zahlen durchschnittlich 84,8 Wochen, die Orts-Krankenkassen 20 und die Gemeindefassen nur 18 Wochen. Die Durchschnittszahlung betrug bei ihnen 18, bei den andern 15 bzw. 8 M. Wenn die Orts-Krankenkassen die einzigen Träger der Versicherung sein sollen, so müßte man sie in verschiedene Gefährtenklassen einteilen, damit die Arbeiter aus minder gefährlichen Betrieben nicht zu sehr belastet werden. Die Selbstverwaltung müßte so gestaltet werden, daß über Leistung und Gegenleistung die Arbeiter zu entscheiden hätten. Die einseitige Setze gegen die freien Hilfslosen dürfen wir nicht mitmachen, wir sollten lieber den Fabrik-Krankenkassen, Knappschafts-Lassen u. dergl. unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

b. Elm-Hamburg:

Es ist gesagt worden, der Parteitag solle sich bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht binden. Wir hätten unseren Antrag nicht eingebracht, wenn nicht Wollenbuhr uns gegenüber bestimmt erklärt hätte, daß er mit seiner Resolution zum Ausdruck bringen will, daß eine einheitliche Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt werden soll. Wenn Sie aber die Resolution Wollenbuhr auch bezüglich des Punktes Arbeitslosenversicherung annehmen, so haben Sie sich gebunden und sich in direktem Gegensatz zu dem Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses gesetzt. (Sehr richtig!) Nur deshalb, weil wir diese Bindung nach der Anschauung von Wollenbuhr, die von den Vertretern der organisierten Arbeiter, bekämpft wird, nicht wollen, haben wir unseren Antrag gestellt. Es ist ferner beantragt, die Entscheidung dem nächsten Parteitag zu überlassen, aber auch im nächsten Jahre werden wir in dieser Frage noch genau so weit ausdauern, wie in diesem Jahre. Eine volle Klärung wird auch dann noch vorhanden sein, und die Gewerkschaften würden es höchst erfreulich finden, wenn sich der Parteitag in direktem Gegensatz zu ihrem Beschluß setzen würde. Eigentlich bin ich erstaunt, daß Wollenbuhr, der doch sonst kein großer Optimist ist, bezüglich der Ausgestaltung des Versicherungswesens solchen Optimismus zur Schau trägt. Er glaubt, daß man die Selbstverwaltung gewähren werde, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könne, und er hat auf die Krankenversicherung hingewiesen, wo auch ein gewisses Maß von Selbstverwaltung eingeführt worden sei. Das stimmt ja, aber um dieses Maß der Selbstverwaltung handelt es sich doch vor allen Dingen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter legen ganz besonderen Wert darauf, daß ihnen bei der Arbeitslosenversicherung die volle Selbstverwaltung eingeräumt werde. Bei einer Reichs-Arbeitslosenunterstützung aber würde diese Selbstverwaltung unter keinen

Umständen gewährt werden. Schon aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften Gegner einer Reichs-Arbeitslosenversicherung.

Wollenbuhr will ein Drittel der Beiträge vom Reich, ein Drittel von den Arbeitgebern und ein Drittel von den Arbeitern bezahlt wissen. Nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Grundsatz, entsprechend dem Maß der Beiträge auch das Maß der Selbstverwaltung zu bestimmen, würde zweifellos die Regierung sich auf den Standpunkt stellen, daß wenn Reich und Arbeitgeber zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung ausüben, während den Arbeitern nur ein Drittel zukommt. Diesen Grundsatz würde man selbstverständlich in die Vorlage hineinschreiben, die eventuell später einmal kommen wird. Wenn sie kommen wird, darüber gebe ich mich nicht irgendwelchen Täuschungen hin, ich bin nicht so optimistisch wie Wollenbuhr. Ich glaube nicht, daß man so bald eine Arbeitslosen-Versicherung einführen wird, wenn auch die Reichsregierung gerade zu diesem Punkte der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses einen Vertreter entsandt hatte. Wir haben noch sehr lange Zeit, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Für unsere endgültige Stellungnahme wird immer noch Zeit sein, wenn die Vorlage selbst vorliegt. Wir sollten aber jetzt doch den Grundrissen zustimmen, die die Vertreter der Arbeiter selbst aufgestellt haben. Es ist doch darüber geredet worden, daß die Arbeiter selbst zur praktischen Arbeit, zur Lieferung des statistischen Materials usw. mit herangezogen werden sollten. Hier, wo die Arbeiter in einer so wichtigen Frage einmal einen Beschluß gefaßt haben, will ich der Parteitag von vornherein in Gegensatz zu dem gefaßten Beschluß stellen. Das würde von den Arbeitern einfach nicht verstanden werden. Wenn das Reich eine Arbeitslosen-Versicherung einführt, würde gewiß eine ganze Reihe von Bedingungen dabei gestellt werden. Wir fürchten besonders, daß bei Streiks, Sperren, Arbeitsnachweis usw. derartige Bedingungen aufgestellt werden würden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese unter keinen Umständen annehmen könnten. Weil wir darin eine Gefahr für die Gewerkschaften sehen, deshalb sind wir konsequent und sagen: die Gewerkschaften müssen die Träger der Arbeitslosenversicherung sein, anders geht die Sache unter keinen Umständen. Auch wir wollen, genau wie Wollenbuhr, die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter. Nur wollen wir das nicht plötzlich herbeiführen, sondern wir halten es zunächst einmal für richtig, daß das Reich sich an die Versicherung der Gewerkschaften anschließt und den Gewerkschaften zunächst einmal Zuschüsse zu der Arbeitslosen-Versicherung bezahlt. Durch diese Zuschüsse würden die Gewerkschaften gestärkt werden, und allmählich würde die allgemeine Basis für eine alle Arbeiter umfassende Versicherung geschaffen werden. Wollenbuhr meint, die Gewerkschaften könnten sich einer Reichsversicherung anpassen. Auch die Krankenversicherung habe die gewerkschaftliche Entwicklung nicht gehemmt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind zu einem großen Teil vollständig anderer Meinung; sie glauben allerdings, daß durch diese Zwangs-Krankenversicherung die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung wohl gehemmt worden ist. Dadurch wurde den Gewerkschaften ein Zweig der Unterstützung genommen, der damals schon von ihnen ausgebaut worden war. Wenn die Gewerkschaften heute auch ziemlich stark dastehen, so wäre ihre Entwicklung ohne die beständigen Unterbrechungen einerseits durch die Zwangs-Versicherung, andererseits durch das Sozialistengesetz doch noch eine ganz andre gewesen. Die Sudbrüder, die älteste Organisation, können nicht als Beispiel gelten. Jetzt beginnen gerade die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, so die Metallarbeiter und die Holzarbeiter. Welche Störung würde es wieder sein, wenn nun das Reich die Sache in die Hand nehmen würde! Wollenbuhr will hier das Pferd beim Schwanz aufkäumen, er will durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung die achtstündige Arbeitszeit und das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter erringen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Erst einmal das Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Die Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußt handelnden Menschen muß die Hauptaufgabe sein, nicht eine Versicherungsart, bei der die Arbeiter doch das fünfte Rad am Wagen sein würden. Auch eine Korruptionierung der Gewerkschaften durch Reichs-Subventionierung ist nicht zu befürchten; sie können diese Unterstützung ja ablehnen, wenn sie ihnen nicht paßt.

Wird ein Reichsgesetz geschaffen, so müssen sich die Gewerkschaften fügen, während sie bei einem staatlichen Zuschuß es immer in der Hand haben, ihn abzulehnen. Eine Aristokratie der Arbeiterklasse will Wollenbuhr nicht. Die wollen auch wir nicht. Auch wir wollen nicht slavisch nachahmen, was sich in England entwickelt hat — schon deshalb nicht, weil es ganz unumöglich wäre, dieselben Bahnen wie in England zu beschreiten. Es ist schon deshalb unbedenklich, weil wir in Deutschland eine große selbständige socialdemokratische Arbeiterpartei haben und weil ein immeriger Zusammenhang zwischen der Partei und den Gewerkschaftsorganisationen besteht. Im Interesse dieses Zusammenhangs bitte ich Sie: Setzen Sie sich nicht in Gegensatz zu den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. (Bravo!)

Diehl-Frankfurt:

Mit dem Referat Wollenbuhrs bin ich einverstanden bis auf seinen Vorschlag über die Arbeitslosenversicherung; ich meine, eines derartigen Vorschlags können wir nie unsere Zustimmung geben. Alles, was die Regierung zur Revision der sozialen Gesetzgebung thut, geschieht im Sinne und Interesse des Unternehmertums. Wir sehen ja z. B., daß die Behörden immer sofort bei der Hand sind, neugebildeten Zimmern die Errichtung von Krankenkassen zu genehmigen, obwohl diese meist gar nicht lebensfähig sind. Auch in das Loblied, das der Genosse aus Hamburg sang, können wir nicht einstimmen; im Gegenteil ist es nötig, die Orts-Krankenkassen zu unterstützen, in denen auch die Dienstboten und die Hausindustrielle versichert werden müßten. Auch bei der Unfallversicherung leben wir, daß die Arbeiter dort nicht die nötigen Rechte und den nötigen Einfluß haben. Diesen Mängeln muß die Fraktion entgegenwirken, namentlich denen im Reichsversicherungsamt. Insbesondere aber ist es das System der Vertrauensärzte, das auf das schärfste bekämpft werden muß, ebenso die Rentengewerkschaft, da den Arbeitern die Renten entzogen werden, wenn sie entgegen dem Willen der Berufsgenossenschaft nicht in diesen Anstalten verbleiben. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Alters- und Invalidenversicherung die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben.

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag Rudolph und Genossen eingegangen, die Resolution Wollenbuhr und alle dazu gestellten Anträge einer sofort zu wählenden Redaktionskommission zu überweisen.

Rudolph-Bayern: Ich bedauere, daß die Resolution Wollenbuhr uns erst so spät zugegangen ist. Es bezieht sich auf die Gefahr, daß bei der Abstimmung Unfallsmajoritäten zustande kommen. Deshalb empfiehlt sich die Einsetzung einer Redaktionskommission, in die ja auch eine Anzahl hier anwesender Gewerkschaftler gewählt werden können.

Singer: Ich möchte im Interesse der Zeit des Parteitages von der Annahme des Antrages Rudolph abraten. Wir erreichen damit hauptsächlich nur, daß die Diskussion, die jetzt bereits über einen halben Tag währt, nach Entressen der neuen Resolution von neuem beginnt. (Sehr wahr!) Wesentliche Meinungsverschiedenheiten haben sich bisher nur über Punkt 7 ergeben, alles andere sind mehr oder weniger reaktionelle Änderungen. Wollen Sie eine Redaktionskommission einsetzen, so thun Sie es, nachdem Sie materielle beschließen haben, was der Parteitag will, und übertragen Sie der Kommission die Redigierung dieser Beschlüsse. Die Kommission, die Rudolph will, ist nichts weiter als eine Kommission zur Vorbereitung einer neuen Resolution, über die dann wieder verhandelt werden muß.

Rudolph: Die Ansicht von Singer ist falsch. Es handelt sich nicht nur um formelle, sondern auch um wichtige sachliche Bedenken, und die soll die Kommission berücksichtigen.
Der Antrag Rudolph wird hierauf abgelehnt.

Ed. Bernstein-Berlin:

Mein Amendement hat rein redaktionelle Bedeutung und ist nur gestellt, um jeden berechtigten Einwand zu beseitigen. Wollenbuhr hat dieses Amendement akzeptiert, das ich anzunehmen bitte.
In die andre Debatte will ich nicht mit eintreten. Der Antrag Wollenbuhr drückt nach meiner Auffassung nur ganz im allgemeinen ein Prinzip aus, das die Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften nicht ausschließt. Ich kann mir keine Arbeitslosenversicherung ohne starke Verzahnung der Gewerkschaften denken. (Sehr richtig!) Ich kann mir aber auch keine ausreichende Arbeitslosenversicherung denken ohne das Eingreifen von Staat und Gemeinde. In der Resolution Wollenbuhrs wird nur das allgemeine Prinzip ausgesprochen, dem wir uns, vorbehaltlich aller Meinungsverschiedenheiten, anschließen können.

Dr. Arons-Berlin:

Unter 112 haben wir vorgeschlagen, die „Organisation des Arbeitsmarktes“ als Forderung in die Wollenbuhrsche Resolution mit aufzunehmen. Es würde zu weit führen, den engen Zusammenhang einer Organisation des Arbeitsmarktes mit der Kranken- und Invaliden-Versicherung ausführlich darzulegen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Organisation des Arbeitsmarktes die notwendige Vorbedingung für die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist. Württemberg, Baden und Bayern sind in der Organisation des Arbeitsmarktes vorgeschritten; sie haben bereits Landesämter für den Arbeitsmarkt geschaffen. In Norddeutschland existieren meines Wissens nur in der Rheinprovinz Ansätze zu einer Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung. Notwendig ist es also sehr, daß der Parteitag sich dahin ausdrückt, daß eine Arbeitsmarkt-Organisation eingeführt wird als Grundlage für die Arbeitslosenversicherung. In Bezug auf die Resolution Wollenbuhr kann ich mich Bernsteins Ausführungen vollkommen anschließen. Wollenbuhr meint nicht, daß ausschließlich eine Reichsversicherung Platz greifen soll. Es ist ein Vorzug seiner Resolution, daß sie nur den Zielpunkt: die Arbeitslosenversicherung, nicht aber den Weg dazu angibt. Der Weg hängt nicht von uns allein ab. Jedenfalls wird die Faktion unter der Mitwirkung der Gesamtpartei alles ausnützen, was sich irgendwie bietet, um die Frage der Arbeitslosenversicherung in Fluss zu bringen.

Schrader-Bramsche:

Darin sind wir, so sehr auch sonst die Ansichten auseinander gehen müßen, alle einig: Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ich bin anderer Ansicht als v. Elm. Wir legen uns nicht fest, wenn wir die Resolution Wollenbuhr annehmen. Damit unterscheiden wir durchaus nicht alles, was Wollenbuhr gesagt hat. Der Erörterung ist ein weiter Spielraum noch gelassen. Dagegen hätte Elm vor den Gewerkschaftskongress treten und ihn daran lassen sollen, sich nicht in dieser Frage festzulegen. Denn das hat der Stuttgarter Kongress getan. Den Standpunkt, den Dr. Borchardt in der „Neuen Zeit“ eingenommen hat, daß bestimmte Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vom Reichszusatz ausgeschlossen bleiben sollen, verheißt ich nicht. (Sehr richtig!) Von gewerkschaftlicher Seite wird immer gesagt: Wir erstreben zuerst die volle Koalitionsfreiheit. Ist dann das Gros organisiert, so wird allen die Arbeitslosenversicherung zu teil. Wenn wir aber erst einmal so erhardt sind, dann brauchen wir uns mit solchen Fragen überhaupt nicht mehr zu befassen. Dann können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus eigener Kraft regeln. (Sehr richtig!)

Dr. Borchardt-Charlottenburg:

Ihrem Wortlaut nach bedeutet die Resolution Wollenbuhr allerdings keine Bindung, aber in seinem Referat hat er sich ausdrücklich auf unsere Programmforderung, Uebernahme der Versicherung auf das Reich berufen. Das bedeutet doch eine reichsweite Regelung der Arbeitslosenversicherung. Allerdings ist das eine unklare programmatische Forderung, aber ein anderer Satz meines Programms lautet, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Eine Arbeitslosenversicherung unter Umgehung der Gewerkschaften ist ganz unmöglich. Wollenbuhr glaubt, daß das Reich die Arbeitslosenzählung in der Absicht vorgenommen hat, der Frage der Versicherung näher zu treten, aber daraus, daß das Reich 1900 die Verbindung einer Arbeitslosenzählung mit der allgemeinen Volkszählung abgelehnt hat, kann man im Gegenteil schließen, daß die maßgebenden Behörden des Reichs nicht gekommen sind, dieser Frage näher zu treten. Die gewerkschaftliche Arbeiterversicherung kann sehr wohl alle Arbeiter umfassen, man muß nur mit dem Koalitionsrecht anfangen. Ich kann Ihnen also den Zusatz Elm nur empfehlen. Was meinen Artikel in der „Neuen Zeit“ betrifft, so habe ich der Vermutung Raum gegeben, gedrängt durch die Zeitumstände würden die Behörden der Frage der Arbeitslosen-Versicherung näher treten müssen, und zwar erwarde ich den Anstoß dazu nicht vom Reich, sondern von den Kommunen, schon weil ihr Armenetat dadurch wesentlich entlastet wird. Als etwas ganz Selbstverständliches habe ich es hingestellt, daß die Kommunen allerdings diese Unterstützung nicht den politischen Organisationen geben können, sondern nur den rein gewerkschaftlichen. Eine Organisation aber, die ihre Mitglieder auf ein bestimmtes Glaubensbekenntnis verpflichtet, ist keine rein gewerkschaftliche und muß ausgeschlossen bleiben.

Frau Zieg-Hamburg:

Heute morgen hat Wollenbuhr betont, er halte es nicht für richtig, wenn der Antrag der Frauenkonferenz bezüglich einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung Folge gegeben werde. Die Konferenz hat einer solchen Anregung aber ebenfalls keine Folge gegeben, sondern ihre Ansichten in einer Resolution niedergelegt, die sich mit dem Bedenken, was Wollenbuhr heute hier vorgetragen hat. Auf der Konferenz wurde allgemein anerkannt, daß die Errichtung dieses Fisches wünschenswert sei, daß es sich um die Verwirklichung des Gedankens der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form handelt. Allein in der heutigen Gesellschaft, die die Dienste, die ihnen die Frauen durch die Mutterschaft leisten, nicht zu würdigen versteht, ist an die Einführung der allgemeinen Mutterschaftsversicherung natürlich nicht zu denken.

Wir beantragen nun, als Punkt 6 in die Resolution einzufügen: „Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen 4 Wochen vor und resp. 6 Wochen nach der Entbindung, sowie Zubilligung eines Krankengeldes für sie in dieser Zeit in der Höhe des ortsüblichen Lohngeldes“. Damit wäre dem Ausdruck gegeben, was wir von der Krankenversicherung vorläufig fordern. Wir müssen das jetzt festlegen, weil eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Aussicht steht, und wir haben nicht mehr verlangt, als was uns nicht jetzt schon bewilligt werden kann. Während der Bourgeoisfrau während ihrer Schwangerschaft jedes Steinen aus dem Wege geräumt wird, muß die Proletarierin, durch die Not gezwungen, bis zum letzten Augenblick arbeiten. Gleich nach der Entbindung müssen die Arbeiterinnen wieder zur Arbeit gehen, und wenn sie dabei auch ihre Gesundheit zu Grunde richten. Für die Arbeiterin giebt es nur ein Entweder — Oder. Wir halten es für eine Pflicht der Gesellschaft, die die Proletarierin so rücksichtslos ausnützt, daß sie ihr wenigstens so viel giebt, wie sie zu ihrer nothwendigen physischen Existenz braucht. Da die Arbeiterinnen in den Krankenkassen, wenigstens in den Fabriklassen, keine Vertretung ihrer Interessen haben, so muß bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes dahin gewirkt werden, daß in dieser Richtung eine Aenderung eintritt. Wir verlangen, daß die Arbeiterin in der nächsten Zeit nach der Entbindung, wo sie so sehr der Schonung bedarf, nicht sofort wieder zur Arbeit hinaus muß und dadurch ihre Gesundheit ruiniert. Dadurch wird auch eine außerordentliche Entlastung der Krankenkassen eintreten, da viele nachträgliche Erkrankungen vermieden werden. Wir verlangen, daß die Gesundheit der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes geschützt werde. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt

Wollenbuhr: Ich glaube zur Abklärung der Debatte beizutragen, wenn ich erkläre, daß meine Resolution nur die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangt, aber die Frage über die Form offen läßt. Mit Ausführungen, die ich außerhalb des Parteitagsgesamts gemacht habe, hat die Resolution nichts zu thun.
v. Elm und Singer ziehen in Folge dieser Erklärung ihre Anträge zurück.

Bömelburg-Hamburg:

Im Punkt 6 seiner Resolution verlangt Wollenbuhr den weiteren Ausbau der Unfallversicherungs-Vorschriften. Das brauchen wir nicht zu fordern, die Berufsvereinigungen, die heutigen Träger der Unfallversicherung, arbeiten schon seit Jahren an einer Verbesserung der Vorschriften, und hauptsächlich haben sie mit der Zeit schon eine wesentliche Verbesserung erfahren. Es kommt nicht darauf an, ob wir gute Vorschriften haben, sondern um wesentlichen darauf, ob diese Vorschriften befolgt werden. Würden die heute schon bestehenden Vorschriften befolgt, so würde die Zahl der schweren Unfälle weit kleiner sein. Die Vorschriften werden von den Unternehmern aber nur dann befolgt werden, wenn durch die Gesetzgebung Einrichtungen geschaffen sind, die uns ihre Durchführung garantieren. Wir haben heute Fabrikinspektoren, wir haben für das Baugewerbe in einer ganzen Anzahl von Orten Polizeivorschriften, aber alles steht nur auf dem Papier. Das einzige Mittel, das in Wirklichkeit die Verhütung von Unfällen garantiert, besteht darin, daß es durch die Gesetzgebung den Arbeitern ermöglicht wird, sich selbst an der Kontrolle zu beteiligen. (Sehr richtig!) Würden die Arbeiter an der Kontrolle der Fabriken beteiligt sein, so wäre es nicht möglich, daß die Inspektoren sich vorher anmelden, damit alles hübsch in Ordnung ist, während nachher diese Vorkehrungen beseitigt werden, weil sie beim Betriebe hinderlich sind. Insbesondere ist die Einführung von Arbeiter-Controleuren im Baugewerbe nötig. Wir müssen vor allem fordern, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, die Innehaltung der Vorschriften zu kontrollieren. Das ist für mich der springende Punkt, so lange das nicht geschieht, ist eine Besserung völlig ausgeschlossen. Ich erinnere daran, daß man gerade in Bayern mit den Arbeiter-Controleuren die besten Erfolge erzielt hat. (Hört! hört!) Ich schlage Ihnen deshalb folgende Fassung des Punktes 6 der Resolution Wollenbuhr vor:

6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere zu diesem Zweck, Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.

Ich bitte Sie, dieser Aenderung zuzustimmen. Sie schließen sich damit den Forderungen an, die der Bauarbeiterschutzbund schon vor vier Jahren erhoben hat. Das Unternehmensamt argert sich über nichts mehr, wie darüber, daß wir die Hinzuziehung von Arbeiter-Controleuren fordern, weil es weiß, daß dann die bisherige Schlampe ein Ende hat. (Beifall.)

Windhoff: Ich bedauere seinen Antrag 109. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die vorzüglichen Ausführungen Wollenbuhrs der ganzen Arbeiterklasse bekannt werden. Die Broschüre muß so billig sein, daß die Gewerkschaften sie in großen Massen erwerben und verbreiten können.

Stubbe-Hamburg:

Ich hätte nicht erwartet, daß die freien Hilfsklassen bei diesem Punkte der Tagesordnung so herausgerissen werden würden, wie es hier geschehen ist. Es ist aber nicht bewiesen worden, daß die freien Hilfsklassen mehr leisteten als die Zwangslosen. Den Arbeitern sind in den freien Hilfsklassen eine ganze Reihe von Rechten genommen. Wir haben keine Ursache, uns besonders für die freien Hilfsklassen ins Zeug zu legen. Meiner Meinung nach wäre es das Beste, wenn die freien Hilfsklassen mit den Gewerkschaften vereinigt würden. Betreffs der Arbeitslosen-Versicherung bin ich der Meinung, daß wir uns mit den Beschläßen der Gewerkschaftskongresse nicht ohne weiteres einverstanden erklären können. Diese Frage ist noch nicht genügend geklärt. Man hätte Punkt 7 der Resolution streichen und die ganze Frage einem späteren Parteitag vorbehalten sollen. Ich kann mich nicht mit dem Gedanken befremden, daß das Reich nur für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Zuschüsse zahlen soll. Man sollte diese Frage vorläufig verlagern. Ich glaube auch nicht, daß eine Reichs-Arbeitslosen-Versicherung eine Verwirrung bei den Gewerkschaften hervorrufen könnte. Beide Arten von Arbeitslosen-Versicherung könnten nebeneinander bestehen; neben der Reichsversicherung könnten Zuschüssen der Gewerkschaften bestehen. Ich möchte Wollenbuhr anhängen, Punkt 7 zurückziehen und die Frage einem späteren Parteitag vorzubehalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Heine beantwortet, von Dr. Rothe-Ludenswalde bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß das Fische'sche Amendement in seinem vorliegenden Wortlaut nicht angenommen werden könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Wollenbuhr:

Ich habe nur sehr wenige Einwendungen zu machen, nachdem der Hauptdiskussionspunkt ausgeschieden ist. Ich gebe Hoch darin recht, daß es passend ist, anstatt „Krankenversicherung“ in Punkt 5 zu sagen „durch die Arbeiterversicherung“. Wenn man die Vereinheitlichung der Versicherung hat, wird man ja allerdings nicht mehr verschiedene Zweige der Versicherung zu unterscheiden haben. Aber die Krankenversicherung muß daselbe Recht haben wie die Unfallversicherung. Ich wollte ferner hervorheben, daß die Krankenversicherung sich viel besser dazu eignet, als die Unfallversicherung. Ob man besser sagt: die Beiträge müssen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden, oder: „Veranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten“, ist meiner Meinung nach noch vollständig unentschieden. Gewiß müssen in irgend einer Form alle Klassen beangezogen werden. Die progressive Einkommensteuer ist ja die vollendete Steuererhebung, die wir bisher kennen. Will aber Hoch auch soweit gehen, die Versicherung auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten, sodas auch der Missionar ein Recht auf Krankenversicherung hätte? Was die Einwendungen Grünwalds anlangt, denen von Stubbe widersprochen worden ist, so sehe ich mehr auf dem Standpunkt Grünwalds. Ich erkenne an, daß, wenn die vollständige Vereinheitlichung der Krankenversicherung durchgeführt ist, in diesem Fall auch die eingeschriebenen Hilfsklassen von der Bildfläche verschwinden werden. Die Betriebsklassen, die Bauklassen führen sehr oft zu erheblichen Schädigungen der Arbeiter, weil sie häufig ein Hindernis sind, daß ein gesundheitlich nicht recht fester Arbeiter Arbeit findet. Die Innungsklassen sind hauptsächlich nur aufrecht erhalten worden, um die Innungen zu stützen. Die Gemeindefassen sind nicht allein überflüssig, sondern haben am allerersten von der Bildfläche zu verschwinden. Aus diesem Grunde muß die Vereinheitlichung der Versicherung durchgeführt werden. Nun sind die Regierungen geneigt, die Gemeindefassen und die freien Hilfsklassen zu beseitigen. So lange die Betriebsklassen bestehen, sind aber die freien Hilfsklassen eine Notwendigkeit. Sie können schließlich mit als Handelsobjekt benutzt werden, um dann in denselben Satz wie die freien Hilfsklassen auch die Betriebs-, Bau- und Innungsklassen einzulassen.

Auf die verschiedenen Ausführungen von Elm brauche ich nicht einzugehen, weil ja die Anträge, die deren Begründung er gesprochen hat, nicht mehr vorliegen. Was die Anregung Bernsteins betrifft, so habe ich mich nach kürzlicher Lesung jenes Amendements allerdings damit einverstanden erklärt. Seine Aenderung ist aber doch lediglich reaktionärer, sondern auch sozialer Natur. Es giebt doch zahlreiche Fälle, wo eine Schadenersatzpflicht des Unternehmers gar nicht in Betracht kommt, wo eine Unfallrente gar nicht gewährt wird. So haben die Ascendenten z. B. nur dann einen Anspruch auf Rente, wenn der beim Unfall Verstorbenen die Ascendenten ganz oder teilweise ernährt hat. Es ist also doch besser, zum Ausdruck zu bringen, daß ein Schadenersatz nicht geleistet wird, sondern daß lediglich durch die Versicherungsbeiträge eine Ablösung des Schadenersatzes stattfindet. Was den Antrag Arons anlangt, so gebe ich zwar zu, daß die Organisation des Arbeitsmarktes in einem recht engen Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung steht, aber sie bildet doch nicht eigentlich

einen organischen Teil derselben. Die Organisation des Arbeitsmarktes könnte auch in einem andern Gesetz untergebracht werden. Allerdings kann die Organisation des Arbeitsmarktes ein Teil der Arbeitslosenversicherung sein. Aber ich weiß doch nicht, ob es gerade passend ist, sie in dieser Resolution mit unterzubringen. Dem Genossen Bömelburg stimme ich darin zu, daß wir statt Unfallversicherungsvorschriften Unfallverhütung und entsprechend auch Krankenversicherung sagen können. Dagegen habe ich Bedenken, ob es praktisch ist, wie er vorschlägt, hier auf nähere Einzelheiten einzugehen. Die Beteiligung der Arbeiter an der Ueberwachung der Betriebe haben wir wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten gefordert. Für den Ausbau der Unfallverhütung aber kommen noch andre Einzelheiten in Betracht, die Bömelburg nicht erwähnt. Wenn wir nun nur einzelne Forderungen namhaft machen, kann es den Anschein erwecken, als ob wir andre ebenso wichtige nicht erheben. Der Antrag der Frau Zieg gehört nach meiner Meinung weniger in das Versicherungsgebiet als in die Gewerbe-Ordnung. Gegenwärtig haben wir ja in der Gewerbe-Ordnung ähnliche Bestimmungen. Das Verbot für Schwindsichtige, in gewissen Betrieben zu arbeiten, steht nicht im Krankenversicherungsgesetz, sondern in der Gewerbe-Ordnung. Ob die Forderungen im Amendement der Frau Zieg praktisch durchführbar sind, erscheint mir zweifelhaft. Ein bestimmter Zeitraum vor dem Eintritt der Entbindung läßt sich schwer festlegen. Dagegen sollten wir bei der Reform der Krankenversicherung fordern, daß in dem Augenblick, wo die Schwangere infolge ihres Zustandes die Arbeit nicht mehr verrichten kann, sie Anspruch auf Unterstützung hat, unbeschadet, ob das nun vier, sechs oder acht Wochen vor der Entbindung ist. Die einen sind noch unmittelbar vor der Entbindung arbeitsfähig, die andern nicht. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß über den materiellen Inhalt der einzelnen Anträge abgestimmt und dann verhandelt würde, das Resultat in die Resolution hineinzuarbeiten; eine Schlussabstimmung über diese veränderte Resolution müßte natürlich noch erfolgen. (Beifall.)

Rudolph-Kürberg schlägt vor, nach der materiellen Abstimmung über die einzelnen Anträge eine Redaktionskommission zu wählen. Dieser Antrag wird angenommen.

Zu der Abstimmung wird das Amendement Bernstein abgelehnt und der 1. Absatz der Resolution Wollenbuhr unverändert angenommen. Die Ziffern 1, 2 und 3 der in der Resolution enthaltenen Forderungen sind nicht bestritten und werden angenommen. Zu Ziffer 4 wird der Antrag Hoch Nr. 108 abgelehnt und Ziffer 4 unverändert angenommen. Dagegen wird in Nummer 5 auf Antrag Hochs das Wort „Krankenversicherung“ durch „Arbeiterversicherung“ ersetzt. Zu Nummer 6 wird der Antrag Bömelburg angenommen, ebenso das Amendement Zieg Nummer 115, das dahin geändert ist, daß hinter dem Wort „vor“ eingefügt ist „der wahrscheinlichen Entbindung“. Der so veränderte Punkt 6 wird genehmigt. Als Punkt 7 wird durch Annahme des Antrags Arons eingefügt: „Organisation des Arbeitsmarktes“, Punkt 7 der Resolution Wollenbuhr wird als Punkt 8 angenommen, ebenso Punkt 8 als Punkt 9.

Angenommen wird schließlich der Antrag 109 Windhoff mit einem Amendement Singer, wonach die ganzen Verhandlungen in Form einer Agitationsbroschüre erscheinen sollen.

Singer hatte begründend darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften, die bei dem Massenabgang der Agitationsbroschüre in Frage kommen, ein bedeutendes Interesse daran haben, zu erfahren, was ihre Vertreter gesagt haben.

In die Redaktionskommission werden auf Antrag Hoffmann-Berlin gewählt: Segig, Bömelburg, Wollenbuhr, Dr. Rothe und Frau Zieg. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Als nächster Punkt wird der internationale Arbeiterkongress 1903 vorweg genommen.

Berichterstatter Singer: Die deutsche Partei hat ihre internationale Solidarität so oft bewiesen, daß ich mir nicht denken kann, daß irgend ein Zweifel darüber besteht, ob wir den nächsten internationalen Kongress befehlen sollen. Unsere Stellung ist festgelegt in den Sägen unseres Programms:

„Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Vertreibung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die socialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“

Dieser Satz unseres Programms beweist von vorn herein, daß wir den internationalen Kongress die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, weil auf denselben sowohl Fragen für das internationale Proletariat als auch für das Proletariat der einzelnen Länder beruhen werden. Entsprechend ihrer programmatischen Aufgabe hat die deutsche Socialdemokratie bisher alle internationalen Kongresse befehlt. Der vorige Kongress in Paris hat beschlossen, den nächsten Kongress im Jahre 1903 in Amsterdam abzuhalten. In Paris ist eine neue Einrichtung für die Arbeiter aller Länder geschaffen, das internationale Bureau, und ohne dem von dem Sekretariat zu erstattenden Bericht vorzugreifen, kann ich doch heute schon konstatieren, daß diese Gründung keine vergebliche gewesen ist. Es hat außerordentlich fleißig gearbeitet, es haben Konferenzen stattgefunden, auf denen eine Reihe von Fragen für den nächsten Kongress vorbereitet sind. In diesem Jahre wird noch eine Konferenz zur Vorberatung des nächsten internationalen Kongresses stattfinden, so daß die Arbeiter aller Länder Kenntnis bekommen von den Vorschlägen, die ihnen das internationale Bureau als Verhandlungsgegenstände empfiehlt. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Arbeiter der einzelnen Länder ihrerseits Vorschläge für die Tagesordnung machen können. Ich glaube damit die Notwendigkeit und Möglichkeit der internationalen Kongresse nahegeleitet zu haben. Ich würde es als Zeichen der Schwäche ansehen, wenn man es in diesem Saal für notwendig erachtete, über die Bescheidung noch lange zu debattieren. Die wirtschaftliche und politische Weltlage erfordert mehr denn je ein festes Zusammenstehen der Arbeiter aller Länder, den politischen Bündnissen, welche die Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen haben, und die hinauslaufen auf militärische, marine, erobersüchtige Pläne, Verstrickungen, welche die Regierungen als Vertreter der Bourgeoisie gegen die Vertreter der Arbeiterklasse planen — ich brauche bloß an die Verfolgung unsrer russischen Brüder zu erinnern, Verfolgungen, bei denen die preussische Regierung sich dazu vergiebt, Opfer des Jutismus an die russische Regierung anzuliefern — ich sage, die politische Weltlage erfordert mehr denn je, daß so, wie die Bourgeoisie sich zusammensucht in ihren Regierungen, auch die Arbeiter sich zusammensuchen auf internationalen Kongressen, um den Bündnissen der herrschenden Klasse das eine große Bündnis der Arbeiter aller Länder entgegenzusetzen. Diesen Gedanken zu pflegen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen, die sich aus diesem Bündnis ergeben, ist die Aufgabe der internationalen Kongresse. Sind auch vielleicht nicht alle Befriedigt von den Erfolgen der bisherigen Kongresse, so soll und darf uns das nicht abhalten, wie bisher so auch in Zukunft zu zeigen, daß die deutsche Socialdemokratie bereit und gewillt ist, alles zu thun, um das internationale Proletariat zu einheitlicher und einheitlicher Arbeit aufzufordern und es zu unterstützen. (Beifall.) Immer besser werden sich die internationalen Kongresse ausstellen, immer mehr werden auch die praktischen Forderungen dort zur Geltung kommen. Deshalb sollten wir im nächsten Jahre so zahlreich wie möglich nach Amsterdam gehen, um dort im Verein mit den Arbeitern aller Länder auf neue unsre Ansichten zu klären und dafür zu sorgen, daß auch von dort aus der Ruf in alle Welt dringt, daß die Socialdemokratie, so wie sie national einig ist, auch international einig ist zur Befreiung des Proletariats, zur Befreiung der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Resolution: „Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen socialistischen Arbeiter-

langreich zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu befehlen." Durch einstimmige Annahme dieser Resolution werden Sie auf neue vor aller Welt und unsern Brüdern im Auslande bekunden, daß da, wo es gilt, zum Kampfe für das Proletariat, die deutsche Socialdemokratie immer ihren Mann stellt. (Lebhafte Beifall, Händeklatschen.)

Ohne Debatte gelangt die Resolution Singer einstimmig zur Annahme.

Vollmar schlägt vor, nunmehr in die Beratung des Punktes „Kommunalpolitik“ in Verbindung mit den Anträgen 58, 59, 60 und der Resolution 110*) zu treten.

Zur Geschäftsordnung beantragt **Heine** Berlin die Vertagung dieses Punktes bis morgen, da das Referat zu wichtig sei, um jetzt noch angehört zu werden.

Singer: Ich weiß nicht, ob Heine den geistigen Zustand der Versammlung richtig tagiert. (Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß der Parteitag noch recht gut in der Lage ist, das Referat zu hören. Wenn die Genossen sich dann bis morgen an der Hand des Gehörten und der Resolution Klarheit zu verschaffen suchen, so wird das wesentlich zur Förderung unserer Verhandlungen beitragen. Ich bitte Heine, seinen Widerspruch zurückzugeben.

Da Heine den Widerspruch aufrecht erhält, muß über seinen Vorstoß abgestimmt werden. Derselbe wird abgelehnt und das Wort erhält

Dr. Lindemann - Stuttgart:

Ich will mich darauf beschränken, eine Reihe von Punkten zu behandeln, die städtischer Natur sind und die bisher in unserm Kommunalprogramm und in unserer Presse eine stiefmütterliche Behandlung erfahren haben. Vorher wird es nötig sein, daß wir uns über die Grenzen unrer Kommunalpolitik klar werden, über die Grenzen, die dadurch gezogen sind, daß die Gemeinde als ein kleiner Gebietskörper in den großen Rahmen des Staates eingepaßt ist und als solcher durch tausend Fäden mit den übrigen Gemeinden und dem gesamten Staatskörper zusammenhängt. Jeder Fortschritt auf kommunalem Gebiete ist sowohl in wirtschaftlicher als politischer Beziehung bedingt durch die Zustände, wie sie sich innerhalb des Staatswesens finden. Es liegt auf der Hand, daß wir Gewerbe und Betriebe nicht municipalisieren können, falls sie in ihrer privatkapitalistischen Organisation noch nicht reif dafür sind. Die einzelne Gemeinde ist abhängig von der gesellschaftlichen Konstruktion des Staatswesens, nicht allein die Machtverhältnisse innerhalb der Gemeinde sind für den Fortschritt entscheidend, sondern auch die Machtverteilung der Klassen innerhalb des gesamten Staatswesens. So wenig wir eine kommunistische Kolonie gründen können, können wir eine kommunistische Gemeindeverwaltung innerhalb unseres heutigen Staatswesens haben, Regierung und Gesetzgebung würden derartigen Experimenten sehr schnell ein Ende machen. Wie in der Staatsverfassung und -Verwaltung die Machtverhältnisse der Klassen sich ausdrücken, so prägen sie sich auch in der Gemeindeverwaltung und -Verwaltung. Beide werden benutzt nach den Interessen der herrschenden Klassen und deren Zwecken gemäß gestaltet. Es kann daher der Fortschritt der Gemeindeverwaltung und -Verwaltung kein schneller sein, als der des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, sie kann beiden niemals um ein bedeutendes Stück voraus sein, und so

*) 58. Parteigenossen in Karlsruhe-Bruchsal: Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Socialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden socialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen.

59. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag erklärt sich, da die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwicklung desselben nicht förderlich ist, für die Uebernahme der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden.

60. Parteigenossen von Rathenow: Der Parteitag erklärt: 1. Es ist Pflicht unserer Gemeindevertreter, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmen in eigener Regie ausgeführt werden; 2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken; 3. daß unsere Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundwertsteuer, wodurch die in die bebautenzone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werte versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Wertzuwachs wenigstens zum Teil auch dieser zuzueignen; 4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschule den gerechten Anforderungen genügt; 5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmäler usw., sowohl zur Herstellung als zur Restaurierung, aus Gemeindegeldmitteln abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Verherrlichung des Krieges dienen.

110. Resolution

zu Punkt 6 der Tagesordnung (Kommunalpolitik).

Der Parteitag erklärt:

1. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Staate ist eine doppelte: Sie ist ein lokaler Verwaltungskörper, der den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Solidarität gebundenen Bevölkerung dient, und sie ist ein Hilfsorgan staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftstätigkeit. In beiden Eigenschaften unterliegt sie der aus der Klassenorganisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens sich ergebenden Tendenz, die Verwaltungstätigkeit nach den Interessen der herrschenden Klasse zu gestalten.

2. Gemäß ihrer Grundanschauung, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die Bahn für eine rationelle, allen Gliedern des Staatswesens dienende Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden kann, verlangt daher die Socialdemokratie:

Neugestaltung des gesamten Kommunalverwaltungswesens, nach dem Grundsatz, daß alle Lokalverwaltung zugleich Staatsverwaltung ist, und als solche nur dem Gesetze und dem Gerichte unterworfen sein darf, durch

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Durchführung des Princips der Einwohnergemeinden; Aufhebung aller Besitzprivilegien;
 - b) Beschränkung des staatlichen Ausschließungsrechtes auf das Recht der Kenntnisaufnahme der kommunalen Verwaltungstätigkeit; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Lokalverwaltungskörpern;
 - c) Staatliche Regelung des Kommunalsteuerwesens. Aufhebung aller kommunalen Abgaben auf Lebensmittel. Deckung des kommunalen Bedarfs durch Zuschüsse des Staates für die Aufgaben der Volkshygiene, des Schulwesens und der Armenpflege, durch Zuschüsse zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, sowie durch besondere kommunale Grund- und Gebäudesteuern, die vor allem die Wertsteigerung des Grund und Bodens erfassen.
3. Hauptgebiete der kommunalen Tätigkeit sind: Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Socialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und -Unterhaltung, Wirtschaftspflege.

Für ihre Verwaltung sind folgende Grundsätze aufzustellen:

- a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Institute soll in eigener Regie der Gemeinden erfolgen.
- b) Die Gebührenfestsetzung für die Benutzung kommunaler Anstalten soll, soweit es die Erhebung von Gebühren, nach dem Grundsatz der Kostendeckung des Betriebes erfolgen.
- c) In einzelnen sind folgende Forderungen zu stellen:

A. Öffentliche Gesundheitspflege.

1. Erhaltung der Pflege der Volksgesundheit, kommunaler Betrieb der Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Haus- und Abfallabfuhr, öffentliche Bedürfnisanstalten und Abdeckerien.
- Fürsorge für die Ernährung durch die Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs (Markthallen, Märkte,

erscheint denn die staatliche Organisation und Verwaltung in vieler Beziehung als ein Hemmschuh des kommunalen Fortschritts. Aber wie der Staat auf die Gemeinde wirkt, so wirkt auch anderseits die Gemeindeverwaltung auf den Staat zurück. Den Fortschritten, die sich innerhalb der Gemeinde vollziehen, kann sich auf die Dauer auch der Staat nicht entziehen, alle staatlichen und wirtschaftlichen Neu-Organisationen können sich eben nur von unten auf, von den Zellen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, vollziehen. Es sind ja Versuche gemacht worden, wirtschaftliche und staatliche Organisationen centralistisch zu deklorieren. Aber diese Gesetze sind immer auf dem Papier stehen geblieben. An Beispielen dafür fehlt es nicht. Wir brauchen nur die Wohnungsgesetze anzusehen, die Wohnungserlasse der preussischen Regierung, die Wohnungs-Verordnungen der württembergischen Regierung etc. Alle diese Verordnungen sind sehr schön, aber zu einer Ausführung ist es nicht gekommen. Ist dagegen der Boden in den kleinsten Zellen, in denen sich das öffentliche und Verwaltungsleben abspielt, bereit, dann wird die Saat, die von der staatlichen Gesetzgebung gestreut ist, auch aufgehen und Früchte tragen. Wenn wir in den Gemeinden die Aufklärungsarbeit gethan haben, so kann sich den Forderungen nach Fortschritten der Staat auf die Dauer nicht entziehen. Auch das beweist die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die intensivste Teilnahme unrer Partei an der Kommunalverwaltung notwendig und diese Teilnahme ist direkt wirkungsvoller und trägt direktere Früchte als die Teilnahme an der staatlichen Gesetzgebung. Die Gemeinde steht ihrer Verwaltung viel näher, als das in dem Staat der Fall ist, der Angriffspunkt liegt in nächster Nähe, während bei der Staatsverwaltung sich die staatliche Bureaucratie dazwischen schiebt und den Stolz schwächt. Ganz anders bei den Gemeinden, wo die Wahlen sich innerhalb kurzer Perioden wiederholen, wo die Gemeinde-Angehörigen durch die Presse auf ihre Vertreter einwirken, rücksichtslos Handlungen derselben korrigieren und sie zu socialpolitischen Fortschritten zwingen können. Die wesentliche Vorbedingung einer solchen direkten Einwirkung auf die Gemeindevertreter aber ist, daß sich innerhalb der Gemeinden keine kommunale Bureaucratie entwickelt, denn sonst wird die direkte Einwirkung, unter der die Gemeindevertretung steht, ganz bedeutend abgeschwächt. Unser öffentliches Recht quält sich damit ab, den

Gegenstand zwischen Staats- und Gemeindeverwaltung

festzustellen, es sucht da Unterschiede zu konstruieren, die thatsächlich nicht vorhanden sind. In der That lassen sich diese beiden Gebiete nicht von einander abgrenzen, und der Unterschied, der da von der offiziellen Staatswissenschaft gemacht wird, muß von Tag zu Tag um so lächerlicher werden, je mehr der Staat staatliche Aufgaben von sich auf die Gemeinden abwälzt und die Gemeinden direkt zur Staatsverwaltung heranzieht, je mehr sich herausstellt, daß der Staat ohne die Kommune hilflos wäre und die gesamte öffentliche Verwaltung kärglich bankrott machen müßte. Diese Unterscheidung ist noch ein Rest aus der Zeit des absoluten Polizeistaates. Historisch läßt sie sich sehr schön erklären, aber sie wird dadurch nicht sinnreicher und wertvoller für das öffentliche Leben. Das offizielle Staatsrecht hält immer noch fest an den staatlichen Hoheitsrechten, die dem Staat eigen sind und

Vieh- und Schlachthöfe, Untersuchungsanstalten), sowie durch die Uebernahme der Produktion und des Verkehrs (Milchverfertigung, Probäderei, Schlächtereien, Brauerei und Schanngewerbe).

Förderung der Körperpflege durch die Einrichtung öffentlicher Bäder, Spiel- und Turnplätze, Parks etc.

2. Bekämpfung der Krankheiten durch den Bau von Krankenhäusern, Heimstätten für Lungentranke, Irrenanstalten, Melanolepente-Anstalten, Anstalten für Wäckerinnen und Säuglingspflege, Desinfektionsanstalten, Unfallstationen, Gemeinde-Apotheken etc.

3. Uebernahme des Festungswesens in den Gemeindegemeinden, obligatorische Einrichtung und Benutzung der Leichenhäuser, unentgeltliche und gleiche Bestattung aller Gemeinde-Angehörigen.

B. Städtebau und Wohnungswesen.

1. Förderung einer gesunden Bodenpolitik durch den Erwerb von Grund und Boden seitens der Gemeinden, durch die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Beschränkung der Bodenausnutzung, die Bekämpfung der Mietskasernen und die Förderung des Kleinbaues anstreben, und durch den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnetze.

2. Einrichtung von Wohnungssämtern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion, der Wohnungsstatistik und des Wohnungsnachweises.

3. Bau von Wohnungen und Verwertung derselben zu Mietspreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden.

C. Volksbildung.

1. Einheitschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; Bau, Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser, Festsetzung der Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik; Einrichtung von Hilfsklassen für Wiederbegabte; Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte, Verpflegung der Schulkinder. Öffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder des Proletariats.

2. Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Leseschulen sowie von Instituten für Volksunterhaltung (Volkshäuser, Volkstheater und Musikhallen).

D. Wirtschaftspflege.

Kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, von Straßenbahnen, Dampfschiffen, Gasanlagen, Logierhäusern etc., sowie von Publikationseinrichtungen (Platzmärkten, Annoncenblättern etc.).

E. Socialpolitik.

1. Allgemeine Socialpolitik. Ansehen des Arbeiterschutzes; Einrichtung von Arbeitsämtern als Centralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeitsstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Anknüpfungs- und der Ueberwachung der socialpolitischen Verwaltung der Gemeindeverwaltung; Regelung des Submissionswesens durch Einführung der sogenannten Lohnkasseln bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen; Ablehnung der Streikmittel; Verbot der Uebertragung von Gemeinde-Arbeiten und -Lieferungen an Gemeindevertreter sowie deren Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen, die im Vertragsverhältnis zur Gemeinde stehen.

2. Spezielle Socialpolitik. Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeinde-Arbeiter; Feststellung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeinde-Arbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftsregeln; Lohnsloka nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung von Pension-, Witwen- und Waisenkasernen, an die klabare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeinde-Arbeiter und Angestellten.

F. Armenpflege.

Weltlichkeit der Armenpflege; weitgehendste Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; offene Armenpflege mit ausreichenden Unterhaltungsanlagen; geschlossene Armenpflege in Verpflegungshäusern für die Körperlich hilfsschwachen Armen; Einrichtung von Obdach-Häusern und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen- und Halbwaisenspflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen.

Lindemann

die, wenn sie auch auf die Gemeinden übertragen werden, doch staatliche Hoheitsrechte bleiben. Sehr klar tritt die Abjuridität dieser Unterscheidung in der württembergischen Gemeindeverfassung hervor, wo den Gemeinden durch Gesetz verboten ist, die Verwaltung der Polizei an eine staatliche Behörde zu übertragen, wo aber andererseits der Gemeindevorsteher die staatliche Polizei ausschließlich im Auftrage des Staates ausübt und nicht der Gemeindevertretung, sondern nur den staatlichen Behörden verantwortlich ist. Auch politisch läßt sich diese Unterscheidung sehr leicht erklären, sie bietet ja eine Handhabe, die Selbstverwaltung der staatlichen Behörde zu unterwerfen, die da mit einer Hand nimmt, was sie mit der anderen nur widerwillig den Gemeinden gegeben hat. Diese ganze Unterscheidung zwischen dem übertragenen und dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden ist nur eine politische Maßnahme der staatlichen Bureaucratie. Man geht aus von den Verwaltungsbürokraten, statt von der Natur der Verwaltungsgebiete. Statt daß man das Wesen des einzelnen Verwaltungsgebietes erforscht und daraus die nötigen Folgerungen zieht, ob die Verwaltung der centralen Bureaucratie oder dem Verwaltungskörper zu übertragen sei, hält man sich an die Thatfache, daß einzelne Gebiete von staatlichen Organen, andere von lokalen Körperschaften verwaltet werden und benutzt diesen Gegenstand, um die Autorität der Gemeinden in der weitgehendsten Weise zu beschränken. Gegenüber diesem Unterschiede stellen wir nun die Forderung auf, daß kein Gegensatz zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung existieren soll. Es soll infolgedessen auch kein Rangunterschied zwischen Staat und Gemeinde bestehen, es soll nicht die Gemeindeverwaltung der Staatsverwaltung subordiniert sein, wie es heutzutage in allen unsern Gemeindegesetzen ausgesprochen ist. Ob eine Verwaltungsfunktion von staatlichen oder kommunalen Beamten ausgeübt wird, ist ohne Einfluß auf die Funktion oder ihre Wesen selbst. Dagegen schiebt aus dem lokalen Wesen einer Verwaltungsfunktion die Entscheidung, ob sie der staatlichen oder der kommunalen Behörde zur Verwaltung zu übertragen ist. Daraus schiebt ferner der ebenso wichtige Satz, den wir unserm ganzen Programm zu Grunde legen müssen, daß die Gemeinden a priori ein Recht auf die Verwaltung ihrer gesamten öffentlichen Angelegenheiten haben. Diesem apriorischen Recht der Gemeinden gegenüber muß die Zuständigkeit der staatlichen centralistischen Bureaucratie stets durch ein besonderes Gesetz begründet werden. Sprechen wir den Gemeinden dies Recht auf die Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten zu, so folgt daraus ferner, daß diese Verwaltung in eigener Zuständigkeit geschieht und ihnen nicht erst übertragen zu werden braucht. Während im absolutistischen Polizeistat und Beamtenstaat, von dem sich ja ein ganz bedeutendes Stück in unserm konstitutionellen Staat hübergerettet hat, die eigentliche staatliche und lokale Verwaltung in den Händen der Bureaucratie liegt, müssen sich diese Verhältnisse mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion radikal ändern. Die stets komplizierter werdenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gehen über die Köpfe der staatlichen Bureaucratie hinaus; die Folge ist, daß die gesamte öffentliche Verwaltung eines Staates verkommt und hoffnungslos dahin stagniert. So haben wir zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den vollständigen Bankrott der staatlichen Bureaucratie in Preußen, der sich 1806 in so plötzlicher Weise manifestiert hat; wir haben diesen Bankrott ausgedrückt in der Städte-Ordnung von 1808, in der jede Zeile nach Selbstverwaltung, nach der Beteiligung der gesamten Einwohnerschaft an der Verwaltung schreit. Aber nicht nur das, die wirtschaftlich erstarrte Bourgeoisie will herrschen und regieren, es entwickelt sich die Finanzkontrolle in den Parlamenten und parallel damit die kommunale Verwaltung, durch die in den lokalen Körperschaften herrschende Bureaucratie. In England wurde der Kampf um die lokale öffentliche Verwaltung von den Grundbesitzern geführt, die dann von der Bourgeoisie und zum Teil auch von der Arbeiterklasse abgelöst wurden. In Deutschland hat es die Bourgeoisie nur zu einem lähmen Kompromiß mit Königtum und Staatsbureaucratie gebracht, wobei alle Macht bei dem Staat und dem Königtum geblieben ist. Es ist für die deutschen Zustände charakteristisch, daß die Bourgeoisie zwar herrschen, aber die Regierungsarbeit nicht selbst leiten will aus Furcht vor der Demokratie und der Arbeiterschaft. Der doppelte Verwaltungskörper, in dem der Magistrat die thatsächliche Uebermacht hat, die Stellung der Bürgermeister, das Beschränkungsbrecht der Regierungen, ihr Ausschließungsrecht nicht nur über die Gesetzmäßigkeit, sondern auch über die Zweckmäßigkeit kommunaler Akte, die Disciplinargewalt des Staates - all das beweist, daß die Bourgeoisie auf das Regieren verzichtet hat, soweit sie das kann, ohne ihre Existenz zu negieren.

Unsere Aufgabe muß es nun sein, die Grundzüge der Demokratie zur Durchführung zu bringen auch in einer Neugestaltung der Gemeindeverfassung. In diesem Zweck stellen wir an die Spitze unserer Forderungen, die wir auf dem Gebiete des Gemeindeverfassungswesens erheben, die Forderung nach dem

Rechte der Selbstverwaltung.

d. h. die Führung der gesamten öffentlichen Verwaltung einer Gebietskörperschaft durch eine Vertretung, die von der Einwohnerschaft gewählt wird. Damit wird die Gemeindevertretung zur Trägerin der gesamten lokalen Verwaltung, mag dieselbe ihr durch spezielle Gesetze übertragen werden oder freiwillig von ihr übernommen sein durch Uebernahme von privaten Betrieben oder ihr zustehen, nach dem Satze, daß alle lokale Verwaltung ihr an eigenem Rechte zukommt. Das ist eine außerordentlich wichtige Forderung. Heutzutage wird in den meisten Gemeindeverfassungen Gesetzen nur der eigentliche Wirkungsbereich dem Bürgermeister und den Stadtverordneten oder dem Magistrat und den Stadtverordneten übertragen, während der sog. übertragene staatliche Wirkungsbereich der Gemeinden nicht von den Gemeinden oder der Gemeindevertretung, sondern von kommunalen Beamten im Auftrage des Staates ausgeübt wird. Das sind je nach den verschiedenen Bundesstaaten die Bürgermeister und die Magistrats. Es liegt auf der Hand, daß diese kommunalen Beamten durch eine derartige eigenartige Gestaltung ihrer Stellung in einen Konflikt kommen. Sie besitzen die doppelte Stellung von Gemeindebeamten und Staatsbeamten, und wenn der Bürgermeister auf der einen Seite als der Verwalter der Ortspolizei jeden Befehl seiner vorgelegten staatlichen Behörde nachzukommen hat, so hat er auf der anderen Seite als der oberste Beamte der kommunalen Verwaltung in Konflikten zwischen der Gemeinde und der staatlichen Behörde die Rechte der Gemeinde zu wahren. Die Menschen müssen aber erst noch gefunden werden, die eine derartige Doppelstellung in befriedigender Weise bekleiden können. Das Resultat ist dann auch immer das, daß der kommunale Beamte die Aufträge der staatlichen Behörde in erster Linie ausführt, weil er unter dem direkten Disciplinarrecht und der Disciplinarbefugnis der staatlichen Behörde steht, während er erst in zweiter Linie daran denkt, die Rechte und Kompetenzen der Gemeinde gegenüber den staatlichen Behörden zu wahren.

Wahlrecht.

Wir stellen dann die Forderung auf, daß die Einwohnerschaft einer Gemeinde zugleich die Wählerchaft sein soll, daß die Einwohner einer Gemeinde, soweit sie mündig sind, das aktive und passive Wahlrecht besitzen sollen ohne Unterschied des Geschlechts, der Steuerleistung und der Staatszugehörigkeit. Wir erklären uns also hiermit gegen das Prinzip der Bürgergemeinden, wie es noch in einer Reihe von deutschen Gemeindeverfassungsgesetzen enthalten ist, und zwar erklären wir uns deshalb gegen die Bürgergemeinden und stellen uns auf den Boden des Princips der Einwohnergemeinde, weil die Entwicklung der Industrie die Anfähigkeit der Gemeindeglieder zerstört hat, weil ein großer Teil der früheren Gemeindeglieder die Anfähigkeit verloren hat und durch die Bedürfnisse der Großindustrie bald hierhin, bald dorthin auf längere oder kürzere Zeit verschlagen wird. Ist einmal durch die Entwicklung der Industrie diese Stabilität der Gemeindeglieder zerstört, so müssen wir aus dieser wirtschaftlichen Thatfache die Konsequenz für unsere Gemeindeverfassung ziehen und die Bürgergemeinden durch die Einwohnergemeinden ersetzen. Die notwendige Folgerung ist dann, daß alle Bürgerrechts-

gebühren fortfallen und daß das Institut der Bürgermehungen ebenfalls aufgehoben wird und diese Bürgermehungen in die allgemeine Gemeindefähigkeit übergeführt werden. Wenn wir sagen, daß die mündige Einwohnerchaft das aktive und passive Wahlrecht besitzen soll, so versteht es sich von selbst, daß auch die Frauen in gleicher Weise aktiv wie passiv wahlberechtigt sein sollen, ebenso daß sämtliche Privilegien, die sich auf dem Besitz, auf einem gewissen Gehalt oder auf dem Hausbesitz aufbauen, aus der Gemeindeverfassung heraus sollen. Wir haben, wenn wir diese Forderungen durchgeführt haben, ein sehr weitgehendes Wahlrecht. Die einzige einschränkende Bestimmung wäre die, daß eine gewisse Aufenthaltsdauer innerhalb der Gemeinde vorgeschrieben werden muß. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es ja dahin gebracht, besonders in den Betrieben, die auf Handarbeiter angewiesen sind, daß große Massen von Arbeitern auf ganz kurze Zeit sich in anderen Gemeinden ansiedeln müssen und dort ihren Wohnsitz für Perioden von drei, vier oder noch weniger Monaten nehmen. Es liegt auf der Hand, daß wir einer solchen zugewanderten Arbeiterschaft niemals das Wahlrecht in der Gemeinde ihrer Zuwanderung geben können. Deshalb werden wir eine bestimmte Aufenthaltsdauer etwa von 6 Monaten festlegen müssen.

Als weitere Forderung ist zu erheben die Forderung eines **Proportional-Wahlrechts**. Diese Forderung ist ja schon in dem neuen Entwurf einer Gemeinde-Ordnung, der jetzt in Württemberg auf der Tagesordnung steht, aufgestellt worden. Hierin ist die Proportionalvertretung für die größeren Stadtgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern bereits angenommen. Dies Proportionalwahlrecht hat natürlich nicht nur für die Gemeindevertretungen selber, sondern auch für die von diesen Gemeindevertretungen gewählten Deputationen zu gelten.

Was die

Organisation der Gemeindefunktionen

angeht, so haben wir ja in Deutschland zwei große Gruppen neben einander. Die eine ist die Gruppe der Gemeinden mit Magistratsverfassung, die andre die Gruppe der Gemeinden mit Bürgermeisterei-Verfassung. Bei der Magistratsverfassung geben die Stadtverordneten aus direkten Wahlen hervor, während der Magistrat aus indirekten Wahlen hervorgeht, d. h. vom Stadtverordneten-Kollegium gewählt wird. Die Stadtverordneten sind nur ein Beschluß- und Kontrollorgan, während die eigentliche Verwaltung in den Händen des Magistrats liegt. Der Magistrat ist dann zugleich auch der Ortsvorstand und untersteht als solcher der Disziplinargewalt der Regierungsbefehle. Die Bürgermeisterei-Verfassung unterscheidet sich von der Magistratsverfassung dadurch, daß in der letzteren der Bürgermeister alle Funktionen hat, die der Magistrat in der anderen Gruppe besitzt. Durch diese Häufung von Funktionen in den Händen des Bürgermeisters erhält derselbe ein so weitgehendes Uebergewicht, daß diese Bürgermeisterei-Verfassung an das schärfste französische Präfectensystem erinnert. Bei dem Zweikammer-System, eben der Magistratsverfassung, ist es charakteristisch, daß zwei Organe neben einander bestehen, von denen das eine Beschluß- und Kontrollorgan ist, während das andre, der Magistrat, Beschluß- und Verwaltungsorgan ist. Die Folge des Nebeneinanderbestehens der beiden Organe ist die, daß sich zwischen beiden fortgesetzt Konflikte und Reibungen ergeben. Die Geschäfte preussischer kommunaler Körperschaften liefert dafür ein reichhaltiges Material. Eine weitere Folge des Zweikammer-Systems ist der schwerfällige Geschäftsgang in der Gemeindeverwaltung. Dieser schwerfällige Instanzenzug, der von den Deputationen zum Magistrat und vom Magistrat zur Stadtverordneten-Versammlung geht, muß sich besonders lästig bemerkbar machen, wo es sich um die Verwaltung von wirtschaftlichen Instituten handelt. Da nun unser Ziel und unsere Aufgabe dahin geht, die weitergehende Uebertragung wirtschaftlicher Funktionen auf die Gemeinde zu erreichen, so haben auch wir das größte Interesse daran, dies Zweikammer-System zu erledigen durch ein Einkammer-System. Durch Aufstellung der gesamten Verwaltungsbefugnisse unter die Deputationen läßt sich die Gemeindeverwaltung in einfacherer Art und Weise führen, als wenn die einzelnen Deputationen nun wieder dem Magistrat verantwortlich sind und der Magistrat seinerseits der Kontrolle des Stadtverordneten-Kollegiums untersteht. Das Einkammer-System hat dagegen den großen Vorzug, diesen Instanzenweg innerhalb der Gemeindeverwaltung abzukürzen und in Verbindung mit dem System der Kommissionen hat es den weiteren großen Vorzug, daß es sich den Bedürfnissen der Gemeinde, der großen wie der kleinen Gemeinde, in der vorzüglichsten Weise anpaßt.

Von nicht minderer Bedeutung ist ferner die **Regelung des Verhältnisses zwischen Gemeinde und Staat**.

Die staatliche Macht kommt zum Ausdruck in dem Aufsichts- und Beschäftigungsrecht, das von den staatlichen Behörden rein nach ihrem Ermessen ausgeübt wird. Nur in Württemberg besteht die Bestimmung, daß die staatliche Bestätigung der gerichtlichen Entscheidung unterworfen werden darf. In allen übrigen Staaten entscheidet die Regierung ohne Angaben von Gründen nach Willkür. Die Forderung der Beseitigung des Bestätigungsrechtes ist nur eine Folge unserer Auffassung der Gemeinde als einer selbstverwalteten Gebietskörperschaft. Was das Aufsichtsrecht des Staates anlangt, so ist die Gemeinde eingegliedert in den Staat; ihre Tätigkeit unterliegt der staatlichen Gesetzgebung. Daraus folgt, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Gemeinden die Gesetze beobachten. Um diese Gesetzmäßigkeit zu garantieren, genügt das Recht der Kenntnisnahme der kommunalen Akte und das Recht der Inspektion. In allen diesen Fällen, wo es sich um die Prüfung der Gesetzmäßigkeit handelt, ist eine gerichtliche Nachprüfung möglich. Dagegen ist nichts einzuwenden. Anders sieht es bei der staatlichen Aufsicht über die Zweck-

mäßigkeit kommunaler Verwaltungssakte. Hier steht das reine Ermessen der staatlichen Behörde, d. h. der höheren Selbstverwaltungsbehörde gegenüber dem Gemeindefürsorge. Es handelt sich z. B. um die Genehmigung von Ortsstatuten der Gemeinden. Die heutige Gesetzgebung geht aus von einem Subordinations-Verhältnis, das zwischen Staat und Gemeinde bestehen soll. Das ist ein Irrtum. Zwischen Gebietskörperschaften, von denen die eine der andern eingegliedert ist, kann es selbstverständlich kein Subordinationsverhältnis geben. Subordination ist nur möglich in einem Beamtenkörper.

Erst auf diese Art und Weise gewinnen die Gemeinden die Autonomie, die heute in Deutschland nur auf dem Papier steht, von den Regierungen aber immer im Munde geführt wird, während sie ebenso oft auf sie Attentate machen, und zwar unter dem Vorwand, daß man neue Selbstverwaltungskörper schafft. Immer aber handelt es sich darum, das kleine Maß von Autonomie zu beschränken.

Mittel zur Erfüllung der Gemeinde-Aufgaben.

Ich komme nunmehr zu der nicht minder wichtigen Frage nach den Mitteln und Wegen, auf denen die Gemeinde ihre Aufgabe erfüllen kann. Wir müssen der Gemeinde die notwendigen Mittel liefern. Das erste Mittel hierzu ist die Bildung leistungsfähiger Gemeinden, der Zusammenschluß der zahllosen Zwerggemeinden, die es in Deutschland gibt, zu Großgemeinden für bestimmte Verwaltungszwecke. Die Wohnungsinpektion kann z. B. kleinen Gemeinden gar nicht übertragen werden, weil hier nicht die Männer gefunden werden können, die eine erfolgreiche Inspektion vornehmen können.

Dann stehen der Gemeinde zur Verfügung als finanzielle Mittel die Erträge des Gemeindevermögens, ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen, die Gebühren für die Benutzung einer Reihe von Gemeinde-Einrichtungen, die Zuschüsse des Staates und die Steuern. Betrachten wir die Einnahmen der Gemeinden aus den wirtschaftlichen Unternehmungen, so müssen wir unterscheiden, ob die Gemeinden ihre Betriebe so betreiben sollen, daß sie Ueberschüsse abwerfen, oder ob die gesamten Ueberschüsse in Preisreduktionen den Konsumenten, den Einwohnern zu gute kommen sollen, wobei selbstverständlich Mittel für die Amortisation des aufgewendeten Kapitals mit in Rechnung zu stellen sind. Durch die Municipalisierung gewerblicher Betriebe wird an ihrem kapitalistischen Charakter an und für sich nichts geändert. Dazu wäre es nötig, daß der Profit, den sie abwerfen, aus der Welt geschafft wird. Die Gemeinden sollen nach unserer Auffassung nicht nach dem Grundsatz verfahren, den größten Profit aus ihren Betrieben herauszuschlagen, sondern sie sollen die Leistung von Diensten und die Produktion von Waren durch die Regieübernahme aus dem Gesamtgebiet der kapitalistischen Produktion herausheben und zu einem Teil der öffentlichen Leistungen umgestalten. Damit ist eine Profitwirtschaft natürlich nicht vereinbar. Wir müssen nun untersuchen, welche Wirkungen die im Interesse eines Ueberschusses höher eingeleiteten Preise ausüben, ob es gerecht ist, die Ueberschüsse zur Steuererleichterung oder zur Deduktion des Defizits anderer Institute zu verwenden. Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Frage der Ueberschüsse der Gas- und Elektrizitätswerke. Zu den Gas-Konsumenten gehören zahlreiche kleine Handwerker und Beamte, zu den Elektrizitätskonsumenten sehr kapitalträchtige Leute. Wir stehen vor der Thatsache, daß beim Profitbetrieb die kleinen Gas-Konsumenten für das Defizit zahlreicher Elektrizitätswerke aufkommen oder, wenn die Elektrizitätswerke Ueberschüsse abwerfen, in den Ueberschüssen der Gaswerke für die reichen Leute mit bezahlen müssen und sie vor höherer Belastung schützen. Die Gasautomaten-Besitzer gehören ohne Zweifel nicht zur bestehenden Klasse. Die durchschnittliche Verbrauchszweifel nicht zur bestehenden Klasse. Die durchschnittliche Verbrauchszweifel nicht zur bestehenden Klasse. Die durchschnittliche Verbrauchszweifel nicht zur bestehenden Klasse.

Die Hauptsache für uns ist die sozialpolitische Gestaltung der Tarife. Bei Einrichtungen der Volkshygiene muß der Tarif die Veranlagung durch das Publikum sichern, bei solchen der Wirtschaftspflege die kleinen Konsumenten mindestens nicht schlechter stellen als die großen Konsumenten. Heute aber wird bei den Wasserwerken den großen Abnehmern manchmal ein Rabatt bis zu 50 Proz. gewährt. Wir müssen mit dieser Rabattwirtschaft aufhören, denn der Einwurf, daß sie notwendig sei, um die großen Konsumenten von der eigenen Entlastung abzubalten, ist hinfällig: zahlreiche Städte besitzen einen Einheitsstarif, ohne daß diese Folge bei den großen Konsumenten eingetreten wäre.

Bei der **Regelung des kommunalen Steuerwesens** werfen sich eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf. So entsteht zunächst die Frage, ob die absolute Steuerautonomie der Gemeinde richtig ist oder die staatliche Regelung des kommunalen Steuerwesens. In der Resolution treten wir für die zweite Regelung ein. Die Erfahrungen, die städtische Städte mit der Finanzautonomie bieten, sprechen nicht für den Grundsatz der absoluten Gemeinde-Autonomie.

Die zweite wichtige Frage ist, ob die kommunale Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit oder nach dem Interesse erfolgen solle. Die Resolution stellt die Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit voran. Es handelt sich dabei um die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer. Die Besteuerung nach dem Interesse ist aber als Ergänzung notwendig, vor allem, wo es sich um die Wertsteigerung des

Grund und Bodens handelt, die für die Gemeinden abgefangen werden muß. Die bürgerlichen Kommunalsteuer-Reformer haben eine große Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich mit der Abfassung dieser Wertsteigerung beschäftigen. Sie haben Steuern auf den gemeinen Wert des Grund und Bodens, die Grundsteuer und die Immobilien-Umsatzsteuer, vorgeschlagen. Leider ist es mit nicht möglich, im einzelnen auf alle diese Steuern einzugehen. Den größten Vorzug räume ich der Immobilien-Umsatzsteuer ein, sobald sie freigestellt ist von den fiskalischen Beschränkungen, proportional dem Wertzuwachs bemessen wird und nicht nur die unproportionalen Geschäfte, sondern auch den Besitzwechsel durch Erbgang trifft. Diese Steuer hat den großen Vorzug, daß sie nicht abgewälzt werden kann, da sie nicht alle Grundstücke gleichmäßig proportional dem Werte trifft, sondern ein Grundstück so oder so nach dem Wertzuwachs. Die Grundstücke haben einen bestimmten Marktwert, der sich nicht individuell bei den einzelnen Grundstücken um die Höhe der Steuer steigern läßt. Mit den Steuern und Ueberschüssen der gewerblichen Unternehmungen allein ist es der Gemeinde nicht möglich, alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Es ist notwendig, daß der Staat mit seinen reicheren Mitteln eingreift und Zuschüsse gewährt. Dabei wird es sich vor allem um die Gebiete handeln, die mit dem allgemeinen staatlichen Interesse in einer gewissen Beziehung stehen, also um die Volkshygiene — Feuerlöschwesen, Wasserversorgung — um das Schulwesen, um die Armenpflege.

Sollen die staatlichen Zuschüsse nun allen oder nur den bedürftigen Gemeinden zugewendet werden? Auf jeden Fall muß das Ermessen der Regierungsbehörde ausgeschlossen werden. Es müssen gesetzliche Normen für die Höhe der Bedürftigkeit der Gemeinden festgelegt werden. Weiter müßte Fürsorge getroffen werden, um die Selbstständigkeit der Kommunen gegenüber der staatlichen Aufsicht bei der Verwendung staatlicher Zuschüsse zu sichern. Die Zuschüsse müssen den Gemeinden zur freien Verwendung übergeben werden nach den gesetzlichen Vorschriften. Bei ungesetzlicher Verwendung müßte der Staat auf Rückzahlung klagen. Die Bedeutung der staatlichen Zuschüsse liegt darin, daß sie der einzige Weg sind, den leistungs-unfähigen Gemeinden die notwendige Hilfe zu gewähren. Diese Leistungsunfähigkeit der Gemeinden hat ja zu der Forderung geführt, das Schulwesen, die Armenpflege zu verstaatlichen. Gewähren wir den leistungs-unfähigen Gemeinden Staatszuschüsse, so entfällt damit einer der Hauptgründe, den Gemeinden die Verwaltung dieser wichtigen Gebiete zu nehmen.

Ich komme nun zur **Besprechung einer Reihe von Einzelpunkten**, die ich herausgreifen will aus dem gesamten Abschnitt, der die einzelnen Forderungen enthält, die wir an die Gemeinden stellen. In der Resolution wird den Gemeinden die Fürsorge für die Ernährung überwiesen. Die Gemeinden sollten so weit als möglich die Käufer vor Ueberschüssen schützen, dem Lebensmittelverkehr geregelte Bahnen anzuweisen und so dafür sorgen, daß die Ströme des Verkehrs in ausreichender Stärke die einzelnen Teile des Gemeinwesens durchfluten; sie sollen aber noch weiter gehen und selbst in die Produktion der Lebensmittel eingreifen. Dafür spricht einmal die Rücksicht auf die Volksgesundheit. Trotz der Nahrungsmittel-Kontrollen in den einzelnen Gemeinden ist das Publikum häufigen Gegenüber hilflos. So hat zum Beispiel die städtische Milchkontrolle einen vollständigen Bankrott erlitten. Ein zweiter Grund ist die Billigkeit der Produkte. Diese werden teils in monopolistischen Betrieben hergestellt, teils in Kleinbetrieben. Befindet sich das Publikum bei ersteren geradezu Monopolen gegenüber, so werden bei den Kleinbetrieben die Produkte infolge der Ringe und der Hochhaltung der Preise verteuert und verschlechtert. Dazu kommt, daß sich in den letzten Jahrzehnten der Kampf zwischen Stadt und Land in einer Weise ausgebreitet hat, wie nie zuvor. Die Städte sehen sich agrarischen Ringen gegenüber, die nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Kleinhandlern der Städte selbst Unterstützung finden. Nicht überall liegen die Verhältnisse so wie in Berlin, wo die Milchhändler sich im eignen Interesse gegen die Monopolbetriebe des agrarischen Ringes wehren. In andern Städten haben wir beobachtet können, daß die Kleinhandlern mit den agrarischen Monopolisten zusammen die Preise verteuern. Gegen derartige Bestrebungen müssen die Gemeindeverwaltungen einschreiten, um ihre Bürger zu schützen. Dadurch wird die Tätigkeit der Gemeinden zu einer wirtschaftlich organisatorischen. Aber gerade wegen dieses Charakters müßte sie auf die größten Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Produktion der Lebensmittel und der Verkehr in ihnen sind so in den kapitalistischen wirtschaftlichen Mechanismus hineingewachsen und so sehr Bestandteil desselben geworden, daß jeder Versuch, sie stückweise herauszuziehen aus dem schädlichen Boden, auf die erbitterteste Feindschaft der Interessenten stößt. Bei diesem Kampf verzicht selbst das Kleinhandlertum in den Reihen unserer Partei sehr oft die Zusammengehörigkeit mit der Gesamt-partei. In welcher Weise die Gemeinden die Privatwirtschaft zu erledigen vermögen, ist eine Frage, die einer speziellen Untersuchung vorbehalten ist. Es sei nur betont, daß die Gemeinden sich auf die Produktion der Passagier beschränken müssen, d. h. von Waren, die in ziemlich gleichbleibenden Quantitäten und in wenigen Qualitäten in großer Masse von der Bevölkerung konsumiert werden, wie Milch, Brot, Fleisch und Bier.

Wegen der vorgerückten Zeit bricht Redner sein Referat ab, um es in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

Begrüßungstelegramme sind eingelangt vom Deutschen sozialistischen Bessklub in Paris und vom Verband der Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Schauerleute, Altona.

Schluß 7 Uhr.

Benutzen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Zigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichz. vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen, ein Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein honigeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe**, zum Preise von **1.50 Mk. franco**. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. **Also kein Risiko.** Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Treptow.
Köpnieker Landstr. 27.
empfehlen sein Lokal nach keinem Saal, 250-300 Personen fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten. Einige Sonnabende fast noch frei. Glas Bier 1/10 Liter 10 Pf. u. Weibier. 4432.
R. Hohlwein.

36 Mark
elegante Winter-Palcoets, 30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge, 12 Mark
schwere Winter-Beinkleider. Guter Stoff, taffeloser Zip. 11. Krausenstr. 14.
1 Treppe, Tel.-Wahl 1971, 5705, 1 Treppe.

Kinderregelt Verdauung
gutes Gedeihen.

Wo? in ein schöner Kaufmann, schön zu Fuß, Rob und Krenier zu erreichen? Beim **alten Freund auf Fichelswerder**. — Für gute Küche usw. ist immer bestens gesorgt! (46123)
Musik: Elektrisch.

Alles ab Platz.
Wer Rohlen braucht, kauft bei **Josef Fischer, Rohlen-Großhandlung**, Hauptgeschäft: Brombergerstraße 19. Zweiggeschäft: Witte Kommandantenstraße, 45605.
100 Stück Senfend Brackets nur 0,55
100 „ „ „ „ nur 0,50
1 „ „ „ „ „ nur 0,20
1 „ „ „ „ „ nur 0,25
40 Handwagen, borgen pro Stk 0,10

Dieser Hut, moderne Form, erst 1/10, kostet **R. 1.50**. 51034

Special-Hut-Engros-Lager
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königsstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Großte Auswahl auhergewöhnlich billige Preise
Filzhüte für Herren neue Form, mit Futter R. 1.50, mit Ullfutter 2,00, hochfeine Qualität R. 2,50, extrafeine 3,00, beste Qualität 4,50, Cylinderhüte u. Chap. claq. in gr. Auswahl

Die schönsten Herren-Anzüge Herrengarderobe in neu, sowie speziell 2180b
Monatsgarderobe von Cavalieren zurückgeleiste Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu haunend billigen Preisen feid zu haben.
Schnurmacher,
Skaltzerstraße 113.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. 4855L **M. Schulmeister, Schneidermeister,**
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an **Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143**
am Kottbuser Thor. **Schöneberg.**

Verantwortlicher Redacteur: Carl Zeit in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Fünfter Verhandlungstag.

München, 19. September.

Freitag-Vormittagsitzung.

Beginn 9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Genosse Volkmar.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein London.

Singer erhebt, im Laufe der nächsten Stunden schriftliche Vorschläge für die Wahl des Vorstandes und der Controleure beim Bureau einzureichen.

Dr. Lindemann

fährt in seinem Referat über Punkt 8 der Tagesordnung „Kommunalpolitik“ fort:

Mit dem nächsten Punkt, den ich zu behandeln habe, dem Städtebau- und Wohnungswesen

hat sich bereits der vorige Parteitag beschäftigt, so daß ich nicht notwendig habe, auf die große Frage des Städtebauwesens und des Wohnungswesens in allen Einzelheiten einzugehen. Ich beschränke mich daher darauf, einige kritische Punkte einer kürzeren Besprechung zu unterziehen. Die Resolution beginnt mit der Forderung einer gesunden Wohnungspolitik durch die Gemeinden und sie empfiehlt als die wesentlichsten Mittel für ihre Durchführung die Erwerbung von Grund und Boden seitens der Gemeinden, die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Vorordnungen und endlich den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze. Das sind ja nur Palliativmittel; es kann wohl etwas damit erreicht werden, aber nicht alles. Das große Mittel, die Entzerrung von Grund und Boden, wird den Gemeindeverwaltungen sobald nicht in den Schoß fallen, und solange dieses Mittel fehlt, muß versucht werden auf anderem Wege dem Ziel näher zu kommen. Dazu dient in erster Linie der Ankauf von Grund und Boden durch die Gemeinde. Die Gemeinden müssen da selber auf dem Markt als Spekulant erscheinen und sich in den Besitz möglichst zahlreicher Terrains setzen, sie müssen durch besondere Vorkehrungen den Preis des Grund und Bodens möglichst niedrig zu halten suchen. Hier ist es vor allem der Bebauungsplan und die Vorordnung, durch die es möglich ist, die Bodenausnutzung zu beschränken, die Mietslasterne, dieses schrecklichste Produkt des Städtebaues zu bekämpfen und den Kleinbau zu fördern. Bei der Festlegung von Bebauungsplänen und dem Erlass von Vorordnungen drängt sich zunächst die sehr wichtige Frage auf, inwiefern eine weiträumige Bebauung des Gemeindegebietes statthaft ist, und hier begegnen wir in den Reihen, nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen Socialdemokratie einer Meinungsverschiedenheit. Die einen wenden sich gegen eine weiträumige Bebauung, weil sie der Ansicht sind, daß dadurch die Mietpreise gesteigert werden, sie treten ein für hohe Häuser, ja sogar für Dachwohnungen. Vom volkshygienischen Standpunkt aus müssen wir die Mietslasterne ohne weiteres verwerfen. Wir trachten danach, daß nicht nur die oberen Reichtümer, sondern auch die Arbeiter dessen teilhaftig werden, was die moderne Bautechnik den Reichen zur Verfügung stellt. Es kann doch nicht unser Grundgedanke sein, für die Herren die Villen, für die Arbeiter die Mietslasterne zu schaffen. Von dem Bauunternehmertum, von dem Hausbesitz wird die Verbilligung der Mieten ins Feld geführt, um dahinter durch große Bodenausnutzung und den Bau von Mietslasternen die Grundrente in die Höhe zu treiben und als Folge davon die Mieten zu steigern. Die fingierte Arbeiterfreundlichkeit der Bauunternehmer und Bodenbesitzer tritt ein für die Mietslasterne, weil sie angeblich der Arbeiterklasse ein centraleres und billigeres Wohnen gestatte. Wir dürfen uns durch diese fingierte Arbeiterfreundlichkeit nicht täuschen lassen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Wohnungen in den Mietslasternen billiger sind als in den kleinen Häusern. Wenn wir die Mietpreise solcher Städte, in denen die Mietslasterne vorherrscht, vergleichen mit den Mietpreisen solcher Städte, in denen das kleine Wohnhaus vorherrscht, so liegt der Vorzug durchaus auf Seiten der Städte mit Mietslasternen. In London entfallen auf ein Wohnhaus im Durchschnitt 8 Personen, in London muß eine Familie durchschnittlich 1/10-1/12 ihres Einkommens für die Miete aufwenden. In Berlin, wo auf ein Haus etwa die fünffache Bewohnerzahl entfällt, steigt der Teil des Einkommens, der für die Miete aufgewendet werden muß, auf 1/4-1/3. Es ist also durchaus nicht wahr, daß die Mietslasterne die Mietpreise verbilligt. Damit entfällt das wichtigste Moment, das für eine enge, geschlossene Bebauung des Städtegebietes spricht. Wahr ist nur, daß da, wo einmal die Mietslasterne die herrschende Wohnform ist, wo die gesamte Bauordnung auf die Mietslasterne zugeschnitten ist, natürlich der Kleinhäuserbau konkurrenzunfähig ist, weil eben der Grund und Boden für die Errichtung von kleinen Häusern zu teuer wird. Um nun den Kleinhäuserbau, unter dem man sich nicht ausschließlich den Bau von Einfamilienhäusern zu denken braucht, wieder konkurrenzfähig zu machen, muß auf gezielte Weise eingegriffen werden. Es muß der Grad der Bodenausnutzung durch Ortsstatute beschränkt werden durch Vorschriften, die die hygienisch vorteilhafte weite Form der Bebauung vorschreiben und die Mietslasternen einschränkende Bestimmungen enthalten. Selbst wenn durch derartige Beschränkungen der Bodenausnutzung die Mieten nicht billiger würden, so würden die Arbeiter doch gesünder und besser wohnen als in den Mietslasternen, wie sie heute in den modernen Großstädten bis weit hinaus in die Vororte aufstärmen. Ueber die Frage der Wohnungsämter kann ich wohl hinweggehen, da über die Einrichtung, die Aufgaben, die solchen Wohnungsämtern zugewiesen sind, keine Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei bestehen. Dagegen will ich noch mit einigen Worten auf die Frage der

Vaugenossenschaften

und speziell der Unterstützung derselben durch die Gemeinden eingehen. Der liberale Parteitag hat in seiner Resolution über die Wohnungsfrage sich gleichfalls mit den Vaugenossenschaften beschäftigt und hat eine qualifizierte Empfehlung derselben gegeben. Ueber die Frage, ob wir für eine finanzielle Unterstützung der Vaugenossenschaften einzutreten haben, hat sich der liberale Parteitag nicht ausgesprochen. In dieser Frage stehen sich bei unsren Genossen zwei Ansichten gegenüber, von denen die eine sich gegenüber dem gesamten Vaugenossenschaftswesen ablehnend verhält, während die andre, zahlreicher vertreten, sich für eine finanzielle Unterstützung derselben durch die Gemeindeverwaltungen ausspricht. Die Programme von Braunschweig, Schleswig-Holstein, Hessen usw., fordern alle eine Unterstützung des Vaugenossenschaftswesens durch die Gemeinden. Die Ansicht, die jede Unterstützung von Vaugenossenschaften ablehnt, geht doch wohl zu weit, es kommt auf den einzelnen Fall an; immer wird zu untersuchen sein, aus welchem Personenkreis sich eine solche Genossenschaft zusammensetzt, wie die Eintrittsbedingungen, die Beiträge sind, ob das Princip des Gesamteigentums gewahrt bleibt. Vor allem ist zu fragen: wie stellt sich die Vaugenossenschaft zu dem Grundgedanken, daß die Mieten prinzipiell so zu bemessen sind, daß sie nur die Kosten und die Amortisation decken. Nach Beantwortung dieser Fragen ist unsere Stellung zu bemessen. Wir kommen nun zur

Volkshochschule

Ich beginne mit einer Besprechung der Forderung, welche wir in sehr vielen Kommunalprogrammen begegnen und die ein beliebtes Schlagwort auch in unserer Landtagspolitik ist, die Forderung nach der Verstaatlichung der Volkshochschule. Was ist damit gemeint? Soll damit gemeint sein, daß die Volkshochschule nicht von Privatunternehmern, sondern von öffentlichen Gebiets-Korporationen verwaltet werden

soll? Nein, man versteht unter dieser Forderung die Uebernahme der Lasten des Volkshochschulwesens auf den Staat, die Uebertragung der Verwaltung des gesamten Volkshochschulwesens auf eine staatliche Bureaucratie. Diese beiden Dinge lassen sich nicht trennen. Die Uebernahme der Kosten bedingt auch die Uebernahme der Verwaltung. Der Staat würde sich die Verwaltung oder doch wenigstens eine weitgehende Beaufsichtigung der Volkshochschule ausbedingen können wir dafür eintreten? Der leitende Gedanke muß immer der sein, daß die Gemeinde von vornherein das Recht auf die Führung der lokalen Verwaltung hat. Ist nun das Volkshochschulwesen eine solche lokale Angelegenheit? Ohne Zweifel! Allerdings hat der Staat ein großes Interesse an dem guten Zustande des Schulwesens in den Gemeinden, das kommt zum Ausdruck im Schulgesetz und im Aufsichtrecht. Das Hauptinteresse am Schulwesen aber hat doch die Einwohnerschaft eines Ortes. Zwischen ihr und der Volkshochschule laufen so enge Fäden, daß wir sie nicht ohne weiteres durch Uebertragung an eine staatliche Bureaucratie zerreißen wollen. Auch im Wesen der Volkshochschule ist diese Uebertragung nicht begründet. Der Bau von Volkshochschulen, die Einrichtung von Turnhallen, Spielplätzen, Brausebädern kann die Gemeinde ebenso gut vornehmen wie der Staat. Fortschritte, wie die Anstellung von Schulärzten, sind viel eher von der Gemeinde zu erwarten, als von der staatlichen Bureaucratie, die das „Rädchen nicht bewegen“ will. Jedem ist noch die Zustimmung des Landtags erforderlich und wie da die Majoritäten beschaffen sind, wissen wir. Wie es mit der staatlichen Verwaltung aussieht, kennen wir bei der Ortspolizei. Der Hauptgrund, der für die „Entkommunalisierung“ der Volkshochschule angeführt wird, ist: daß sie unter staatlicher Verwaltung außerordentliche Fortschritte machen würde. Das wage ich zu bezweifeln, der Staat betreibt seine Verwaltung nach dem Grundsatz der geringsten Kosten. Vielleicht würde etwas gebessert werden bei den Landhochschulen, aber nur soviel, als die leitenden Gewalten auf dem Lande, die Junter gestatten, und das ist sehr wenig. Dagegen würden die Volkshochschulen der großen Städte leiden, eine Stagnation würde eintreten. Schon im Interesse unserer Partei, deren Kerntruppe doch das Proletariat der großen Städte ist, haben wir hier den kulturellen Fortschritt der Entwicklung des Volkshochschulwesens zu fördern. Diese Entwicklung aber ist eine kurze, deren Spitze das städtische Volkshochschulwesen bildet. Man könnte mir entgegenhalten, daß z. B. Berlin von den staatlichen Behörden zur Einführung der achtjährigen Schullast gezwungen werden mußte. Druchen wir einmal die Sache um und fragen wir: hätte der Staat, wenn er das gesamte Schulwesen verstaatlicht, das achte Schuljahr eingeführt? Darauf werden wir alle nur mit nein antworten können. Wichtig ist auch noch der politische Grund, der uns abhalten muß, eine neue Bureaucratie zu schaffen. Die Bureaucratie ist der hartnäckige Gegner unserer Bestrebungen, wir haben sie nicht zu fürchten. Weist man all dem gegenüber auf die mangelnde Leistungsfähigkeit und die Rücksichtslosigkeit vieler Gemeinden hin, so sagen wir: die mangelnde Leistungsfähigkeit beseitigen wir durch staatliche Zuschüsse, die Rücksichtslosigkeit der Gemeinde aber bekämpfen wir durch die Auflösung und Liquidation, die von unserer Partei angeht. Alles, was ich eben gegen die Verstaatlichung des Volkshochschulwesens angeführt habe, gilt auch gegen die Verstaatlichung der

Armenpflege

Hier kommt noch der neue Einwand hinzu: Wie will die staatliche Verwaltung diejenige Individualisierung durchzuführen, die doch das charakteristische Kennzeichen der Armenpflege ist? Es würde dazu ein so ungeheures Beamtenheer notwendig sein, daß die Kosten sich vielleicht auf das Doppelte und Dreifache belaufen würden und das Resultat würde doch ein unbefriedigendes sein. In kleinen Gemeinden müßte der Staat doch auf die Gemeindebeamten zurückgreifen. Da ist es schon richtiger, die Armenpflege den Gemeinden zu übertragen und dafür zu sorgen, daß diese leistungsfähig werden für die Ausführung ihrer Aufgaben, dafür zu sorgen, daß ihre Tätigkeit von socialpolitischen Gedanken durchdringt wird, statt ihnen ohne weiteres ein großes, wichtiges, aufwendiges Amt mit der Lokalität verbundenen Arbeitsgebiet zu nehmen und auf staatliche Behörden zu übertragen, die durchaus nicht geeignet dafür sind. — Ein anderer Punkt, über den unter den Parteigenossen Meinungsverschiedenheiten herrschen, das ist unsere Stellung zum

höheren Schulwesen.

Die Programme von Brandenburg und Sachsen fordern im Anschluß an unser allgemeines Programm die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volkshochschule, die zu weiterer Ausbildung fähig sind. Dagegen fordert das Braunschweiger Programm die Abschaffung aller Anfechtungen für höhere Bildungsanstalten, die dem Volkshochschüler eine solche Ausbildung nicht ermöglichen. Da dies heutzutage noch nirgends der Fall ist, so wäre die Konsequenz, daß unsere Braunschweiger Vertreter die Etats der höheren Schulen in den Gemeinden abzulehnen hätten. Diese Stellungnahme ist ja eine sehr einfache und bequeme, aber sie ist höchst bildungsfeindlich. (Sehr richtig!) Derselben Art sind auch die Bestrebungen, die dahin gehen, das Schulgeld für die höheren Schulen zu verteuern aus dem Grunde, weil die Gemeinden für höhere Schulen pro Kopf und Schüler mehr aufwenden als für die Volkshochschulen. Was wird aber dadurch erreicht, daß wir die Etats der höheren Schulen ablehnen oder das Schulgeld noch mehr in die Höhe treiben? Dadurch wird hauptsächlich nur das Privileg der besitzenden Klassen vergrößert, und es ist eine eigentümliche Logik, die höheren Schulen ihres Klassencharakters wegen anzugreifen, andererseits aber selbst dafür zu sorgen, daß dieser Klassencharakter noch verstärkt und über alles Maß hinaus gesteigert wird. (Sehr wahr!) Durch die Erhöhung des Schulgeldes wird ferner den Talenten der weniger besitzenden Klassen, des Kleinbeamtentums, der kleinen Kaufleute und auch der Arbeiter der Zugang zu den höheren Schulen versperrt. Die Plätze werden für die Mittelmäßigkeit und Unfähigkeit der Reichen reserviert. Das Resultat ist, daß das Niveau aller der Berufsstände, die sich aus den höheren Klassen rekrutieren, herabgedrückt wird, und daß in diesen Kreisen die geistige Stagnation noch wächst, daß der politische Gegensatz zwischen den Massen noch ein schärferer wird, und daß die regierenden Kreise, die sich aus den höheren Schulen rekrutieren, jedes socialpolitische Verständnis verlieren. Unser Ziel ist ja, daß nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Befähigung der Kinder für den Besuch der höheren Schulen entscheidend sein soll. Es wird allerdings noch lange dauern, ehe wir den Ausschluß der unfähigen Schulkinder von reichen Eltern durchsetzen können. Mit um so größerer Energie müssen wir aber dem andern Teil unseres Volkes zutreiben: den Zugang zu den höheren Schulen den Befähigten zu eröffnen, ohne jede Rücksicht auf das Einkommen der Eltern. Ein Mittel dazu wäre die Abstinenz der Schulgelber nach der Höhe des Einkommens, wie es in einigen deutschen Städten schon der Fall ist. Werden die Minimalhöhe niedrig genug gegriffen, so eröffnen wir den Zugang einer weiten, heute ausgeschlossenen Schicht. Aber selbst mit der Aufhebung des Schulgeldes und der Gewährung freier Lehrmittel ist den Kindern der Arbeiterklasse noch nicht geholfen, es muß auch der Unterhalt der höheren Schulen besitzenden Kinder des Volkes seitens der Gemeinde gedeckt werden. Deshalb muß das Stipendienwesen so umgestaltet werden, daß einmal die Stipendien erhöht, und daß zweitens die Vergabe von Preisstellen nicht, wie heute, nach Willkür und Laune erfolgt, sondern daß in einem freien Wettbewerb den Besten und Fähigsten der Besuch der Volkshochschule ermöglicht wird. An die Preisstellen für die höheren Schulen hätten sich dann solche für die Universitäten anschließen. Auf diese Weise hätten wir eine Leiter gebaut, die von den Volkshochschulen über die höheren zur Universität reicht, auf der es möglich ist, die befähigten Kinder des Volkes teilnehmen zu lassen an den Gütern der Wissenschaft und Kultur, die bisher ausschließlich für die besitzenden Klassen reserviert waren. —

Ich brauche mich hier auf einem socialdemokratischen Parteitag nicht in längeren Ausführungen darüber zu ergehen, daß wir die kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen sowie von Straßenbahnen aller Orten fordern. Darüber herrscht bei uns volle Uebereinstimmung; ich wende mich deshalb sofort zu dem Kapitel

Socialpolitik.

Die Resolution teilt die Forderungen in zwei Teile, in Forderungen für die gesamte Arbeiterschaft der Gemeinde und in solche für die im Lohnverhältnis zu der Gemeinde stehenden Arbeiter. An die Spitze unserer allgemeinen socialpolitischen Forderungen wäre die Errichtung von Arbeitsämtern zu stellen. Heute haben wir bereits in einer Reihe von Städten Arbeitsämter, aber sie sind hauptsächlich nichts weiter als Arbeitsnachweise. Die Vorgänge des letzten Winters, die Arbeitszählungen, die in einzelnen Städten vorgenommen wurden, teils von Gewerkschaften, teils von kommunalen statistischen Ämtern, haben die Notwendigkeit bewiesen, die heutigen Arbeitsnachweise weiter auszubauen und zu Centralstellen der kommunalen Arbeiterpolitik auszubilden. Diesen Arbeitsämtern, die Teile der kommunalen Verwaltung sind, zu denen aber Vertreter aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums hinzuzuziehen wären, ist zugewiesen das gesamte Gebiet der Arbeiterpolitik, die Ausarbeitung socialpolitischer Gutachten, der Arbeitsnachweise, die Arbeitslosenfürsorge und die Ueberwachung der socialpolitischen Behandlung der gesamten kommunalen Verwaltung. Die Forderung kommunaler Arbeitsämter sieht durchaus nicht im Widerspruch mit der unserm allgemeinen Programms der Errichtung von Reichs-Arbeitsämtern, denn selbst, wenn wir ein Reichs-Arbeitsamt schaffen, so müssen doch unter dieser centralen Behörde lokale Arbeitsämter vorhanden sein, und diese werden ohne Zweifel am besten angeschlossen an die Gemeindeverwaltungen. In einigen Programmen wird den Arbeitsämtern ferner das Gebiet der Auskunftsverteilung überwiesen, also eine Aufgabe, die bisher die Arbeitersekretariate erfüllen. Die Arbeitersekretariate sollten als Schöpfungen der organisierten Arbeiterschaft in erster Linie den organisierten Arbeitern zu gute kommen. Im Laufe der Zeit haben aber auch die nichtorganisierten Arbeiter dieselben benutzt und häufig sogar in größerer Ausdehnung als die organisierten Arbeiter. Infolgedessen haben die Kosten ihrer Verwaltung sich gesteigert und sie sind für die Gewerkschaften eine schwere finanzielle Last geworden. Es sind infolgedessen aus Kreisen der Gewerkschaften ja auch Forderungen an die Gemeindeverwaltungen gestellt worden, es sind Subventionen für die Arbeitersekretariate gefordert worden, es ist sogar ferner erörtert worden und es wird im Programm gefordert, daß diese Arbeitersekretariate in die kommunale Verwaltung übergeben sollen. Das wäre ja allerdings der einfachste Ausweg, um den Gewerkschaften diese Last abzunehmen, aber es scheint mir zweifelhaft, ob er auch der beste ist. Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate beschränkt sich ja nicht nur auf die Auskunftsverteilung, ihr Einfluß geht viel weiter, sie gewinnen die nicht organisierten Arbeiter für die Gewerkschaften, führen sie den Gewerkschaften zu. Diese Tätigkeit würde durch die Ueberführung der Arbeitersekretariate in kommunale Verwaltung ohne weiteres aufgehoben. Ein besserer Ausweg scheint mir zu sein, daß wir eine Teilung der Zuständigkeit in der Art der Auskünfte vornehmen. Ein großer Teil der Auskünfte beschäftigt sich nicht mit den Fragen des speziellen Arbeiterrechts, sondern betrifft das Gebiet des allgemeinen Rechts, des bürgerlichen Gesetzbuchs usw. Nach dem letzten Jahresbericht des Stuttgarter Sekretariats betrafen von 8408 Auskünften 8070 nicht das spezielle Arbeiterrecht, sondern das Eherecht, das Familienrecht im allgemeinen usw. Wenn wir nun die spezifisch arbeiterrechtlichen Auskünfte den Arbeitersekretariaten vorbehalten und die Auskunftsverteilung über andre Gebiete den städtischen Arbeitsämtern zuweisen, so nehmen wir damit eine Scheidung vor, die nur im Interesse der Arbeitersekretariate liegt. Es wird ihnen dadurch eine ungeheure Arbeitslast abgenommen, sie werden frei für andre, wichtigere Aufgaben. Mit der Einrichtung solcher Arbeitsämter würden natürlich die socialen Kommissionen, die in einer Reihe von Städten vorhanden sind, überflüssig; sie führen ja auch heute nur ein recht beschränktes Dasein; von ihrer Tätigkeit merkt man nur sehr wenig. — Eine wichtige Forderung, der in sehr vielen Programmen ein fast ungebührlicher Platz eingeräumt ist, ist die

Regelung des Submissionswesens.

Wir können da zwei Gruppen von Forderungen unterscheiden. Die eine Gruppe dient den Interessen der Arbeiterschaft, die andre, mag das nun von den Verfassern der betreffenden Programme beabsichtigt oder nicht beabsichtigt gewesen sein, den Interessen des Kleinhandwerks und des Mittelstandes, und zwar direkt im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter. Die Hauptforderung, die wir auf diesen Gebieten im Interesse der Arbeiterschaft erheben müssen, ist die Einführung der sogenannten anständigen Lohnklausel, d. h. einer Bestimmung, wonach in den Verträgen der Gemeinde, mögen es nun Arbeits- oder Warenlieferungsverträge sein, den Unternehmern die Einhaltung der Arbeitsbedingungen auferlegt wird, welche die Gewerkschaften festsetzen. Es handelt sich bei der Lohnklausel nicht ausschließlich um die Festsetzung von Minimal- oder Gewerkschaftslöhnen, sondern ebenso sehr um die Festsetzung der andern Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, um die Sicherstellung des Lohnes durch Kauttionen, um die Sicherstellung der Versicherungsbeiträge der Arbeiter, um die Ausstattung der Arbeitsplätze, um den Schutz der Arbeiter bei der Weitervergebung von Verträgen, ferner um die Streiklausel und um die Anerkennung der Arbeiterorganisation. Die „anständige Lohnklausel“ umfaßt also ein sehr weites Gebiet, das ganze Gebiet der Arbeiterpolitik. Gelingt es, die Lohnklausel in allen Gemeinden in diesem Umfang durchzuführen, dann dürfte ein sehr großes Stück Arbeiterpolitik geschafft sein. Ein Teil der Bestimmungen der Lohnklausel ist ja schon in die Submissionsbedingungen auch der deutschen Städte aufgenommen worden. Der Schutz der Arbeiter gegen nicht zahlende Unternehmer ist in den meisten Submissionsbedingungen großer Städte enthalten. Ebenso trifft das zu auf die Sorge für das Unterkommen der Arbeiter, auf die Sicherung der Krankenfürsorgebeiträge usw. Am mangelhaftesten sind die städtischen Submissionsbedingungen, soweit es sich um die Sicherung der gewerkschaftlichen Arbeitszeit und der gewerkschaftlichen Arbeitslöhne handelt. In diesen beiden Punkten sind die deutschen Städteverwaltungen gegenüber den Städteverwaltungen Frankreichs, Englands und Hollands ganz außerordentlich zurückgeblieben. Ich kenne nur eine deutsche Stadt, Wiesbaden, die in dieser Beziehung unseren Forderungen entspricht. Eine Reihe von andern Städten erkennt zwar den Lohntarif der Gewerksbrüder an, während die übrige Arbeiterschaft solcher Stadtbestimmungen noch entbehrt. Der leitende Gedanke bei dieser Lohn- oder besser Arbeitsklausel ist der, daß die Veränderlichkeit der Löhne und der Arbeitsbedingungen beschränkt werden soll. Es soll eine feste Grenze für alle von der Stadt indirekt beschäftigten Arbeiter nach unten hin gezogen werden, um zu verhindern, daß die Arbeitslöhne und die Arbeitsbedingungen unter das gewerkschaftliche Niveau herabgedrückt werden. Thatsächlich vollzieht sich der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern und speziell der Konkurrenzkampf zwischen dem Groß- und Kleinbetrieb auf Kosten der Arbeitslöhne und der Arbeitsbedingungen, besonders der Kleinbetrieb sucht durch Drücken der Löhne, durch Vernachlässigung der Arbeitsplätze seine technische und wirtschaftliche Rücksichtslosigkeit im Konkurrenzkampf gegenüber dem Großunternehmertum weit zu machen. Durch die Lohnklausel werden die Arbeiter gegen eine derartige Ausbeutung geschützt. Es wird dadurch allerdings der technische Rücksichtslosigkeit und wirtschaftlich unterlegenen Kleinbetrieb schwer belastet, und es wird ihm das Hauptmittel, konkurrenzfähig zu bleiben, genommen. Zu der Lohnklausel stehen in einem ganz merkwürdigen Gegensatz die Forderungen, deren Ziel gerade die Erhaltung des Klein-

Handwerks, des Mittelstandes. Die ganze Musterkarte der Mittelstands-
forderungen auf dem Gebiete des Submissionswesens hat z. B. das Grund-
schulgesetz Programm aufgenommen. Gegen die öffentliche Ausschreibung
des Submissionswesens ist ja nicht sehr viel einzuwenden. Weitere dieser
mittelstandstretterischen Forderungen betreffen die Vergütung nicht
ausschließlich an den Mindestfordernden, einen abgestuften Mittel-
preis, die Vergütung der Lieferung an Kleinwerbetreibende usw.
Bei einer Durchführung der Lohnklausel in dem von mir skizzierten
Umfange hat aber die sozialdemokratische Partei gar keinen Anlaß,
von dem Prinzip des Mindestfordernden abzugehen. (Sehr richtig!)

Gegen eine Erhöhung der Arbeitslöhne sind die Arbeiter ja dann ge-
stärkt durch die Lohnklausel. Alle jene Klagen sind im ganzen
nichts anderes als die Klagen des Kleinwerbetreibenden gegen die
technische und wirtschaftliche Überlegenheit des Großbetriebes;
wir wollen aber die Konkurrenz, wir wollen den technischen
Fortschritt nicht aufhalten, und wir wollen die Konkurrenz
nicht bekämpfen durch Rückfall in das Jänckerium, sondern
durch den Fortschritt zum Sozialismus. Das Verlangen
aber, den Mindestfordernden immer auszuscheiden, wie es z. B. bei
den Mittelstandsverfahren ist, läuft im Grunde auf eine Prämierung
der technischen Minderleistung hinaus. Gerade in diesem Mittel-
standsverfahren kommt die Mittelstandstretterei am schärfsten zum
Ausdruck. Die höchsten und die niedrigsten Gebote werden ab-
gegeben, und es wird ein Durchschnitt gezogen, der über die tech-
nische Fähigkeit der Unternehmer auch nicht den geringsten Ausschlag
gibt. Sicher ist dabei nur, daß die technisch überlegenen Betriebe
zurückgeschickt und die Lieferungen für die Gemeinden bedeutend ver-
teuert werden. Ebenso schädlich ist die turnusmäßige Vergütung
an Handwerker der Gemeinde. Die Stadt ist dadurch an unfähige
Handwerker gebunden und es resultiert daraus nichts anderes, als
eine Verteuerung der Preise, vor allem, da die Einzelpreise in Ver-
bindung mit den Meistern festgesetzt werden sollen. Es wird ferner durch
diese Vergütung im Turnus an die ansässigen Meister des Ortes
die auswärtige Konkurrenz ausgeschlossen. Es wird eine Mauer um
die einzelnen Gemeinden aufgebaut. Die Stadt soll doch kein
Objekt sein, das von den ansässigen Handwerkern ausgebeutet wird,
ebenso wenig wie wir zugaben, daß die Gemeinden vom Groß-
unternehmertum ausgebeutet werden. Wir können nicht dafür ein-
treten, daß dem kleinen Handwerkertum die Arbeiten übertragen
werden. Daß wir den Großbetrieb ausschalten, nur weil der kleine
Handwerker in der Stadt ansässig und eben Handwerker ist.
Gegen diese mittelstandstretterischen Forderungen gegen die Ver-
teuerung gewährt das Submissionswesen allein Schutz und
so weit nicht die eigene Regie, die wir ja prinzipiell
fordern, durchgeführt wird, müssen wir an den Sub-
missionen und an der Erteilung an die Mindestfordernden
festhalten. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß die Lohnklausel
in dem weiten Umfang, wie wir sie versprechen, in den Gemeinden
zur Durchführung gelangt ist.

In engem Zusammenhang mit dem Submissionswesen steht die
Forderung, daß es den Gemeindevertretern verboten sein soll,
Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen zu übernehmen oder sich an ge-
werblichen Unternehmungen zu beteiligen, die im Vertragsverhältnis
zu den Gemeinden stehen. Es wird eingewendet werden, daß be-
sonders in kleinen Gemeinden gerade fähige Parteigenossen dadurch
ausgeschlossen werden von der Teilnahme an der Verwaltung und es
wird ferner angeführt, daß es doch etwas merkwürdig ist, den
Räumern, denen wir durch unsere Forderung das tiefste Mikrotium auszusprechen,
zugleich durch unsere Forderung das tiefste Mikrotium auszusprechen.
Diese beiden Einwendungen haben etwas Nichtiges, aber trotzdem
müssen wir unsere Forderung festhalten, denn wir wollen vermeiden,
daß die Gemeindevertreter in Abhängigkeit von der Verwaltung ge-
raten. Das gilt besonders da, wo wir eine Magistratsverwaltung
haben und wo der Magistrat über die Vergütung von Submissionen
entscheidet. Ein Gemeindevertreter, der auf die Übernahme von
Gemeindeleistungen reflektiert, kann natürlich nicht in derselben
Weise Opposition machen gegenüber dem Magistrat und der leitenden
Partei, er wird versuchen, sich durch sein Wohlverhalten die Ver-
sicherung zu erlangen. Gewöhnlich kann die öffentliche Kontrolle
sehr viel machen, aber selbst in Ländern, wo die gesamte Gemein-
deverwaltung sich auf dem vollen Boden der Öffentlichkeit vollzieht,
hat es sich als notwendig herausgestellt, unsere Forderungen mit aller
Schärfe durchzuführen. In englischen Städten ist in den letzten
Jahren ein außerordentlich heftiger Kampf gegen das Korruptions-
wesen infolge der Teilnahme von Gemeindevertretern an Lieferungen
geführt worden, und eine Anzahl von Gemeinden hat Verordnungen
erlassen, die noch weit über unsere Vorschläge hinausgehen. Hinter
den bürgerlichen Parteien können wir aber doch unter keinen Um-
ständen zurückweichen. (Sehr richtig!)

Über unsere Forderungen auf dem Gebiete der speziellen Social-
politik besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Was schließlich
die Armenpflege betrifft, so habe ich einen Teil unserer Forderungen
bereits bei der Verwaltung des Volksschulwesens mit besprochen und
die übrigen Punkte dürften keinen Widerspruch finden. Ich bin also
am Ende meiner Ausführungen und kann Ihnen zum Schluß nur
noch die von mir vorgelegene Resolution zur wohlwollenden
Prüfung empfehlen. Ich habe mir das Ziel gesetzt, einmal
die große gewaltige Bedeutung der Kommunalpolitik zu
zeigen und ferner hervorzuheben, daß über einzelne Punkte
zahlreiche Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind,
deren Beseitigung unbedingt erforderlich ist. Auf keinem anderen
Gebiet unserer Parteitätigkeit ist die Gefahr größer, daß die großen
demokratischen und sozialistischen Grundlinien unserer Politik verdrängt
werden unter der kleinen Detailarbeit. Um so wichtiger ist es, daß
wir über die Grundlinien zur Klarheit kommen, denn aus der Klar-
heit wird die Einheit der praktischen Aktion geboren, deren wir auch
im Kampfe um die Kommunalverwaltung ebenso dringend bedürfen,
wie im Kampfe um die Staatsgewalt. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet. Außer der Resolution und den
Anträgen 88, 89, 90 werden noch folgende Amendements zu der
Resolution mit zur Diskussion gestellt:

1. Amendement Jettin, den Punkt 2a folgendermaßen zu fassen:
Durchführung des Prinzips der Einwohnergemeinde mit all-
gemeinem, gleichen direkten und geheimen Wahlrecht für die min-
desten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts, Aufhebung aller
Besitzprivilegien.
2. Amendement Hoffmann-Hamburg:
Unter a) 1 statt Regelung des Submissionswesens zu fassen:
Beseitigung des Submissionswesens und Übernahme aller Arbeiten
in eigene Regie.
3. Amendement Schubert-Berlin:
Unter c) 2 hinter spezielle Socialpolitik einzufügen: Volle
Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter und Beamten.
4. Amendement Schulz-Magdeburg:
Unter c) 1 statt Einheitschule zu fassen: Staatliche Einheits-
schule, Befolgung der Lehrer durch den Staat.

Frohme-Hamburg:
Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten gestatte
ich mir, einiges über die Stellung unserer Partei zur Kommunal-
politik zu bemerken. Es herrschen darüber ganz falsche Vor-
stellungen. Wir haben es in letzter Zeit erlebt, daß ein
bürgerlicher Socialpolitiker und in seinem Buch „Die Arbeiterfrage“
vorhört, die deutsche Sozialdemokratie habe sich herzlich wenig um
die Gemeinde gekümmert, sie begnüge sich damit, in ihrem Programm
die social bedeutungslossten Aufgaben der Gemeinde wie Schul-
und Armenwesen, einfach dem Staate zu überantworten; noch kein Partei-
tag der Gesamtpartei habe sich mit einer Erörterung darüber befaßt,
welche Stellung die Sozialdemokratie in den kommunalen Fragen
einnehmen solle; erst seit den von der englischen und französischen
Arbeiterbewegung erzielten Erfolgen sei ein Wandel eingetreten. Wir
wissen nun sehr wohl, daß in den letzten Jahren die bürgerlichen
Socialpolitiker an die Frage der Socialpolitik herangetreten sind,
um der Socialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen.
In Deutschland beschäftigt sich aber seit neuerer Zeit, wenn auch
nicht durchaus, so doch an vielen Orten die Partei sehr eingehend
damit; daß dies nicht schon früher geschah, liegt an der Entwicklung,
die die Socialdemokratie als eine Kampfpartei genommen hat. Erst

in neuerer Zeit trat infolge der organischen Entwicklung die Be-
deutung der Kommunalpolitik mehr und mehr in den Vordergrund.
Ohne daß ein Parteitag die Direktiven dazu gab, sind die
Genossen in den einzelnen Orten nach und nach in die
Kommunalpolitik eingetreten und haben dabei ganz respektable Erfolge
erzielt. Es ist kein Fehler, daß diese Entwicklung ohne die Mit-
wirkung eines Parteitages gekommen ist. Es ist richtig, daß in ver-
schiedenen Gemeindeprogrammen einzelne Forderungen nicht mit
unsern allgemeinen Prinzipien übereinstimmen; aber das ist nach
und nach beseitigt worden und jetzt ist mir kein Programm mehr
bekannt, welches sich nicht mit unsern Grundsätzen deckt. Es ist nur
in den Kreisen der Parteigenossen hier und da die leise Befürchtung
ausgesprochen worden, daß die allgemeine Beteiligung der
Partei an der Kommunalpolitik unsere allgemeine große Partei-
bewegung schädigen könne. Ich habe aber die Überzeugung, daß
dem nicht so ist. Es ist ferner in weiteren Kreisen schmerzlich
empfinden worden, daß noch nicht ein früherer Parteitag Direktiven
auf diesem Gebiete gegeben hat, nicht etwa, weil das an sich be-
sonders nötig ist, sondern weil die Gegner vielfach behaupten, die
Partei sei gleichgültig in Bezug auf die Kommunalpolitik, und es
empfehle sich deshalb aus taktischen Rücksichten, daß der Parteitag
eine Deklaration der bedeutenden Grundsätze und Forderungen der
socialdemokratischen Gemeindepolitik im Zusammenhang mit dem
Parteiprogramm giebt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es zu begreifen,
daß sich der Parteitag jetzt ansieht, bindende Stellung zu nehmen; dabei
hätte ich allerdings gewünscht, daß eine weniger umfangreiche Re-
solutionsvorlage vorgelegt worden wäre, wenn auch anzuerkennen ist,
daß der Referent vom besten Willen befeuert war. Die einzelnen Punkte
der Resolution kann man gelten lassen unter Voraussetzung, daß es
sich im allgemeinen nur um eine Richtschnur handelt. (Sehr richtig!)

Richt alle Punkte sind ohne weiteres für jedes Kommunalprogramm
verwendbar, man muß Rücksicht darauf nehmen, daß ein Unterschied
zu machen ist zwischen großen und kleinen Orten, zwischen den
Gemeinden, die unter der Städte-Ordnung, und denen, die
unter der Landgemeinde-Ordnung stehen; doch brauchen wir darüber
keinen großen Streit entzünden lassen. Mit allem Ernst
und allem Nachdruck aber müssen wir die Frage der Kommunalpolitik
selbst behandeln, da uns sonst die bürgerlichen Socialpolitiker
viel Wind aus den Segeln nehmen würden. Es kommt weniger auf
die Form an sondern darauf, daß wir der Sache selbst genügen,
und dazu wird beitragen, daß sich die Partei mehr als bisher diesem
Gebiete zuwendet. Es ist eine Wahrheit, die Dr. Singheim in
München ausgesprochen hat, daß die Gemeinden in ganz hervor-
ragendem Maße an der Umgestaltung der ganzen socialpolitischen
Verhältnisse mitwirken und einen ganz neuen socialpolitischen Orga-
nismus schaffen können, und die kommunale Selbstverwaltung ist
ein Mittel, das zur Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung
mitwirkt. (Bravo!)

Paul Hoffmann-Hamburg
vertritt seinen Antrag, statt Regelung des Submissions-
wesens zu fassen: Beseitigung des Submissionswesens und
Übernahme aller Arbeiten in eigene Regie. Seit annähernd
6 Jahren beteiligen sich auch die Hamburger Genossen an einem
eines Aktionsprogramms am Gemeindeleben. Dieses Programm ist
im allgemeinen in Übereinstimmung mit der Resolution, die einen
Leitfaden für die Arbeit unserer kommunalen Vertreter darstellen soll.
Es kann sich nicht darum handeln, das Submissionswesen zu regeln,
sondern zu beseitigen. Rechner verweist auf die großen Differenzen
zwischen Mindestgebot und Höchstgebot. Für Kleinunternehmer kann
seine Arbeiter gar nicht bezogen; die Folge ist, daß der Unter-
nehmer bei hohem Zuschlag einen großen Nachschub macht, oder daß
bei niedrigem Zuschlag alles auf die Arbeiter abgewälzt wird.
Schlimmste Lohnrückerei ist die Folge; dazu kommen die andern
Schäden, Hintergebungen der Gemeinde usw. In München liefern die
Schlichter der Garnison das Fleisch für 40 Pf., sie erhält 1 1/2
Pfund, das das Publikum nicht mehr nehmen will, aber für
Militärlieferungen noch gut ist. In Hamburg ist das Gaswerk in
eigener Regie, die Kohlen aber werden nicht direkt, sondern durch
einen Vermittler, den liberalen Bürgerlichkeitsvertreter Paradox
Müller bezogen; natürlich sind sie da teurer. Es ist richtig, daß
kleinere Gemeinden nicht in eigener Regie herstellen können, aber
die Zielpunkte müssen doch klar ausgesprochen werden. Die Stadt
ist kein Objekt, um von den Großunternehmern tributpflichtig gemacht
zu werden, und auch nicht dazu da, die kleinen Unternehmer auf
Kosten der Arbeiter zu erhalten.

Es sind zwei weitere Anträge eingelaufen: Leuter
beantwortet unter Punkt 3 Armenpflege mit aufzunehmen: ohne Ver-
lust des aktiven und passiven Wahlrechts. — Eichhorn beantragt,
Punkt 2 b zu fassen: „Beschränkung des staatlichen Aufsichtrechts“
und die weiteren Sätze dieses Punktes zu streichen.

Stolle-Berlin
vermischt eine Forderung in der Resolution, die zu verschiedenen
Malen von uns aufgestellt worden ist. Es heißt in der
Resolution: 3. Bau von Wohnungen und Verwertung derselben
zu Mietpreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten
sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt wird. Wir
haben gar keinen Anlaß, diese Amortisation zu fordern und die
Gewenart zu Gunsten der Zukunft zu belasten. Die Haupt-
einwendungen aber richten sich gegen die Aufstellungen der Resolution
in der Schulfrage. Ich bin erkaunt, den Referenten hier reaktionäre
Anschauungen verteidigen zu hören, wie sie aus dem Munde der
Adernann und Rehnert gekommen sind. Genau dieselben Gründe
machen auch die Herren gegen die Verstaatlichung der Volksschule
geltend. Der Referent erhebt auch nicht die Forderung
des obligatorischen Fortbildungunterrichts, die ein Dorn im Auge
unser Reaktionäre ist. Um so weniger dürfen wir darauf verzichten.
Weshalb hat der Referent nicht Schulforderungen unrespektabel
Kommunalprogramms übernommen? Sie lauten: Gefordert wird
vom Staate: 1. Heiligkeit der Schulen, 2. Einheitschule der Volksschule,
3. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den
Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen
Schüler der Volksschulen die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren
Ausbildung geeignet erachtet werden, 4. obligatorischer dreijähriger
Fortbildungunterricht für beide Geschlechter. Was Referent diesen
Forderungen entgegenstellt hat, ist nicht sehr stichhaltig, er sprach
genau wie unsere Reaktionäre von den engen Beziehungen zwischen
Gemeinde und Schule. Der Staat hat auch, wenn er Rücksicht zahlt,
nach unserer Auffassung nicht das Recht zu Eingriffen und Be-
schränkungen der Selbständigkeit der Gemeinden. Wer ein Freund der
Volksschule und der Lehrer ist, muß für ihre Verstaatlichung ein-
treten. (Sehr richtig!) Erhalten die Lehrer ihren Gehalt von den
Gemeinden, so geraten sie in unwürdige Abhängigkeit von den klein-
lichen Käufereien der Spießbürger. Können denn die armen Ge-
meinden unsere Forderungen noch einer guten geläuterten Volksschule
überhaupt erfüllen? Wir müssen aber für den Fortschritt nicht nur
in den großen, sondern auch in den tausenden von kleinen Ge-
meinden eintreten. Ich bin weiter erkaunt, daß der Referent
die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an höheren Schulen nicht ver-
langt hat. Ich beantrage folgende Fassung des Punktes über
die Volksschule: 1. Einheitschule der Volksschule, Unentgeltlich-
keit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen sowie in
den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschule,
die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung für geeignet
erachtet werden. 2. Festlegung der Massenrechnung, der Unterrichts-
zeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundrissen der
Schulhygiene und Pädagogik. 3. Obligatorischer dreijähriger Fort-
bildungunterricht für beide Geschlechter. 4. Rechtliche Verstaatlichung
des Schulwesens. 5. Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger
Kinder; an deren Stelle tritt Handfertigkeitsunterricht zu erzieherischen
Zwecken. In der Armenpflege vermischt ich in der Resolution die
„Übernahme der Armenlasten durch den Staat“. Wie können die
armen Gemeinden die ausreichenden Unterstellungen zahlen, wie wir
sie fordern, zumal in den Tagen des Brotmangels.

Singer:
Es wäre für mich sehr bedauerlich, in eine Diskussion der
einzelnen Forderungen der Resolution einzutreten. Ich möchte aber

für mein Teil sagen: Die Hauptbedeutung dieser Diskussion liegt
darin, daß wir endlich einmal für die Gesamtpartei Deutschlands
die Kommunalpolitik als einen Gegenstand betrachten, der ebenso
wie alles andere seine Direktive von der Gesamtpartei erhalten hat.
Wir können das Referat mit großem Danke begehnen; es hat in
seinem prinzipiellen Teil die Stellung eingenommen, die nach meiner
Meinung ganz unanfechtbar ist. Was die Einzelforderungen anlangt,
so möchte ich hervorheben, wie auch der Referent bereits gethan hat,
daß es keine schwierigere Aufgabe giebt als eine pragmatische Zusammen-
fassung der Forderungen für die Gemeindepolitik. Die Vielgestaltigkeit
des Gemeindelebens, die kolossale Verschiedenheit der materiellen und
intellektuellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der großen, der
mittleren, der kleinen Städte, der Dorfgemeinden, läßt es als fast aus-
geschlossen erscheinen, für alle glückliche Programmforderungen aufzu-
stellen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, unsere Grund-
sätze auch bei dem Gemeindeprogramm zur Geltung zu bringen,
wobei es selbstverständlich ist, daß diejenigen Gemeinden, die ent-
weder die einzelnen Einrichtungen für sich nicht brauchen können oder
materiell nicht in der Lage sind, sie einzurichten, nur insoweit von
dem Programm Gebrauch machen, als es ihrem Bedürfnisse ent-
spricht, um alles, was sie thun, in dem Geiste und dem Sinne dieses
Programms thun. Wir wollen durch die Auffstellung des
Programms veranlassen, daß unsere Genossen in den Ge-
meindevertretungen sich immer wieder bewußt sind, daß sie
als Socialdemokraten in diesen Gemeindevertretungen
sitten. Der Referent hat ja richtig darauf hingewiesen, daß bei diesen
Gemeindevertretern die Gefahr besteht, von der Kleinarbeit erdrückt
zu werden. Deshalb will das Kommunalprogramm als für die Leistung
Sie immer wieder darauf hinweisen, welche Pflichten Sie gegenüber
der Partei zu erfüllen haben. (Lebhafter Zustimmung.) Es kommt
also viel weniger darauf an, jede einzelne Forderung in das Pro-
gramm hineinzubringen, als die Grundsätze aufzustellen, nach denen
die Kommunalpolitik geleitet werden muß. Dabei ist selbst-
verständlich, daß man auch für die einzelnen Gebiete der Gemeinde-
verwaltung, wie es in der Resolution geschehen ist, Forderungen
aufstellt. Ich muß die Klage der Genossen darüber, daß
das Programm Ihnen etwas spät in die Hände gekommen ist, als
berechtigt anerkennen. Diese Tatsache sowohl wie die zahlreichen
eingegangenen Anträge, die Reihe von Meinungsverschiedenheiten in
Bezug auf Zusätze und Streichungen — es sind noch 23 Redner zum
Worte gemeldet — müssen uns zum Bewußtsein bringen, daß wir
diese für die Partei überaus wichtige Frage im gegenwärtigen
Stadium unserer Verhandlungen nicht zu Ende bringen können. (Wiel-
fach sehr richtig!) Diese Fragen sind viel zu wichtig, als daß man
sie, um ein Programm zu haben, über das Knie brechen könnte. Sind
wir so lange auseinander, so kommen wir auch 1 oder 2 Jahre
länger aus. (Zustimmung!) Wir müssen uns vertraut machen mit
dem Gedanken, daß wir die Sache heute nicht zum Abschluß bringen
können, und deswegen gestalte ich mir folgenden Antrag einzubringen.
Ich bin der Meinung, daß das außerordentlich anregende, lichtvolle
Referat für die spätere Bearbeitung dieser Frage von großem Werte
sein wird, und beantrage ich folgende Resolution, die ich als einen
Geschäftsordnungs-Antrag einbringe:

Zu Erwägung, daß die Einzelberatung der vorliegenden
Resolution zur Zeit unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag,
den Gegenstand von der Tagesordnung abzulegen — nicht aber
den Gegenstand zur Tagesordnung überzugeben, dazu ist er doch
zu wichtig — und beauftragt den Parteivorstand, das Referat, die
Resolution und die eingelaufenen Anträge sowie das in dem
bereits vorhandenen Kommunalprogramm enthaltene Material zur
Ausarbeitung von Forderungen für die socialdemokratische
Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage
zur Verabschaffung zu unterbreiten. Diese Vorlage ist so zeitig
zu veröffentlichen, daß vor dem Beschlusse des Parteitages eine
ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann.

Wenn diese Resolution angenommen wird und der Gegenstand
damit für heute von der Tagesordnung abgesetzt wird, dann wird
erreicht, was eigentlich erst einmal in der Beratung eines
solchen Gegenstandes erreicht werden kann, d. h. die Partei ist ein-
getreten in die Vorberatung eines für die Gesamtpartei glücklichen
Kommunalprogramms; und wenn ich mir gestattet habe, für den
Vorstand nicht die Verpflichtung auszusprechen, daß er die Vorlage
bereits dem nächsten Parteitag bringen wolle, so hat das darin seinen
Grund, daß wir einem sehr arbeitsreichen Jahre entgegen gehen und
es vielleicht nicht möglich ist, diese Aufgabe zu erfüllen, weil ander-
weitige Interessen der Partei zunächst gewahrt werden
müssen. Ich möchte bitten, die Resolution anzunehmen und sich auch
damit einverstanden zu erklären, daß die Veröffentlichung so
zeitig erfolgt, daß eine ausgedehnte Diskussion möglich ist. (Sehr
richtig.) Noch ein paar Worte, wie ich mir die Ausführung dieser
Bestimmung denke. Der Parteivorstand ist durchaus nicht der
Meinung, daß er in seinen Mitgliedern, die unergründliche Weisheit
alles zu können, in sich schließt. (Heiterkeit.) Nach meiner Meinung
soll, wie bei allen andern Fragen, auch hier der Parteivorstand nur
diejenige Stelle sein, von der die Sache ausgeht, gefördert und
gewahrt wird. Ich denke mir, daß diejenigen, die schließlich an
die Arbeit gehen, sich zusammensetzen aus Genossen möglichst
aller Landesteile, selbstverständlich dem Referenten, einer
Reihe in praktischer Arbeit bewährter Genossen, namentlich
aber auch aus Genossen aus den verschiedenartigsten Gemeinden in
Bezug auf großer und materieller Leistungsfähigkeit. Wenn diese
zusammenarbeiten, und das Ergebnis ihrer Arbeit einige Monate
lang in der Presse und in den Versammlungen diskutiert wird, dann
kommen wir zu einer Vorlage, die ermöglicht ein für alle Teile
gültiges, theoretisch und praktisch brauchbares Kommunalprogramm
zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist noch ein Antrag Auer-München: In dem Ab-
schnitt „Socialpolitik“ unter Ziffer 1 der Resolution folgenden Passus
zu streichen: „Verbot der Übertragung von Gemeinde-Arbeiten und
Lieferungen an Gemeindevertreter etc.“

Der Antrag Singer, der präjudizeller Natur und alle übrigen
Anträge, sowie die ganze weitere Debatte und das Schlußwort des
Referenten erledigt, wird mit einer an Einstimmigkeit grenzenden
Majorität angenommen.

Damit ist Punkt „Kommunalpolitik“ erledigt.

Das Wort erhält nunmehr zur Verhinderung im Rahmen
der Controloire

Meister,
der Bericht über die Beschwerden des Korrektors Vieh vom „Vorwärts“
erstattet. Ich habe bereits mitgeteilt, daß kurz vor dem Zusammen-
tritt des Parteitages noch eine Beschwerde des Korrektors Vieh ein-
ging, weil ihm seine Stellung seitens der Betriebsleitung gekündigt
wurde. Die Controloire haben die Sache untersucht und können
nur ihr Bedauern ausdrücken, daß die Kündigung nicht schon vor
5-6 Jahren erfolgte. Andererseits müssen sie aussprechen, daß die
Kündigung im allgemeinen Interesse unbedingt erfolgen mußte, da
das Verhältnis Viehs zu seinen Kollegen und zur Betriebsleitung
ein völlig unhaltbares war. Vieh hatte auch keinerlei Ursache, sich
eigentlich zu beschweren, denn die Betriebsleitung hat eine Langsam gegen
ihn bewiesen, wie sie wohl selten vorkommen wird, und auch in ma-
terieller Beziehung ist mehr für ihn geschehen, als er erwarten durfte.
Ich bitte deshalb, die Beschwerde zurückzuweisen.

Der Antrag der Beschwerdeformulierung wird ohne Debatte ge-
nehmigt.

Es wird sodann in die Behandlung des 4. Punktes der Tages-
ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl
eingetreten. Außer der Resolution Bebel sind hierzu einschlägig die
Anträge 10 und 11.

Singer giebt zu bedenken, daß für das Verhalten bei Stich-
wahlen die Resolution Bebel schon Direktive giebt, er stellt es des-
halb den Antragstellern frei, sich der Resolution anzuschließen und
ihre Anträge zurückzuziehen; andernfalls würden diese als Amend-
ments zu behandeln sein.

Die Anträge 10 und 11 werden nicht hinreichend unterstützt, so
daß nur noch die Resolution Bebel zur Debatte steht.
(Schluß im Hauptblatt.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntagmorgen eine Flugblattverbreitung stattfindet. Treffpunkt früh 7 Uhr nur bei Schellhase, Hornstraße.

Spandan. Die Parteigenossen werden nochmals dringend ersucht, sich an der morgigen (Sonntag) hierfindenden Flugblattverbreitung recht kräftig zu beteiligen. Treffpunkt: morgens 7 1/2 Uhr in den bewohnten Bezirkslokalen.

Nummelsburg. Am Dienstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Café Bellevue eine Protestversammlung gegen den Fleischwucher statt. Referent ist Reichstags-Abgeordneter H. Weus. Alles Nähere siehe Inserat in der Sonntagsnummer. Zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh wollen sich die Genossen bei den Bezirksführern melden.

Tokales.

Feine Kundschaft.

Einige Berliner Blätter haben in der letzten Zeit Mitteilungen über das Treiben einer Frau gebracht, die beschuldigt wird, in Berlin und mehreren andern Orten Hochstapeleien verübt zu haben. Es handelt sich um die geschiedene Ehefrau des Schriftstellers Dr. Schettler, die aber zu ihren Gaunereien verschiedene Namen von vornehmerem Klang benützt hat. Frau Sch. hat, als ihr in Berlin der Boden zu heiß wurde, einige Oshiebäder besucht, um dort ihr Geschäft fortzusetzen, hat sich dann, eine Geisteskrankheit simulierend, in die Berliner Irrenanstalt Herzberge geflüchtet und ist schließlich von der Polizei hier ermittelt und zur Haft gebracht worden.

Die Abenteuer dieser Frau sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Sie ist keine von den Hochstaplerinnen gewöhnlicher Sorte, die immer wieder nur mit den alten, abgebrauchten Mitteln arbeiten. Zwar der von ihr angewandte Trick, auch den „Spirituismus“ für ihre Zwecke zu verwerthen und sich als „Medium“ auszugeben, ist ebenfalls längst nicht mehr neu. Aber von besonderem Reiz (wem man so sagen darf) ist der Umstand, daß der Frau Schettler vorgeworfen wird, ihre Verbindung mit der „Geisterwelt“ zu einem Kuppelgeschäft ausgebeutet zu haben, das für sie eine weitere Einnahmequelle gebildet habe. Die unternehmende Dame hielt aus begreiflichen Gründen auf „feine“ Kundschaft. Und sie soll in den sogenannten besten, d. h. zahlungsfähigen Gesellschaftskreisen, die sich in ihrer im noblen Westen Berlin gelegenen Wohnung ein Streicheln geben, nicht nur für ihre mediumistische, sondern auch für ihre kupplerische Thätigkeit hinreichendes Verständnis gefunden haben. In der Darstellung, die durch die bürgerlichen Blätter verbreitet wird, ist diese Seite der skandalösen Affäre nur leise angedeutet. Wir wollen uns daher gestatten, einige notwendige Zusätze zu machen.

Als Teilnehmerin an Frau Schettlers Schwindeleien wird eine Konzertsängerin S., die junge, augenscheinlich noch un-erfahrene Tochter eines ehrenwerten Volksschullehrers aus einer brandenburgischen Provinzialstadt, genannt. Diese S. ist aber offenbar selber ein Opfer der Schettler. Sie stand so völlig unter dem Einfluß des „spirituistischen“ Hofkaplans, den die Sch. ihr vormachte, und glaubte so selbst am die Beziehungen der Sch. zur „Geisterwelt“, daß sie ein willenloses Werkzeug in den Händen des „Schreibmediums“ war. Den „Geistern“ zu Liebe, die der Sch., wenn sie im „Trance“ war, ihre Wünsche und Befehle in die Feder diktierten, that Fräulein S. alles, was von ihr verlangt wurde. Auf Geheiß der „Geister“ nannte sie sich Rita v. Moon und ließ sich dazu herbei, Briefbogen mit entsprechendem Monogramm und einer Grafenkrone zu benutzen, wovon die Sch. zweifellos einen größeren Erfolg bei den reichen Gimpeln, die sie rufen wollte, erwartet hat. Der anfängliche Verdacht, daß Fräulein S. sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt gewesen sei, scheint durch die bisherige gerichtliche Untersuchung nicht bestätigt worden zu sein. Man hat sie auf freiem Fuß belassen und sie wird in dem Verfahren gegen die Sch. voraussichtlich als Zeugin auftreten. Welche Nacht dieses Weib über das Mädchen hatte, beweist der Umstand, daß Fräulein S. in Briefen, deren Wortlaut durch das „Schreibmedium“ aus der „Geisterwelt“ bezogen wurde, sogar ihren alten Eltern in ihr bishigen Ersparnis ab-nützte und es der Sch. ausliefern ließ.

Klarheit über die Beziehungen, die zwischen Fräulein S. und der Schettler bestanden, wird vermutlich durch die gerichtliche Verhandlung geschaffen werden. Wird sich dabei aber auch Gelegenheit finden, im Lichte der Offenheit der noblen Herrschaften zu betrachten, die bei der Schettler ein- und ausgegangen oder sonstwie mit ihr in Verbindung gekommen sind? Man sagt, es seien recht angelegene Personen darunter gewesen. Aber wie dem auch sei — es müssen mindestens sehr zahlungsfähige Leute gewesen sein, die bei Frau Sch. zusammen kamen. Umsonst giebt eine Schettler keine „spirituistischen Séancen“. Umsonst dürfte sie auch die junge Konzertsängerin nicht durch ihren „mediumistischen“ Schwindel dazu gedrängt haben, sich einem der Gäste hinzugeben. Fräulein S. folgte dem Geheiß des „guten Geistes Schwester Bischen“; gegenwärtig steht sie ihrer Verbindung entgegen.

Welche Rolle die zahlungsfähigen Herren gespielt haben, die sich unter dem Schutze der Frau Schettler vergnügten — wird man das in der gerichtlichen Verhandlung erfahren? Wird die Frage beantwortet werden, wer von der „feinen“ Kundschaft an das „Medium“ geglaubt hat, oder wer die Sch. als Hochstaplerin erkannt, aber um ihrer Kuppeldienste willen weiter zu ihr gehalten hat? Da könnte man am Ende noch recht interessante Einblicke in das Leben und Treiben unserer „besten“ Gesellschaftskreise erhalten.

Der Magistrat hat auf Antrag der Schuldeputation gestern beschlossen, aus Anlaß der Einführung der neuen Lehrpläne eine Veränderung in der Zahl der von den Direktoren, Lehrern und Lehrerinnen zu erteilenden Lehrstunden herbeizuführen, und zwar in der Weise, daß die Direktoren der beiden obersten Gehaltsstufen 10 Stunden, die Lehrer der ersten Gehaltsstufe 24, der zweiten bis vierten 26 Stunden, die Lehrerinnen der ersten, zweiten und dritten Gehaltsstufe nur 22 Stunden Unterricht wöchentlich erteilen. Durch die Herabminderung der Zahl der Stundenunterrichts wird eine große Zahl von technischen Lehrerinnen entbehrlich. Um die jetzt schon bonierend beschäftigten technischen Lehrerinnen weiter beschäftigen zu können, wird die Höchstzahl der über 50 Jahre alten Fachlehrerinnen auf 22 ermäßigt; im übrigen wird die Erteilung von Zuzununterricht auf den Unterrichtsstufen der Anknüpfung durch Lehrerinnen, sowie die Teilung von Klassen im Handarbeitsunterricht die Möglichkeit zur weiteren Beschäftigung der technischen Lehrerinnen bieten. Die Neuannahmen von technischen Lehrerinnen ist in Berlin vorwiegend auf eine lange Reihe von Jahren nicht möglich. Die Änderungen werden mit der Einführung der neuen Lehrpläne am 1. Oktober d. J. nach erfolgter Zustimmung durch die Stadtverordneten-Versammlung in Kraft treten.

Der Abbruch des Akademiegebäudes unter den Linden ist schon für das nächste Frühjahr in Aussicht genommen. Es gilt jetzt für die Akademien der Wissenschaften und der Künste anderweitig

eine vorläufige Unterkunft zu finden. Wie verlautet, sind die Gebäude der akademischen Hochschule für Kunst dafür aussersehen. Bekanntlich wird das umfangreiche Gelände der alten Akademie später im wesentlichen für den Neubau der königlichen Bibliothek verwendet werden, dessen Plan vom Geheimen Rat Jhne schon ausgearbeitet ist.

Kritik des Polizeipräsidenten? Die Blätter melden: Der Polizeipräsident v. Windheim, welcher am 1. September in Urlaub gegangen war, ist gestern unerwartet wieder in Berlin eingetroffen. Man bringt diesen kurzen Nachurlaub mit gewissen Plänen des Kaisers in Bezug auf Herrn v. Windheim in Verbindung. Wie nach dem „D. S.“ verlautet, steht demnächst der Uebergang des Polizeipräsidenten in ein andres Staatsamt bevor, und zwar soll es sich um eine Verwendung in einem Ministerium handeln, das den Jugendfreund des Kaisers in besonders nahe Verührung mit seinem Monarchen bringen würde.

Ein großer Diebstahl an Uhren und Schmucksachen ist in der Nacht zu gestern in dem Hause Oranienstraße 152 verübt worden. Der Uhrmacher G. Scharnow hat hier an der Ecke des Moritzplatzes einen Laden, der an der Straße keinen Eingang besitzt, sondern nur vom Flur aus zugänglich ist. Das Schaufenster war erst Donnerstag neu angebracht worden, gestern morgen fand man es leer. Die Zeitschriftsuchte um 6 Uhr vergeblich Einlaß in das Haus und machte Lärm. Hausbewohner, die sie hierdurch weckte, haben, daß der „kille Portier“ abgestellt war und daß Diebe in den Scharnowschen Laden eingedrungen waren. Die Eindringlinge, wie ihre Spuren erkennen lassen, vom Hofe ausgegangen. Wie sie dorthin gekommen sind, steht noch nicht fest. Vielleicht kamen sie von einem Nachbargrundstück über den niedrigen Bretterzaun. An der Hofthür sprengten sie mit einem scharfen Eisen die beiden Flügeln auseinander, so daß eine Leiste abbrach. Die Flurthür zum Laden leistete mit einem schweren Beschlag von Eisenblech ihren scharfen Centrumsbohrern, mit denen sie das Eisenblech mit Erfolg bearbeitet hatten, Widerstand. Die Spigbuben machten sich jedoch nun an den Thürposten, schnitten das Schloßlager heraus und verschafften sich so Eingang, ohne das Schloß zu beschädigen. Um sich gegen etwaige Ueberwachungen zu sichern, hatten sie den „kille Portier“ abgestellt. Die ausgehauenen Holzstücke und abgedrehten Steinsteile hatten sie in eine Ecke des Flurs getragen, damit sie nicht darüber stolpern. Hinter dem verschlossenen Ladenvorhang konnten sie nun ungehindert ihre Auswahl treffen. 150 goldene Damen-Memontouren, 150 goldene und silberne Herren-Memontouren und viele goldene Ringe und Arm-bänder nahmen sie mit. Ein Brett mit schwarzen Stahl-uhren liegen sie liegen. 7 Duzend Uhren, die sie für goldene hielten und sich aneigneten, werden ihnen einige Enttäuschung bereiten, denn es sind nur Doppelbleiten. Außer dem Eigentum des Uhr-machers erbeuteten die Eindringlinge auch noch verschiedene Uhren, die ihm zum Ausbessern übergeben waren, u. a. eine goldene Herren-Memontouren-Uhr, die 500 Mark wert ist. Eine Klempnerfrau aus dem Hause führte die Spigbuben noch kurz vor 6 Uhr bei der Arbeit. Sie ging durch das Nebenhaus Nr. 151, das ebenfalls einen Zugang nach dem Hofe hat, auf die Straße, um einen Schuttmann zu holen. Da sie in der Nähe keinen sah, lehrte sie wieder um und schlug die Hofthür zu, um die Verbrecher einzusperren. Während sie nun aber noch nach einem Schlüssel suchte, brachen die Spigbuben die Thür wieder auf und entliefen. Im Laden hatten sie nichts als ein Paar braune Socken zurückgelassen. Der Bestohlene ist bei der „Bibel“ versichert. Der Einbruch erinnert in der Art seiner Ausführung ganz an die bei Greve in der Friedrichstraße und bei Boie in der Königgräberstraße verübten.

Ein internationaler Hochstapler hat in Berlin eine kurze Gastrolle gegeben. In einem unserer ersten Hotels erschien vor einigen Tagen ein junger Mann, der sich Robert Zeibel nannte, und nahm ein Zimmer. Der Gast erzählte, daß er der in der ganzen Welt bekannte Hotelbesitzerfamilie Zeibel aus Jermait angehöre und aus Heringdorf von der Kur komme. Da er mit den Verhältnissen der Familie Zeibel zur Bescheid wußte und auch von dem Unfall erzählte, der sie vor drei Jahren traf, indem ein junger Zeibel — angeblich sein Bruder — abstürzte und seine Mutter vor Gram darüber starb, so gewann er leicht das Vertrauen des Hotelbesizers und seiner Angestellten. Besonders freundschaftlich trat er sich dem Wächter an, um ihn bald darauf in einer augenblicklichen Verlegenheit um 200 R. zu erleichtern. Der junge Mann hatte ohne Zweifel noch größere Pläne. Bei einem der ersten Gradeure later den Linden bestellte er sich Bisttenkarten auf den Namen „S. A. Le prince Robert de Broglie“. Die Karten sollten aber ja noch am selben Tage fertig werden. Als das dennoch nicht gelang, ordnete er an, sie ihm am nächsten Tage in einem Hotel ersten Ranges unter den Linden zugestellt. Am nächsten Tage war jedoch Herr Zeibel verschwunden und Le prince de Broglie nirgends zu finden. Es war auch die höchste Zeit, daß er sich mit den 200 R. begnüge und aus dem Staube mache. Denn aus Heringdorf kam gerade die Anzeige hierher, daß er dort vergessen hatte die Hotelrechnung zu bezahlen und daß mit ihm ein Ueber-ziehler verhandelt. Der Hochstapler ist etwa 25 Jahre alt und 1,70 Meter groß. Er spricht ausgeprägt schweizerisch, macht einen sehr vertrauenswürdigenden Eindruck, hat einen schwarzen Schnurrbart und eine Zahnfülle und trägt u. a. den gestohlenen Ueberzieher, der dunkelgrün und nach der neuesten Mode gemacht ist.

Schwere Unfälle. Der 28 Jahre alte Arbeiter Julius Kuhn aus der Wallstr. 95 sollte gestern nachmittag Federballen vom Bahnhof holen. Ein 2 1/2 Centner schwerer Kasten fiel ihm auf den Leib und brachte ihm einen Bedenken, eine Leberzerrung und Rippenquetschungen bei. — Der 25jährige Arbeiter Paul Plettman aus der Goethestraße 9 zu Rixdorf stürzte auf dem Neubau der städtischen Klinik infolge eines Fehltrittes vom Dach ein Stockwerk herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. — Der 75 Jahre alte Seiler Friedrich Dauenfeld aus der Königgräberstraße 64 wurde dort vor dem Hause Nr. 40 von einem Geschäftswagen überfahren und ebenfalls schwer verletzt. Die Verunfallten wurden von Schuttmännern nach der Charité gebracht.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche der 68 Jahre alten Schneiderin Louise Krause aus der Friedriehstr. 232 beschlagnahmt worden. Es wird behauptet, daß ein durch seine Prozesse und Reskamen bekannter Heilmittelhersteller an ihrem Tode schuld sei.

Strafenperrung. Die Prinz Albrechtstraße wird wegen Ausführung von Straßenarbeiten von heute ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Der letzte Fall, daß die Feuerwehr zweimal in einer Nacht nach ein und derselben Brandstelle gerufen wird, ereignete sich in der Nacht zum Freitag, und zwar in der Reuen Friedrichstraße 66. Hier kam gegen 8 Uhr im Dachstuhl aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das einen größeren Umfang annahm, so daß die Wehr sofort mit mehreren Schlauchleitungen vorgeht. Dennoch dauerte es fast eine Stunde, bevor die Flammen erstickt wurden. Als die Wehr kurze Zeit in ihr Depot zurückgekehrt war, wurde sie von neuem nach derselben Brandstelle gerufen, wo unmittelbar neben dem alten Brandherde abermals Feuer ausgebrochen war. Der Brand war aber bei Anbruch der Wehr bereits wieder weit vorgeschritten und hatte die Wehr nochmals längere Zeit mit mehreren Korden tüchtig Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Allem Anschein nach liegt Brandstiftung vor. — Freitag früh 6 Uhr hatte die Wehr auch in der Großen Kron-furterstraße 128 längere Zeit zu thun. Hier war in einer Einöföbrill im vierten Stock des Seitenflügels auf noch nicht ermittelte Weise ein Brand entstanden, der allerhand Wertgegenstände, Fenster usw. beschädigte. Donnerstagnachmittag hatte die Wehr in der Potsdamstraße 112 in einem Keller ein Feuer zu beseitigen, das allerlei Gerümpel ergriffen hatte. Durch Selbstentzündung von Preß-höhlen war kurz darauf auf dem Kohlenplatz in der Schöneberg-straße 22 ein Brand entstanden, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Abends 9 Uhr wurde die Wehr nach der Lesingstr. 37 gerufen, wo in einem Keller ein Feuer ausgebrochen war, dessen Ab-lösung indes bald erfolgen konnte. Außerdem hatte die Wehr in

der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Lindenstr. 72 und von der Lesingstr. 12 zu verzeichnen, die jedoch beide auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Der große Preis von Deutschland, welcher nunmehr am Sonntag auf der Radrennbahn Kurfürstendamm zur Entscheidung gelangt, vereint in den drei Zwischenläufen zumächst 8 Fahrer, die durch ihren Sieg in dem jeweiligen Verlauf startberechtigt geworden sind; es sind dies Ellegaard, Arend, Grogna, Seidl, Heering, Quisson, Gros und Kubela. Zu diesen kommt nun noch ein Fahrer, der aus einem für alle 25 unplatzierten Fahrer offenen Hoffnungslauf sich herausgehoben soll, der selbst wieder vier Vorläufe macht.

Die Preisrichter der großen Rauten-Ausstellung, die der Centralverein deutscher Rautenzüchter gestern im Etablissement Suggenhagen am Moritzplatz eröffnet hat, haben die Hauptpreise, die von der Landwirtschaftskammer bewilligte Provinzialmedaille, sowie die goldene Vereinsmedaille und zwei der Ehrenpreise dem Gastwirt Adolf Engel zu Reinickendorf verliehen, der prächtige belgische Riesen- und Zucht-Schlachtkaninchen ausgestellt hat. Die beiden andern Ehrenpreise erhielten Maschinenbauer Bruno Thiele-Werdenau für englische Widder und Rüstner Max Vethge-Berlin für Gelwurz aus Kaninchenzellen. Die Ausstellung, die aus allen Teilen der Mark, aus Bremen, Oldenburg, Mecklenburg, Pommern, Schlesien, Nassau, aus Thüringen, vor allem aber aus der Provinz und dem Königreich Sachsen reich besetzt ist, giebt einen Beweis von dem Aufschwung, den die Kaninchenzucht in Deutschland genommen hat.

Im Circus Schumann, der heute wieder mit seiner Spielzeit beginnt, tritt eine Truppe von Leuten auf, die, wie es im gutem Zeitungsdeutsch heißt, zur Zeit im Vordereffekt der Aktualität stehen werden. Es sind Einwohner von Martinique, jener unglücklichen Insel, die unter den fühlbarsten vulkanischen Katastrophen zu leiden hat. Unter den 25 Männern, Frauen und Kindern, die der Impresario Gehring nach Europa gebracht hat, befinden sich farbige der verschiedensten Gattungen, vom tiefen Schwarz bis zum hellen Weiß. Die guten Leute sind durchaus civilisiert und wissen sich mit einer gewissen Eleganz zu bewegen. Ihre Sprache ist ein verdorbenes Französisch. Die Künste, in denen sie sich produzieren, sind Musik und Tanz. Im Orchester der Männer wirbelt es wie bisher bunt durcheinander, und es ist nicht leicht, herauszubekommen, daß Harmonie und Melodie in den zum besten gegebenen Tönen steht. Sehr hübsch dagegen sind die Tänze, die behend und geschmackvoll, wenn auch mit südlicher Lebhaftigkeit ausgeführt werden. An der Tracht der Westindier ist nichts besonderes zu bemerken; nur daß die Frauen sich in leuchtende Farben kleiden und einen eigentümlichen turbanähnlichen Kopfpuz tragen. Ohne Zweifel werden die Leute aus Martinique bei der Bevölkerung Berlins die gebührende Beachtung finden.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg Protest gegen die Fleischsteuerung. Die Lichtenberger Gemeinde-Vertretung hatte in ihrer gestrigen (Donnerstags) Sitzung Gelegenheit, zur Frage der Fleischnot Stellung zu nehmen. Es lag ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, bei den Reichs- und Landesbehörden die Aufhebung der Grenzsperrre als Ursache der Fleisch-steuerung zu befrworten. Gemeindevorsteher Weß (Soz.) begründete den Antrag, unter Hinweis auf die schwere Benachteiligung der mittelvermittelten Bevölkerung durch die Fleischnot. Es sei eine der vornehmsten Aufgaben der Kommune, für die Gesundheit der Bewohner zu sorgen; die Sperre der Grenze gegen die Fleisch-einfuhr entziehe den Arbeitern die zur Erhaltung ihres Körpers notwendige Fleischnahrung und schädige so ihre Gesundheit. Lichtenberg mit seiner überaus zahlreichen Arbeiterbevölkerung habe die besondere Verpflichtung, für die Aufhebung der Grenzsperrre einzutreten. Gemeindevorsteher Zietzen erkannte an, daß die Fleischpreise zur Zeit in der That außergewöhnlich hoch seien. Ein baldiges Sinken der Preise werde von jedermann ohne Unterschied der Parteilichung herbeigeseht. Der Gemeindevorstand werde immer in der Lage sein, dem vorliegenden Antrage beizutreten. Es sei durchaus nicht erwiesen, daß die Grenzsperrre an den hohen Fleischpreisen schuld sei, es kämen dabei noch viele andre Momente in Frage. Abgesehen davon, wüßte er daran erinnern, daß die Petition der Gemeindevertretung gegen den Polltarif seinerzeit von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden sei. Auch im vorliegenden Falle handle es sich um eine Angelegenheit, die nach Entscheidung des Ober-verwaltungsgerichtes politischer Natur ist und nicht in die Kompetenz der Kommunen gehöre. Gemeindevorsteher Direktor Plog (liberal) tritt dieser Auffassung entschieden entgegen, es handle sich um eine rein wirtschaftliche Frage, die gerade für Lichtenberg von großer Bedeutung sei. Seine Freunde würden dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen. Gemeindevorsteher Zietze (kons.) ist gegen die Abendung einer Petition in Sachen der Fleischnot. Das Reichsamt in Berlin um 5 Pf. das Pfund billiger sein, wenn der Magistrat an seinem Viehhof weniger verdienen wollte. Nach längeren Auseinandersetzungen gelangte schließlich der Antrag auf Abendung einer Petition gegen die Grenzsperrre mit 14 gegen 11 Stimmen zur Annahme.

Die Verhaftung des ehemaligen Lehrers G. D. ereigt in Spandan viel Aufsehen. Er hatte im Jahre 1893 aus unbekanntem Grund freiwillig sein Amt aufgegeben und seine Familie in Brandenburg zurückgelassen. G. hat nun unter Vorpiegelung falscher Thatfachen in Spandan, Charlottenburg, Berlin und Potsdam seine ehemaligen Klassenbrüder und Mitschüler um Darlehen gebeten und diese auch zum Teil in größerer Höhe erhalten. Da sich seine Angaben nachher als durchaus falsch erwiesen — er erwiderte überall den Anschein, als ob er noch im Amte sei und nur durch eine unvorhergesehene größere Geldausgabe anlässlich einer Erbschafts-regulierung in augenblickliche Verlegenheit geraten sei, — ist er jetzt festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt worden.

Der Plan der Stadtverordung unres Vororis Wilmersdorf ist vorläufig zu Wasser geworden. Zu drei verschiedenen Malen war die Gemeindevertretung in den letzten Jahren die Regierung der städtischen Verfassung und Entloftung aus dem Kreisverband angegangen, und besonders in der letzten Zeit schien es, daß dies Bestreben Erfolg haben sollte. Da über-raschte der Landrat des Kreises Teltow vor einigen Tagen den Gemeindevorstand mit folgendem, vom 9. September datierten Schreiben:

Der Herr Minister des Innern hat durch Erlosch vom 20. Juli 1902 bestimmt, daß dem erneuten Antrage auf Verleihung der städtischen Verfassung auch jetzt noch keine Folge gegeben wird, weil weder die bisherige Gefamtwicklung der Gemeinde, insbesondere auch die noch unzureichende Verschmelzung ihrer behauten Teile, zur Zeit schon die Umwandlung in eine Stadtgemeinde rätlich erscheinen läßt, noch andererseits anzunehmen ist, daß die einwirkliche weitere Ver-befaltung der ländlichen Gemeindeverfassung notwendig der ferneren gesunden Entwicklung hinderlich sein wird.

Ich erlaube, der Gemeindevertretung hiervon Kenntnis geben zu wollen und ihr anheimzustellen, zur besseren Verwaltung der Gemeindegeschäfte besoldete Beamte gemäß dem Gesetze vom 20. Mai 1902 anzustellen.

Die Art, wie die ablehnende Haltung der Regierung in dem Schreiben des Landrats begründet ist, wurde von der Gemeinde-vertretung am Donnerstag mit einiger Heiterkeit aufgenommen. Das Schreiben ist ein Verlegenheitsprodukt, man will offenbar, nachdem Rixdorf und Schöneberg aus dem Kreisverband ausgeschieden sind, einen so fetten Bissen wie Wilmersdorf vorab noch nicht fahren lassen. Die Gemeindevertretung wählte eine Kommission, welche die undankbare Aufgabe übernehmen soll, die Regierung von der Unrichtigkeit ihrer Argumente zu überzeugen.

Die Gemeindevertretung von Wilmsdorf hatte sich gestern mit der Abänderung der Besoldungsordnung der Volksschullehrer und Lehrerinnen zu beschäftigen. Die Gehaltsverhältnisse wurden demnach geregelt, daß das Gesamteinkommen, die Mietentschädigung eingeschlossen, im Anfang sich bei Rektoren auf 3200 M., bei Lehrern auf 2000 M. und bei Lehrerinnen auf 1600 M. stellt. Das Einkommen steigt bis zum 29. Dienstjahre bei Rektoren und Lehrern alle drei Jahre um 200 M., so daß das Höchstgehalt bei Rektoren 5000 M., bei Lehrern 3800 M. beträgt. Bei den Lehrerinnen steigt das Einkommen alle drei Jahre um 100 M., so daß es im 29. Dienstjahre sich auf 2500 M. beläuft. Höhere Gehälter werden in Schöneberg gezahlt, wo das Gesamteinkommen der Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen im ersten Dienstjahre 3300 M., 2000 M. und 1600 M. ausmacht und auf 5100 M., 3850 M. und 2550 M. steigt. In Friedenau und Steglitz ist das Einkommen der Lehrer ebenso hoch wie in Wilmsdorf; niedrigere Gehälter zahlen Lichterfelde, Nizdorf und Tempelhof.

Im alten Ortsteil von Wilmsdorf sowie in Halensee sind noch zwei Nachtwächter von der Gemeinde angestellt, welche auch das Schließen der Haustüren besorgen. Vom 1. Oktober wird der Sicherheitsdienst ausschließlich von Polizeibeamten und Gen darmen versehen; für das Schließen der Haustüren werden wie in Berlin von einer Hausbesitzer-Vereinigung besondere Schlichter angestellt.

Unsere Parteigenossen hatten in Gemeinschaft mit zwei bürgerlichen Vertretern den dringlichen Antrag gestellt, die Gemeindevertretung möge den Gemeindevorstand auffordern, angesichts der Pleichnot die Regierung um Aufhebung der Grenzperre anzugehen. Mit 11 gegen 8 Stimmen lehnte die Gemeindevertretung es jedoch ab, den Antrag als einen dringlichen zu betrachten, und so wird die Pleichnot erst in der nächsten Sitzung das Ortsparlament beschäftigen.

Eine Neuwahl zur Gemeindevertretung findet am 21. und 22. Oktober statt. Es ist an Stelle des im März d. J. doppelt gewählten Herrn Siple, der das Mandat der ersten Abteilung angenommen hat, in der dritten Abteilung ein Hausbesitzer zu wählen.

Verfassungen.

Die im Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften hielten am 17. September im großen Saale von Koller eine Versammlung ab, die vom Ausschuss des Gewerkschaftskartells einberufen worden war und an der etwa 1200 Personen teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand: Sind die Mitglieder des Vereins der Töpfer Berlins Streikbrecher? — Kater (Maurer) referierte. Nach der bekannten Stellungnahme des Töpferverbandes und der Gewerkschaftskommission gegen den genannten Verein sei zu untersuchen, ob man denselben wirklich den Vorwurf einer Streikbrecher-Organisation machen könne. Wenn man stillschweigend darüber wegginge, könnte morgen oder übermorgen irgend einer anderen, dem Kartell angeschlossenen Organisation derselbe Vorwurf gemacht werden. Die Benennung der Mitglieder des Vereins der Töpfer als Streikbrecher sei veranlaßt durch eine Handlung, die nur das Resultat davon sei, daß gewisse Gewerkschafter glaubten, ganz allein das Recht zu haben, die Arbeiter zu organisieren, und zwar nur nach einer ganz bestimmten Schablone zu organisieren. Das Verhalten der Verbände gegenüber den anders organisierten Berufsangehörigen und der Kampf, den die Gewerkschaftskommission eröffnet habe, kämen der Diktatur gleich, die von der heutigen Gesellschaft über alle Arbeiter ausgeübt werde. Jetzt verlange man sogar, daß den sogenannten Lokalorganisationen, deren meiste Mitglieder zur Sozialdemokratie gehörten, das Wahlrecht verweigert werde. Das wäre nur das Nächste, was geschehen könnte. Ob man damit im großen Berge bereiten würde, das trägt sich noch, das behalten wir vorläufig noch für uns. — Der Haß gegen den Berliner Töpferverein sei ein besonders großer, weil sich hier alte Gewerkschafter zusammengetan hätten, die immer noch festhielten an der alten Organisation und die alten Grundzüge aufrecht erhielten, daß die Organisation nur dazu dienen dürfe, vom Unternehmertum bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen und geistig hochstehende Menschen zu erziehen. Wie sei nun der jetzige Konflikt vor sich gegangen. Erst im April dieses Jahres habe der Vorstand des Töpfervereins von der Ansicht des Centralverbandes erfahren, einen paritätischen Arbeitsnachweis mit der Zustimmung zu schaffen. Natürlich habe man auch mitreden wollen in der Frage. In einer Versammlung, wo Redner den Vortrag hielt, hätten die vom Altgewerkschaften angeführten Verbandstöpfer jedoch solchen Vorschlag gemacht, daß sie resultatlos verlief. Die dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Töpfer berieten wieder eine Versammlung ein, zu der alle Verbandstöpfer Zutritt gehabt hätten, und diese habe mit übergroßer Majorität sich gegen den paritätischen Arbeitsnachweis erklärt und beschloffen, den Gesellenausschuß mit einer entsprechenden Stellungnahme bei der Innung zu beauftragen. Trotzdem hätten die Verbände im Gewerkschaftshaus eine neue Versammlung abgehalten und für den paritätischen Nachweis gestimmt. So sei der paritätische Arbeitsnachweis zu stande gekommen unter Regieren einer Organisation und nach gewaltsamer Verhinderung einer Versammlung dieser Organisation. Und die Leute, die man so behandelt habe, die ausgeschlossen waren von der Mitwirkung, deren Beschluß man nicht beachtet habe und die deshalb glauben, sich nicht an die Beschlüsse der Innung über Verweigerung des Arbeitsnachweises halten zu brauchen, die bezichtigt man des Streikbruchs. Das sei einfach merkwürdig. Die Verbände seien nicht davor zurückgeschreckt, die Töpfer der Kartellrichtung mehrfach zwangsweise aus der Arbeit zu verdrängen, darunter die ältesten Führer ihrer Organisation. Wenn man so unmoralisch behandelt werde, könne man sein Kreuz natürlich nicht zu noch weiteren Schlägen hinhalten; da müsse man sich vielmehr strikte auf den Standpunkt stellen, alle die Beschlüsse zu verneinen, die einseitig und ohne Mitwirkung der dem Kartell angehörigen Berufsangehörigen von den Leuten der Centralverbände gefaßt würden. Nur nach den eigenen Beschlüssen sei in solchen Fällen zu handeln. Kein Sozialdemokrat könne verlangen, daß man sich unbefehlig etwas anfügeln solle, wo man nicht mitreden und nicht mitgehört habe. Der Töpfern, die zum Kartell gehörten, könne man nur mit auf den Weg geben, daß sie richtig gehandelt hätten und nur so weiter fortfahren möchten. Die Konsequenzen würden die Anhänger des Gewerkschaftskartells gemeinsam tragen. (Lebhafter Beifall.)

Zuppenlag verbreitete sich im allgemeinen über die Differenzen zwischen Centralverbänden und Lokalvereinen und mahnte den Verbänden die Schuld bei. — Wiener (Maler): Den lokalorganisierten Malern gehe es jetzt wie den Töpfern. Der Centralverband habe mit der Innung einen beschämenden Tarif abgeschlossen, wogegen erstere Stellung genommen hätten, indem sie mit großer Majorität sich dagegen erklärten. Töpfer Paul führte unter anderem aus, daß der Gesellenausschuß, mit dem die Berliner Innung nur noch verhandeln wolle, bei aller für die ganzen Berufsangehörigen wichtigen Fragen nicht in breiter Öffentlichkeit Bericht erstatte etc., sondern sich immer an den Verband halte, obwohl auch die Töpfer der anderen Richtung ihn mit gewöhnt hätten. So sei es in der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises ebenfalls gewesen. Man habe die Lokalorganisierten gar nicht beachtet, und als sie Stellung nahmen und hierzu die Verbandskollegen eingeladen hätten, habe man ihre Verammlung gestört, voran der Altgewerkschaft John. Die von ihnen einberufene Versammlung vom 26. Juni, die sich mit großer Majorität gegen den paritätischen Arbeitsnachweis erklärte und den Gesellenausschuß beauftragte, die nötigen Schritte zu thun, sei von einer großen Zahl von Verbandskollegen besucht gewesen. Die Mitglieder des Gesellenausschusses hätten gleichwohl sofort in der Versammlung die Ausführung des Auftrags abgelehnt, weil ihn angeblich nicht ihre Mäher erteilt hätten. Da man den Verein der Töpfer nicht zur Sache hinzugezogen, seine Stellung dazu und den eben erwähnten Beschluß nicht beachtet habe, sei vom Verein sein Arbeitsnachweis, zu dessen Aufhebung auch sonst kein Grund vorliege, aufrechterhalten worden und habe Stellen wie

bisher weiter vermittelt. Darauf das Geschrei von Streikbrecherverein und von Streikbrechern, die Sperren wegen Nichtbenutzung des paritätischen Arbeitsnachweises gemäß dem Verbandsbeschlusse und so weiter. Nach Lage der ganzen Sache habe der Verein der Töpfer gar nicht anders handeln können und nicht sein Verhalten, sondern das des Verbandes und der Gewerkschaftskommission sei verwerflich. (Beifall.)

Hiller (Plauer), Jenz (Maler), Hoffmann (Töpfer), Moride (Metallarbeiter), Straffer (Tapezierer) und Kleinlein sprachen sich zu der behandelten Sache selber ebenso aus wie die Boredner, wandten sich zum Teil principiell gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, in deren Anerkennung sie einen Rückschritt sahen, und belächelten lebhaft das System der Centralverbände. Hoffmann (Töpfer) behauptete, daß jetzt, wenn auf einem von Töpferarbeit in Aussicht sei, Gesellenauschussmitglieder zu dem Meister ließen und darum täten, doch den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen, da dort 200 Töpfer eingeschrieben seien. Dies Vorgehen wäre entwürdigender als das Ansprechen der einzelnen. Ebe man eine solche Vermittlung mitmache, lasse man sich lieber zehnmal einen Streikbrecher nennen. (Beifall.) — Straffer forderte dazu auf, gegen etwaige Verluste, Lokalorganisierte aus den Wahlvereinen auszuschließen, beizeiten Front zu machen, wenn auch auf einen solchen Ausschluß gar nicht zu rechnen wäre. — In seinem Schlusswort betonte Kater, daß die Verbände nicht aus Geschäftigkeit gegen die Centralisation, sondern lediglich aus principiellen Gründen belächelt würden.

Es wurde beschlossen, die Lokalorganisation der Töpfer aufzufordern, in einem Flugblatt die ganze Angelegenheit im einzelnen zu schildern. Ferner wurde gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

In Erwägung: 1. daß die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise für das Töpfergewerbe in Berlin und Steglitz lediglich zwischen der hiesigen Filiale des deutschen Töpferverbandes und der Berliner und Steglitzer Zwangsinnung vereinbart sind, mit vollständiger Uebergehung des Vereins der Töpfer Berlins und des Gesellenausschusses beantragte, das Zustandekommen dieses paritätischen Arbeitsnachweises zu verhindern; 2. daß ein Arbeitsnachweis des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend unter alleiniger Kontrolle der Arbeiter seit Jahren bestand und sich sehr gut bewährt hatte, auch zur Zuziehung der Arbeitgeber jetzt gar kein Grund vorhanden war;

3. der neue sogenannte paritätische Arbeitsnachweis von der Verbandsfiliale nur deshalb eingerichtet worden ist, um dadurch den Arbeitsnachweis des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend zu vernichten und den Verein zur Auflösung zu bringen, beschließt die Versammlung: 1. Die Mitglieder des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend können mit Recht nicht verpflichtet oder gezwungen werden, ihren Arbeitsnachweis aufzugeben und den sogenannten paritätischen zu benutzen. 2. Es ist eine Annahme der Verbandsleiter, die mit Entschiedenheit zurückzuweisen ist, wenn sie diejenigen Töpfer, die ohne den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen, durch den Arbeitsnachweis des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend können mit Recht nicht verpflichtet oder sonstwie zu maßregeln suchen. 3. Besonders erhebt die Versammlung ganz entschieden Protest gegen die im „Vorwärts“ vom 20. August mitgeteilten Beschlüsse der Versammlung der Berliner Filiale des deutschen Töpferverbandes vom 14. August, wonach die Mitglieder des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend wegen Nichtbenutzung des paritätischen Arbeitsnachweises als Streikbrecher zu betrachten und aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten sind. Weiter beschließt die Versammlung: Alle Beschlüsse der Verbandsorganisationen, die für den ganzen Beruf maßgebend sein sollen und die gefaßt sind ohne Hinzuziehung einer dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Organisation, sind für letztere nicht bindend.

Töpenitz. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein hielt am 16. September seine Versammlung im Wilhelmspark an. Genosse Litfin-Voritz hielt einen Vortrag über „Heimatpolitik“, welcher beifällig aufgenommen wurde. Ferner wurden acht Genossen in den Wahlverein aufgenommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. September, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 68. Gemeindefiliale, 21. Frankfurterstr. 6. Versammlung. Freireligiöse Predigt, um 10½ Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professors Dr. Albert Gehrle: „Die alte und die neue Reformation.“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 21. September, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 16; Lichtbilder: Abend 1. Aiken und seine Denkmäler (Vortrag von Prof. Dr. Seiler). 2. Im Fänge durch die Welt. Eine Serie der interessanten Städte, Landschaften, Kunst und Baudenkmäler der Erde. (Vortragende: Herr W. Rex, Projektur, Herr A. Vorbel.) Eintritt 30 Pf. inkl. Getränke. Billets nur an der Kasse. Nachdem gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (S. S. 29. Hamburg.) Mitglieder-Versammlungen am Sonnabend, abends 9 Uhr: Filiale Berlin 3, bei Bergener, Reichendergerstr. 157. — Filiale Berlin 4, bei Wertheim, Andreasstr. 26. — Filiale Berlin 5, bei Wolke, Reihingstr. 68. — Filiale Nizdorf, bei Bilde, Kirchhofstr. 41.

Am Sonntag, vormittags 9½ Uhr: Filiale Berlin 8, bei Schirn, Wabstr. 19. — Filiale Berlin 9, bei Fischer, Wabstr. 8.

Vermishtes.

Nordpol-Expeditionen. Aus Stockholm wird berichtet, daß die Nordpol-Expedition Eberdrups nach vierjähriger Reise am Freitag nach Norwegen zurückgekehrt ist. Die Expedition landete bei der Insel Ulstve. Am 27. Juni 1898 nach Otto R. Eberdrup, Hansens Begleiter auf dessen Durchquerung Grönlands und Kapitän der „Fram“ auf dessen Nordpol-Expedition, in Christiania in See, um im Westen Grönlands durch den Smith-Sund nach Norden vorzugehen. Der Staat Norwegen hatte Eberdrup die „Fram“ zur Verfügung gestellt, deren innere Einrichtung der Forscher auf Grund der Erfahrungen auf der Ranfens-Rahrt (1893—1896) auf eigene Kosten hatte umbauen lassen: Konstruktionschef und der Großhändler A. und E. Rignes hatten die erforderlichen Gelbmittel gewidmet.

Aus New York wird über Bearhs Ankunft weiter gemeldet: Der in Sydney (Cap Breton-Insel) eingetroffene Nordpolfahrer Peary teilte mit, daß 84 Grad 17 Min. die höchste nördliche Breite gewesen sei, die er erreicht habe, und zwar nordwestlich von Cap Pelear; der Refektor des Herzogs der Abruzzen, der bis 86 Grad 33 Min. nördlicher Breite gelangte, ist somit von Peary nicht geschlagen. Ferner berichtete Peary, daß das Polarship „Fram“ mit Eberdrups Expedition am 8. August von Goodhoun die Heimreise angetreten habe.

Zum Morde in Bologna. Die Gräfin Bonmartini soll ein volles Geständnis abgelegt haben. Sie hat danach mit ihrem Bruder, dem Dr. Murri, die Ermordung ihres eigenen Gatten verabredet. Dr. Raldi, ein guter Freund ihres Bruders, habe Beihilfe geleistet; außerdem habe sie sich eines Mädchens Namens Bonetti bedient. Das gesamte Vordervermögen des Grafen wurde auf die Seite geschafft. Gegen die Gräfin ist Anklage wegen Diebstahls und Beihilfe zur Ermordung ihres Gatten eingeleitet worden. Sie befindet sich im Gefängnis zu Bologna, wohin auch der inzwischen verhaftete Dr. Raldi und das Mädchen Bonetti gebracht worden sind.

Die Verhaftung der Gräfin hatte natürlich in Bologna das peinlichste Aufsehen hervorgerufen. Sie gestaltete sich überaus dramatisch. Um 1/3 Uhr brachte Polizei-Oberinspektor Castagnoli in die Wohnung Professor Murris den Postbefehl gegen Teodolinda Murri, verwitwete Gräfin Bonmartini, 30 Jahre alt, beschuldigt des Toichlags und Diebstahls. Sobald der Professor, bei dem sein Bruder die Polizei erwartete hatte, erfuhr, daß tatsächlich die Tochter verhaftet werden sollte, gab er sich der äußersten Verzweiflung hin. Die Gräfin lag im Bett, und bei ihr war die Tante, die den Vertretern der Behörde

mit Thränen sagte, die junge Frau sei in einem Zustand, in dem ihre Ueberführung ins Gefängnis eine Unmöglichkeit sei. Auch der Assistent des Professors, Dr. Silbagni, stimmte dem bei. Der Ober-Inspektor erklärte nun, daß wenn sich die Gräfin weigere, ihm zu folgen, sie nur die Umstände erschwere. Die Gräfin wollte sich mit dem Vater beraten, er ließ ihr aber sagen, sie solle nach eigenem Ermessen handeln, raten könne er ihr nicht. Sie erklärte nun dem Inspektor folgen zu wollen. Man besah ihr, sich anzukleiden. Sie zog sich höchst sorgsam an und sprach den Wunsch aus, den Vater nicht zu sehen. Dieser wartete aber auf dem Treppenaufgang, laut weinend, und lästete sie oft auf den Mund und auf die Hände. Auch die übrigen Verwandten weinten laut, die Gräfin dagegen blieb kalt und verzog keine Miene. Sie wurde ins Gefängnis von San Giovanni in Monte geführt, wo ihr ein Zimmer zugestanden wurde. Die Gräfin trägt fortgesetzt die größte Gleichgültigkeit zur Schau, auch wenn man ihr von ihren kleinen Kindern spricht, die noch in Jähren in der Pflege von zwei Frauen sich befinden.

Aus Ala wird berichtet: Der Advokat Murri, der nach seinem eignen Geständnis der Mörder des Grafen Bonmartini in Bologna ist, wurde hier durch den Polizeikommissar Dr. Rudi verhaftet.

Witterungsübersicht vom 19. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohm m.	Wind- richtung	Wolkenh.	Wetter	Stationen	Barometer hohm m.	Wind- richtung	Wolkenh.	Wetter	
Swinemünde	765 B	3 heiter	9	Regen	1	Doparanda	753 B	6	Regen	1
Hamburg	769 B	3 heil. bed.	9	Regen	1	Beiersdorf	—	—	—	—
Berlin	768 B	3 wolflg.	9	Regen	1	Garl	769 B	5	wolflg.	1
Frankf. M.	772 B	1 heiter	8	Regen	1	Aberdeen	—	—	—	—
München	772 B	2 heiter	8	Regen	1	Paris	772 B	2	wolflg.	6
Wien	770 B	1 wolflg.	13	—	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. September 1902. Vielwolke, am Tage etwas wärmer, bei schwachen, nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

M. 20. Vorn machen, Radou machen.
M. 25. Abfahrt vom Stettiner Bahnhof. Alles Nähere erfahren Sie dort durch die Auskunftstelle.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis 80.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Genosse

Julius Irmler

nach kurzem Leiden im Alter von 65 Jahren am Donnerstag, den 18. September, gestorben ist. Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 4 Uhr (nicht um 5 Uhr), wie anderweitig angegeben, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 4½ Uhr, verstarb nach kurzem Leiden mein lieber Mann, der Puher Julius Irmler im Alter von 65 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 21876 Die trauernde Witwe Auguste Irmler geb. Drenkow.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands (Zweigverein Berlin) Sektion der Putzer.

Unsern, sowie den Mitgliedern des Gefangenvereins der Puher zur Nachricht, daß am 18. September unser Mitglied

Julius Irmler

verstorben ist. Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Filiale II, Posamentiere. Die Beerdigung unseres Kollegen Albert Schuffelbauer findet Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nordborer Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Ihre feinen Andenken. Zahlreiches Erscheinen erwünscht 1976 Der Vorstand.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Johanna Conrad

geb. Gürgens nach langen, schweren Leiden durch den Tod erlitten ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 51002 Um stille Beileid bittet Wilhelm Conrad, Puher, nebst Kindern.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Minna Krantzi

geb. Grochert am Mittwoch, den 17. d. M., nach längerem Leiden und infolge einer Operation verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Nazareth-Gemeinde, Daldorfer Chaussee, aus statt. Der trauernde Gatte mit Kindern Fritz Krantzi, Equistr. 4.

Verband der Fabrik-, Land- Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin). Am 14. September verstarb durch Ueberfahren das Mitglied

Czerwinske.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. September, nachm. 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Lichterberg, Krugweg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Daufjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unfrei guten Vaters, des Schankwirts Emil Bieberstein, sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern aufrichtigsten Dank. Auguste Bieberstein 21755 nebst Kindern.

Daufjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders Heinrich Zoschke sagen wir allen unsern herzlichsten Dank, besonders dem Arbeiter-Gefangenverein „Vorwärts“ I. SO. 21746 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel, Prinzessstr. 41.

Spezialarzt für 35/10° Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,60, Nordhäuser 0,45-1,35. Liqueure, Eiercognac, Citronen-u. Himbeersaft. Chaussee-Strasse 55.

Port- u. Ungarweine gut u. billigst Carl Schindler, Chaussee-Strasse 55.

Reisszeuge

und einzelne Bestandteile derselben erhält man in grösster Auswahl und bester Ausführung nur im Special-Geschäft von

Ernst Riek

Inh.: Carl Buttendorff

Berlin N.

Weinbergsweg 15 b, das 2. optische Geschäft von Rosen-thaler Thor.

Reisszeuge

für Schüler von Mk. 1,25 bis 10,00 für Techniker von Mk. 6,00 bis 60,00. Bitte genau auf Firma und Haus-Nummer achten, um sich vor Nachahmern zu schützen.

— 15b —

Fachmännisch angepasste vorzüglich sitzende Brillen und Plincoen von Mk. 1,25 bis 40,00.

Neugold Pincenez

Krankenkassen und Aerzte.

Zu diesem Thema erhalten wir eine weitere Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Ich bin seit fünf Jahren Arzt der Gastwirtskasse und habe in dieser meiner Eigenschaft zu meiner Freude gesehen, daß alle Bestrebungen meiner im Vorstand sitzenden Parteigenossen, die von einem rein sozialistischen Geiste getragen waren, den Erfolg nicht vermissen ließen. Man kann dem Vorstand keine Animosität gegen die Aerzte vorwerfen. Es sind zahllose Beschwerden der Mitglieder gegen die Aerzte vorgekommen, Beschwerden, die einen nicht sozialistisch gesinnten Vorstand — ich spreche hier immer von dem im Vorstand sitzenden, die Majorität repräsentierenden Arbeitnehmern — zum Einschreiten gegen die Aerzte bestimmt hätten. Der Vorstand beurteilte das Verhältnis der Aerzte zu den Mitgliedern von einer höheren Seite aus, immer wieder nahm er eine der Situation gerecht werdende vermittelnde Stellung ein. Im Laufe der Jahre hatte sich der Einfluß der sozialistischen Mitglieder des Vorstandes mehr und mehr vermindert. Kein Wunder, daß sich in den Reihen der maßgebenden Parteigenossen das Bestreben geltend machte, ein veraltetes System über den Haufen zu werfen. Mehr Aerzte! lautete die Parole. In der medizinischen und politischen Tagespresse war gegen die Ortstasse der Gastwirte schon lange eine gewisse Mißstimmung des Publikums zum Ausdruck gekommen. Noch nicht 20 Aerzte für 18 000 Mitglieder! Welches ungeheuerliches Verhältnis! Der Vorstand mußte schließlich dem Drängen seines eignen Gewissens und der öffentlichen Meinung nachgeben, mußte der General-Versammlung eine Erhöhung der Aerzetzahl empfehlen, selbstverständlich nur unter der Bedingung, daß das gesamte Aerzthonorar nicht zu vermindern sei. Eine vernünftige Arbeitsverteilung, eine planmäßige Regelung des ärztlichen Dienstes schwebte den beteiligten Faktoren vor. Ein Mißverhältnis war aber nach einer andern Richtung hin bemerkbar. Für die Gastwirtskasse besteht das Dienstaltersstufen-System; stillschweigend, ohne kontraktlichen Zwang, wurde das Honorar der einzelnen Aerzte von Zeit zu Zeit erhöht. Das Anfangshonorar betrug tausend, das Endhonorar nach einer längeren Reihe von Zwischenstufen zweitausend Mark. Wohlgemeint! Die Leute, die zweitausend Mark bezogen, hatten im Laufe des Jahres im Durchschnitt keine größere Zahl von Patienten zu behandeln, als die Kollegen mit niedrigem Honorar. Zahlen beweisen! Der Vorstand der Kasse hat eine fünfjährige Statistik ausarbeiten lassen, eine Statistik, die Hände redet, die die gefälschte Beweisführung des Fräulein Dr. Wiggold nicht wie ein Kartenhaus zusammenwirft. Im Jahre 1900 bekam der bestbezahlte Arzt 65,8 Pf. pro Konsultation, der am schlechtesten bezahlte 18 Pfennige; im Jahre 1901 bekam ein Arzt mit 1800 M. Gehalt 78,9 Pf. pro Konsultation, ein anderer mit 1200 M. Gehalt 21,3 Pf.

Derjenige Arzt, der das hohe jährliche Honorar von 2000 Mark bezieht, ist der einzige von allen, der mit Genossin Dr. Wiggoldin vollkommen übereinstimmt. Gehört dieser Mann, der sich in kombinierter Sitzung rühmt, eine jährliche Wohnungsmiete von viertausend Mark zu zahlen, vielleicht auch zu den ärztlichen Proletariats? Wie mag dem armen, im Vorstände sitzenden Reiner, der vielleicht ein Schlagfeld von monatlich sechs Mark zahlt, zu Mut gewesen sein, angeführt eines ärztlichen Proletariats, dessen jährliches Budget sich auf zehntausende von Mark beläuft? Zahlen beweisen! Bei Dr. Wiggoldin preist die hohen wirtschaftlichen Ziele des Vereins der freigewählten Kassenzurück. Ihre Argumentation zielt dahin, daß die Ortstasse der Gastwirte ihren Proletariats von Aerzten die „gewerkschaftlich“ festgesetzten Lohn nicht bezahle. Natürlich! Soweit ich mich entsinne, ist das Honorar pro Konsultation im Verein der freigewählten Kassenzurück in keinem Vierteljahr über 40 Pfennige hinausgegangen. Die Ortstasse der Gastwirte zahlte pro Konsultation durchschnittlich im Jahre 1898 46 Pfennige, 1900 41 Pfennige, 1901 45 Pfennige, die Kasse hofft, daß pro 1902 die Konsultation mit über 60 Pfennige bezahlt werden wird.

Die Ortstasse der Gastwirte hat bisher an jährlichem Honorar für die fixierten Aerzte 25 400 M. bezahlt, sie beabsichtigt, unter dem neuesten System 33 200 M. zu zahlen. Ja, als der Mann, dem die organisierten Gastwirtsgehilfen ihr Vertrauen schenken, hoffe, den Vorstand auf eine Gesamtsumme von 37 700 M. heraufzuziehen. Die neue Maßnahme des Vorstandes wird ihm von den reinsten Motiven diktiert; seine Beweisführung ist die denkbar lausige. Getreu ihrem Prinzip, überall den Hebel der Organisation anzusetzen, verkleinert er die Reviere. Die ärztliche „industrielle Reservearmee“ soll von der Strafe gebracht werden. Er will vorbildlich wirken, er will gleichsam ein Kabinetsmitglied sozialistischer Organisation herstellen. Kein Zweifel! Auch das Dienstaltersstufenstadium wird noch fallen, die ältesten Aerzte sind wahrhaftig nicht immer die besten. Ja, wird aber der eine oder andere Parteigenosse einwenden: Wo bleibt denn die freie Arztwahl? Die präcise Antwort unsererseits lautet darauf, daß wir in der „freien Arztwahl“ nur ein Provisorium sehen. Wieder mit dem durch die unbeschränkte freie Arztwahl repräsentierten System der wilden Konkurrenz, (noch die bessere Organisation!) So lange unsere Kräfte noch schwache sind, so lange weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung unsern Bestrebungen apathisch gegenüberstehen, haben wir uns mit dem bestehenden Wirtschaftssystem abzufinden; auf die speziellen Verhältnisse angewendet wollen wir die unbeschränkte freie Arztwahl, die wir im Prinzip mißbilligen, immerhin noch ertragen. Steht sie doch einen wesentlichen Fortschritt gegen das frühere unrentable Chaos dar, einen Fortschritt, der uns allerdings anspornen soll, eine höhere Stufe zu erklimmen.

Nun aber verlangen zu wollen, daß alle Krankenkassen sich dem Verein der freigewählten Kassenzurück bedingungslos unterwerfen sollen, das geht gegen meinen sozialistisch gesinnten Verstand. Meine geschätzte Gegnerin, die Genossin Dr. Wiggoldin, spricht mit wenig Einsicht und viel Verhasen von dem Verein der freigewählten Kassenzurück als einer „Gewerkschaft“. Das Fräulein wird noch mehrere logische Salto mortale unter dem mich erschütternden Jubel ihrer Anhänger vollführen. Nach der Anschauung des Fräulein Doktor hat auch die Ständekammer noch ein Wortchen mitzureden. Die Ständekammer ist die zweite „Gewerkschaft“, der das Fräulein angehört. Ich würde der Genossin sehr dankbar sein, wenn sie vielleicht für den Anfall dieser Gewerkschaften an die in Hamburg domizilierte Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Propaganda machen würde. Ich gehöre zu den Centralisten unter den Parteigenossen, die Genossin vielleicht zu den Kolonialisten. Nun kann können wir eventuell den Genossen Legion und v. Elm durch unsern Einfluß keine Freude machen, wöhlan, Genossin: Wenn Sie dem Prinzip des lockeren Föderalismus huldigen, dann sorgen Sie wenigstens dafür, daß sich Ihre Gewerkschaften mit den Kolonialisten verbinden. Die Kolonialisten kann sich darauf verlassen: eine ärztliche Gewerkschaft, die auf sozialistischem Boden steht, gleichviel ob auf sozialistischem oder centralistischem, wird sowohl von mir wie dem Kassenvorstande respektiert werden.

Alle Vergleiche hinten, der vom Fräulein Doktor angeführte weist eine schwächere Gehörung auf, er ist lendenlos. Soll die Methode des Vereins der freigewählten Kassenzurück maßgebend werden für die weitere Entwicklung der Kassenzurück? Rimmermehr! Nach der Meinung dieses Vereins ist das einzig anständige, von den Krankenkassen zu zahlende Honorar pro Kopf und Jahr 3/4 M. Wenn die Preisliste weiter steigen, wenn das Brot noch mehr verteuert wird, dieses Minimum vielleicht auf 4 oder 5 M. erhöht werden. Der Arbeiter hat dann das Vergnügen, nicht nur den Brot- und Fleischlohn in beträchtlicher, unerschöpfbarer Höhe zu erblicken, er hat auch die ärztliche Hilfe teurer zu bezahlen. Wo findet die den Krankenkassen angelegte Daumenstunde ihr Ende? Was mein Gewerkschaftsgefühl am meisten verletzt, sind die bittorischen Gelüste des Vereins gerade der Gastwirtskasse gegenüber.

Jahre lang hat der Verein die Gastwirtskasse ungehindert gelassen, jetzt, in demselben Augenblicke, in dem die Kasse eine Erhöhung des Gesamtgehalts vornehmen will, greift er mit eiserner Faust zu. Gewisse juristisch anscheinbare formale Momente sind ihm gerade gut genug, um an einer notleidenden Kasse ein Beispiel zu statuieren. Und notleidend ist diese Kasse. Da ist der große Gewerkschaftenverein, Duzende von Junglingskassen, die die gewerkschaftlichen Bedingungen des Vereins nicht erfüllen. Heraus mit dem Fieberwisch! Weshalb geht Ihr nicht gegen stärkere Gegner vor? Wir, die wir nicht die Absicht haben, Eure Schläge mit den hinteren Partien unseres Körpers zu parieren, treten offen vor Euch hin. Allen Kollegen, die sich unsern höheren Zielen widersetzen, werfen wir den Fehlbekanntschau hin. Weshalb ist gerade diese Kasse, der eine einzige Beitragserhöhung die Existenz kosten kann, weshalb ist gerade diese Kasse, die eine gewaltige Konkurrenz mit der entsprechenden Junglingskasse auszuhalten hat, der Gegenstand Eurer zerstörenden Experimente? Wir, die wir ein Einsehen haben, die wir den hohen Wert der Organisation, in diesem Falle auch den geistlich festgelegten, anerkennen, werden als „Streikbrecher“ bezeichnet. Ist denn niemand da, der Euch zur Raison bringt? Ein großer Mann hat einmal gesagt: „Der kleinste Arbeiterverein gilt kulturhistorisch mehr als die Schlacht von Königgrätz.“ Die Epigonen dieses Mannes, die Kleinen und Allerleinsten, schimpfen denjenigen Streikbrecher, der Arbeiterorganisationen aufrecht erhalten will. Wir sind selbst dann noch Streikbrecher, wenn wir den Jüngeren unter und einen Pfloß auf unserm Arbeitsfelde einräumen. Das verstehe, wer will.

Es ist leicht, vom grünen Tische herab unsere Maßnahmen zu kritisieren. Ich wende mich vertrauensvoll an die Ältern unter Euch, an die Männer mit der schwierigen Faust und dem strengen Herzen. Ich habe oft genug Schulter an Schulter mit Euch gestanden. Eure Interessen waren auch die meinigen. Jetzt sorgt dafür, daß unsere Grundzüge rein erhalten werden. Laßt nicht vom Kapitalismus Euch umgarnen! In unserer Partei hat nicht derjenige den größten Einfluß, der auf dem prächtigen Geldsack sitzt, sondern der, der im Kampfe sich am tapfersten gezeigt hat.

Zu Ruh und Frommen aller derjenigen, die noch etwas lernen können und wollen, resümiere ich mich dahin: Der Vorstand der Gastwirtskasse hat seine Aerzte bisher anständig honoriert und wird sich weiter anständig honorieren. Ihre Honorare übertreffen diejenige des Vereins der freigewählten Kassenzurück. Zwar zahlt die Kasse pro Kopf und Jahr weniger, als die dem Verein angeschlossene Kasse aber in Anbetracht dessen, daß seine Arzneiverordnung betrieben wird, in Anbetracht dessen, daß viele Mitglieder der Gastwirtskasse das Krankenhaus aufsuchen und somit der lastendsten ärztlichen Behandlung entzogen werden, ist das Honorar pro Konsultation höher, als bei den oben genannten. Die Untersuchungsdauer für die Mitglieder beträgt nur dreizehn Wochen. Eine Kasse, die nicht im Stande ist, ihren Mitgliedern 26 bis 32 Wochen Krankengeld zu gewähren, gehört zu den notleidenden. Es ist mein fester Entschluß, dieser schwer bedrängten Kassenzurück auch weiterhin zur Seite zu stehen, auch dann, wenn meine Rufe von übereifrigen Kollegen, die unserer Partei angehören wollen, auf den Index gesetzt wird, auch dann, wenn man den Versuch machen wird, mich wirtschaftlich zu schädigen.

Alfred Bernstein.

Partei-Nachrichten.

Münchener Humor.

Die lustigen Habereverbe, die auf dem Kellerfest in München bei der Aufführung eines gereinigten Habereverdreihens vorgetragen wurden, haben unsern Lesern gewiß ebensoviele Spaß gemacht, wie den so herb gestrozelten Opfern des Scherzes. Der Münchener Humor hat noch weitere Opfer erlitten. Eingewidelt in eine „höchst interessante, von wahrhaft stillosen Grundrissen gestützte, principiell einwandfreie Intendantenbeilage“ aus angenehmem gelbem Papier, erschien zur Feier des Parteitage „Der falsche Staat“, ein illustriertes Erbauungsorgan, für dessen Inhalt der eventuelle Verlag verantwortlich sein wird, während für die Inserate weder die Redaktion noch der Verlag verantwortlich sein mag. Dagegen erhalten die Inserenten auf den Zeilenpreis von 1,25 M. einen Preiszuschlag von 50 Proz., wenn sie die Verantwortung übernehmen.

Wir sind sicher, daß sich die Inserenten, unter denen viele Firmen von gutem Rufe sind, um diese Ehre reifen werden. Unsern Lesern glauben wir einen Dienst zu erweisen, wenn wir sie auf einige der günstigen Angebote aufmerksam machen. So empfiehlt die Gelegenheitslauf die illustrierte Dampfboaripalateri Steigpflanzrieden aus ausgezeichnetem geschliffenen Messer aus bestem osteuropäischem und westfälischem Stahl. Die renommierte Firma B. V. & Co. empfiehlt Verlegern, die um Mitarbeiter verlegen sind, Revolut, allen erprobtesten Anforderungen entsprechend. Für Verleger wichtig ist auch die Empfehlung eines jungen gewandten Redacteurs, zuverlässiger Orthograph, der sowohl berufsmäßig wie literarisch schreiben kann, über zahlreiche eigene, zum Teil noch neue Schlagworte mit abstraktenbunden Sammelstempeln verfügt, perfekter Auswärtiger und Richtmitglied des Vereins Arbeiterpresse ist. Er ist bereit 16 Stunden täglich zu sitzen und würde eventuell auch in ein passendes Geschäft eintraten.

Epochemachend ist die Erfindung der Vereinigten Erfurter Stempelwerke, die die vollständige Abschaffung der Redactoren durch Anwendung geeigneter Kautschukstempel gestattet. Jedermann kann sie anwenden und jedermann kann deshalb sein eigener Redacteur sein. Die Stempel enthalten alle gangbaren kritischen „Schwänzen“, wie „Kommentar überflüssig“, „Sie!“, „Wer laßt da!“, usw. „Blau und Grün“ fordern, nachdem nun einmal alle andern Aufgaben gelöst sind, zur Gründung einer Centralwindelwaschanstalt auf. Die Sache wird schon schief gehen; hat sich doch Frau L. B. schon als Überwindelwälderin empfohlen. Daneben bietet auch der Legteil des falschen Staat vielerlei Interessantes. In bekannten kräftigen Tönen vernehmlich Wp. einen „neuen Schulerkreis des Opportunismus“ in einem zum Nachdruck empfohlenen Artikel, der zum Lang- und Kurzmachen eingerichtet ist und sogar bei Platzmangel ganz weggelassen werden kann, ohne daß der Zusammenhang darunter leidet. Die Illustrationen muß man sehen, was bei uns leider nicht der Fall ist.

Auch die Bitteraturkritik ist nicht vernachlässigt. So wird das in dem weltbekannten Verlage von John Kobelhaus soeben erschienene Werk des Ede Zweisehholz (von einigen auch Zweisehlich her genannt) mit verdieuten Lobe ausgezeichnet. Man kennt ja die virtuose Logik und die zicklere Sicherheit, mit der der Verfasser die marxistische Abulistik läßt zusammenhangen. Wom empfohlen wird auch das unter Mitwirkung von Tierärzten herausgegebene Buch vom gesunden und kranken Wurm des in allen Wissenschaften beschlagenen Schriftgelehrten G. Manuel. Im übrigen giebt der eventuelle Verlag die für humane Leser beruhigende Versicherung, daß seine Vertreter an allen exponierten Stellen gepostet und mit Fingerring und -Hosen versehen sind. Zuschlagen list also nichts.

Zum Parteitagbericht geht uns mit der Bitte um Aufnahme folgende Verichtigung zu: In dem Bericht der Controlcom auf dem Parteitag sind in Bezug auf Unterzeichneten Irrungen enthalten, die falsche Folgerungen nach sich führen mußten. Wichtig ist, daß die Zeitung derjenigen hiesigen Institution, an welcher ich alle Verhältnisse anstrengend anstreife, infolge eines Fehlers machte, als sie vom Comptoir der Hauptkasse 200 M. zu wenig abrief. Selbstredend konnte dieser Irrtum nicht verdeckt werden und mußte bei einer gelegentlichen Zinsberechnung sich aufdecken, was auch geschah. Ein in vergangener Herbst unangeführt gebliebener Verlust war Veranlassung, daß ich mich bei der Vermögensaufstellung über obigen Fehler

täußerte. Noch will ich bemerken, daß meinerseits die Abgabe der Bücher erfolgte, mit Ausnahme einer mein Privatgenuss bildenden kleinen Hülfsliste.

W. K. H. P. P.

Vom Genossen Richard Lipinski erhalten wir eine Zuschrift wegen untrer Bemerkungen über die von ihm verlegte Schrift „Der Mensch in der kommenden Gesellschaft“. Genosse Lipinski beschwert sich darüber, daß wir zwar ihn als Verleger, nicht aber den Verfasser des Buches genannt haben, und zieht daraus den Schluß, daß ein Boykott seines ganzen Verlages empfohlen werde.

Genosse Lipinski irrt darin. Es kam uns lediglich auf eine Kennzeichnung der erwähnten Schrift an. Der Name des Verlegers, eines Herrn Carl oder Karl (die Schreibung ist verschieden auf dem Umschlag und dem Aufzettel) ist lediglich aus Versehen weggelassen. Im übrigen kommen wir gern dem Wunsche des Genossen Lipinski nach, das Nachstehende zu seiner Rechtfertigung mitzuteilen:

Ich habe das Buch bis auf Titel und Umschlag fertig gedruckt erhalten und wurde gebeten, den Vertrieb zu übernehmen. Ich teile die Ansicht und Ausführung des Verlegers nicht und fand auch keine Schlussfolgerung nicht für einwandfrei. Lediglich zur Vereinfachung der geschäftlichen Disposition und weil der Verfasser mit Rücksicht auf seine Stellung als Verleger nicht genannt werden konnte, habe ich die Schrift als die meines Verlags bezeichnet. Ich habe mir stets Mühe gegeben, den Inhalt meiner Verlagswerke auf das peinlichste zu prüfen, um nur Gutes bieten zu können. Wenn trotzdem einmal ein Fehltriff erfolgt, so berechtigt es nicht, allgemeine ungünstige Schlüsse auf den Gesamtverlag zu ziehen.

Partei-Presse. Genosse Heinrich Schulz, zur Zeit leitender Redacteur der „Koblenburger Volksstimme“, tritt mit dem 1. Oktober d. J. als leitender Redacteur in die Redaktion der „Oremer Bürger-Zeitung“ ein.

Der Generalrat der sozialistischen Partei in Belgien hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen bezoldeten Partisekretär anzustellen.

Aus Industrie und Handel.

Die Versammlung der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Halbzeugverbraucher in Dagen (Westfalen), vertreten durch 32 Walzwerke, beriet heute unter dem Vorsitz des Generaldirektors Schumann-Witten über die Stellungnahme zum Halbzeugverband. Es wurde von allen Seiten Klage geführt über das Verhalten des Verbandes gegenüber den Verbrauchern. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen für Halbzeug und fertige Fabrikate herbeigeführt sei derart, daß die Walzwerke kraftlos unter Selbstkosten arbeiten müßten. Es sei erforderlich, daß der Halbzeugverband von seinem bisherigen Standpunkte abgehe und die erbetene Preisermäßigung von 5 bis 7 1/2 M. pro Tonne zugebe. Ferner wurde beschlossen, eine außerordentliche Eingabe an den Halbzeugverband zu richten, in welcher die Lage der Walzwerke eingehend dargestellt, und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß der Halbzeugverband den Wünschen der Verbraucher entgegenkomme.

Der Verlauf der Versammlung zeigt deutlich, wie abhängig sich die Halbzeugverbraucher vom Halbzeugverband fühlen; sie fordern nicht, sondern petitionieren und hoffen. Ob bei diesem Hoffen und Bitten viel herauskommen wird, möchten wir vorläufig noch bezweifeln.

Rheinisch-westfälisches Kohlenstudiat. In der heutigen Beiratsung wurde, der Rheinisch-westfälischen Zeitung zufolge, beschlossen, für das letzte Quartal d. J. eine Fördererhöhung von 24 Proz., wie bisher, der Bechenderföher-Versammlung vorzuschlagen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Im Baugewerbe von Hamburg und Umgegend herrscht noch keineswegs Frieden zwischen den Unternehmern und den Arbeitern. Aus einem Aufreiß, den der „Grundstein“ an die Maurer Deutschlands richtet, geht hervor, daß im Gebiet des sogenannten Vierstädte-Bundes die Differenzen zwischen dem Verband organisierten Maurern und den Baugewerks-Jünglingen noch in voller Schärfe bestehen. Die Hamburger Innung hat die Aussperrung zwar offiziell aufgehoben, aber die einzelnen Unternehmer und das Innungsbureau sind bemüht, die Hamburger Maurer und Bauarbeiter zu mahregeln, um sie zur Anerkennung der von der Innung aufgestellten Bedingungen zu zwingen. In derselben Weise geht die Gerdburg-Wilhelmsburger Innung vor. — Andererseits ist auch die Streikleitung nicht müde gewesen. Sie hat über verschiedene Innungsmeister aufs neue die Sperre verhängt. Das war notwendig, um den Maßnahmen der Innung zu begegnen, und auch um zu zeigen, daß die Maurer von Hamburg und Umgegend nicht willens sind, ihre Forderungen aufzugeben.

Die gesperrten Innungsmeister, soweit sie nicht bewilligt haben, liegen verlorben, es solle in nächster Zeit eine neue Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter vorgenommen werden. Ob dem wirklich so ist, mag dahin gestellt sein. Das eine aber ist sicher: Die Unternehmer sind eifriger als je bemüht, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Durch Zeitungsinserate und durch Agenten in allen Teilen Deutschlands, sowie in Holland, Ostreich, ja sogar in Rußland werden Maurer und Bauarbeiter unter fabelhaften Versprechungen angeworben versucht. Durch Heranziehung großer Massen fremder Arbeitskräfte soll die Bauarbeiterchaft Hamburgs dem sozialen Unfrieden preisgegeben, sollen die Gewerkschaften vernichtet werden. Das ist der Wille des Hamburger Arbeitgeber-Verbandes, den die Behörden in weitgehendster Weise unterstützen.

Um die sauberen Pläne der Unternehmer zu vereiteln, muß bis auf weiteres der Zugang nach Hamburg, Altona, Wandsbek und Gerdburg-Wilhelmsburg streng ferngehalten werden.

Ein Bühnenarbeiter-Ausland ist am Mittwoch in der Centralhalle in Hamburg ausgebrochen. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Direktion die von den Arbeitern geforderte Lohn-erhöhung von 90 auf 100 M. monatlich abgelehnt hat. Die Hilfs- und Conditorenarbeiter, die für jede Abendvorstellung 1 M. erhalten, schlossen sich den Streikenden an, weil ihre Forderung, daß ihnen auch für die Sonntagnachmittags-Vorstellungen eine Mark bezahlt werde, ebenfalls abgelehnt worden ist. Hinter den Conditoren herrschte infolge dieses plötzlich ausgedehnten Streiks eine begeisterte Erregung. Alle nur irgend verfügbaren Personen mußten mit Hand anlegen, die „Conditoren schreiben“ usw., um die Vorstellung, deren Abschluß sich über eine Stunde gegen sonst verspätete, programmäßig ihrem Ende entgegenzuführen.

Ausland.

Der Ausstand in Decageville hat bedeutend an Umfang zugenommen und ist jetzt ziemlich allgemein. Die Ausständigen beabsichtigen die Gruben sowie die Maschinen durch Arbeiter bewachen zu lassen. Man glaubt allgemein, daß der Streik von langer Dauer sein werde. Viele Grubenarbeiter haben Verpfändungen bei Landwirten angenommen. Bedeutende Gendarmereiverstärkungen sind eingetroffen. Einste Zwischenfälle sind bisher nicht vorgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Alkoholismus und Selbstmord. Von Dr. Hubert Schürer. Berlin SW, 1902. Verlag von Hermann Walther. Arbeiterzeitung und Kulturfortschritt. Von Augustus. Berlin SW, 1902. Hermann Walther, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Grätz-Kalender. Grätz-Buchhandlung in Grätz. 60 Cts.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 20. September.
Opernhaus. Robert der Teufel. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Räuber. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Das süße Mädel. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Der Schatzkammer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heideberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Der Hecchohne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welken. Das Nachtlager von Granada. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.
Nenes. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Reizend. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu) vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Doktor Klaus. Anfang 8 Uhr.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.
Carl Welk. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.
Lutjen. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr.
Rachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.
Casino. Eritische Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Kleines. Serenissimus-Zwischenspiele. Kommissenböll. Kollegen. Schöne Geelen. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lyfistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Santes Theater. Susanne im Bade. Bunter Teil. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.
Wilhelm. Der Wolfesking. Anfang 8 Uhr.
Palast. Eine Nacht im Ballhause. Anfang 8 Uhr.
Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Tausend Jahre deutscher Kultur. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.
 Heute und folgende Tage:
Wie man Männer feiert.
 Große Ausstattungspose in 4 Akten von Ward u. Henneman. Regie von Berger. — Gäste: Josephine Dora, Papi Weiss, Maria Mädel, Toni Grünfeld. — Sonntagnachm. halbe Preise: Drei Paar Schuhe. — Abends: Wie man Männer feiert.

Thalia-Theater.
 Dresdenerstrasse 72-73.
 Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität!
Er und seine Schwester.
 Hoffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten Guido Thielscher als Orchester-Direktor. Im 2. Akt: Ringel-Couplet.
 Gerda Walda. Fritz Helmerding. Herbert Paulmüller. August Reiff.
 Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Luisen-Theater.
 Reichenbergerstrasse 34.
 Drei Minuten vom Rotbäuer Thor.
 Rachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Schüler-Vorstellung.
Maria Stuart.
 Abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
 Sonntag 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Chello, der Mohr von Venedig.
 Ab. 8 Uhr: Robert und Bertram.
 Montag: Die Dame von Yvon.
 Vorverkauf 10-2 Uhr Theaterkasse, Invaliden- und Röntgenkass.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132.
 Rachm. 4 Uhr: H. Preise 10, 25 Pf. usw.
Tausend und eine Nacht.
 Sautermarken mit Gesang in 5 Akten von H. Deising.
 Abends 8 Uhr:
Eine Paria.
 Abendbild in 5 Akten (8 Bildern) von Gust. Ritterfeldt.
 Morgen nachm. 3 Uhr: H. Preise.
Maria Stuart. Abends: Eine Paria.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauerbrücke 3.
 Größtes Vergnügungslokal Berlin.
 Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
 Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellg.
 Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

Urania.
 Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte.
 Invalidenstr. 57/62.
 Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.
 Auf das glänzendste renoviert.
 Aufgang nur Unter den Linden 22.
 Anfang Sonntags 3 Uhr.
 Ende 11 1/2 Uhr.
 Wochentags Anfang 8 Uhr.
Hella Collier
 Deutschlands beste Vortrags-Soubrette.
Savely Goré, neuer russischer Tenor. — **Liane d'Amiroff,** hohe Schule, geritten auf einer Plattform.
 14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum
 Friedrich-Strasse 105.
 Die sensationellen lebenden Bilder,
 dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich nachmittags 4 Uhr:
Grosses Militär-Konzert.
 Entree 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Casino-Theater.
 Voßtr. 37.
 Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
 Neu! **Stella Zaza.** Neu!
 Schindl. Origin. Reubert.
 Dazu anbauender großer Erfolg:
Chrlische Arbeit.
 Entree 30, Part. 50, Fant. 20 bis 2 M.

Metropol-Theater
 Heute:
Berlin bleibt Berlin.
 Grosse Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Erik Meyer-Helmund.
 Emil Thomas a. G. Josef Josephl. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen gestattet.

Trianon-Theater.
 Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr.
Eröffnung
 Sonnabend, 27. Septbr.

Apollo-Theater
 Zum 173. Mal:
Lysistrata
 Operette in 2 Akten v. Paul Lincke.
Luftballet „Grigolatis“.
Carola x Steidl x Rieck
 Kettner x Kröcher x Lieban x Runge Malkowaka x Perry etc.
Die vier Australierinnen.
 Savonius x Elliott x Welsons. Lebende Photographien.
 Kassen-Eröffnung 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater.
 Gesundbrunnen, Badstr. 58.
 Sonntag, den 21. September:
20 000 Mark Belohnung.
 Hr. Poffe mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepton.
 Musik von G. Stenend.
 Diese Vorstellungen finden jeden Mittwoch und Sonntag statt.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) Sonnabendabend 8 Uhr: **Doktor Klaus.** Lustspiel in 5 Akten von Adolph Krönge.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Sappho.**
 Sonntagabend 8 Uhr: **Einsame Menschen.**
 Montagabend 8 Uhr: **Moritur.**
 Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmstädtisches Theater) Sonnabendabend 8 Uhr: **Einsame Menschen.** Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Jugend.**
 Sonntagabend 8 Uhr: **Doktor Klaus.**
 Montagabend 8 Uhr: **Die Mottenburger.**

Cirkus Alb. Schumann
 Karlstrasse. Cirkus-Gebäude.
 Sonnabend, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.
25 Gerettete von der Insel Martinique,
 12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder in ihren heimatischen Gebräuchen, Gefangen, Tänzen usw. sowie sämtliche für Berlin neu engagierten Künstler und Künstlerinnen. Vorführung der Original-Dressuren durch Direktor **Alb. Schumann** sowie die vorzüglichsten **Clown und Auguste.**
 Die Kasse im Cirkus ist täglich von 10 Uhr morgens ununterbrochen geöffnet.
 Alles Nähere die Tagesplakate und Annoncen.
 Sonntag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr: **2. gr. Vorstellung.**

Kleines Theater
 (Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
 Anfang 8 Uhr.
Serenissimus-Zwischenspiele
 Malennacht. — Bauernkomödi. Kollegen.
Buntes Theater. („Ueberbrettli“.)
 Köpenickerstr. 68.
 Anfang 8 Uhr.
 Zusanna im Bade von G. Salas. Bunter Teil. Leitung: O. Strauss. Tiny Sanders a. G. Bozema Bradsky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

Wilhelm-Theater.
 Friedrichstr. 236.
Dorf und Stadt.
 Schauspiel in 5 Aufzügen von Carl Birch-Welcher.
 Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Dorf und Stadt.

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Durchaus renoviert.
 Direktion: Richard Winkler.
 Vollständig neu umgestaltet.
 9 Uhr: **Reizenerfolg!** 9 Uhr:
Eine Nacht im Ballhause.
 Schwan in 4 Akten von H. Kneifel. Rührer Produktion. Dir. R. Winkler. Lotte Monds, beste deutsche Soubrette. Les Premiers, Akrobat-Quartett. Fritz Brandt, Humorist, hoch aktuell. The Cronays, Sport-Juggler. Veritas, herdisches Damen-Septett.
 Entree 30 Pf.
 Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Steidl-Theater
 Anhaltstr. 132 am Oranienburger Thor.
 Täglich humorist. Soiree u. a.:
Studenten Lust u. Leid.
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
 Vorverkauf 11-1 Uhr.
 Sonn- u. Donnerstag im Festsaal Tanzkränzen.

W. Noacks Theater.
 (Direktion Robert Dill.)
 Brunnenstrasse 10.
 Eröffnung der Winter-Saison.
Goldelse.
 Schauspiel in 5 Akten von G. Wegel und R. Wegener.
 Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.
A. Stippekohls Restaurant
 Köpenick, Schönholzerstr. 5.
 Arbeiter-Berkehrslokal. Hier gute Speisen u. Getränke ist bestens gepflegt.

Garantie 5 Jahre!
Cignés Fabrikat!
 Um auch denjenigen Gelegenheit zu geben, die bisher noch keinen Versuch mit meinen Waren gemacht haben, sind von der unübertroffenen Qualität und Preiswürdigkeit meiner Waren zu überzeugen, versende ich nachstehendes **Silberstahl-Rasiermesser Nr. 5,** genau nach Zeichnung, aus bestem Stahl geschmiedet, sein höhl. geschliffenes schwarzes Hornbeil mit echter Silber-Plattierung, für jeden ohne Voreinrichtung des Betrages, Nicht vollständig ausgehoben, da nicht gefällende Rasiermesser nach vierwöchentlichem Gebrauch umsonst oder den Betrag zurückgabe.
Umsonst und portofrei versende an jedermann meinen neuesten Praxiskatalog über Scheren, Haarschneidemaschinen, Rasiermesser, Taschenmesser, Tischmesser — Behälter, Gb- und Theelöffel, Gärner, Messer, Schuhmacher- und Haushaltungsgegenstände, Runds- und Ritz-Harmonikas, Schirme, Spazierstöcke, Weisen, Cigaretten-Etuis, Lederwaren, Vorhemdchen, Adams, Uhrketten, Gold- und Silber-Schmuckstücke, Taschen- und Regulateur-Uhren, Revolver und Jagdgeschwehre und sonstige viele Neuheiten.
Anerkennungsschreiben: Die Waren, besonders die Rasiermesser, sind ausgezeichnet ausgefallen und werde ich Sie in meinem ganzen Kreis empfehlen. Nachbestellungen erfolgen sicher.
Jakob Falke II. Agent in Oppenheim.

Wintergarten
 Robinson Baker, Springer.
 „In den Alpen“, Tanzquartett.
 Angelina von Loo, Sängerin vom kgl. Theater, Brüssel.
 Mand Griseida, Hunde-Dressseuse.
 Joale de Witt, Sängerin u. Geigerin.
 Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
 Refix, athletische Produktionen.
 Helene Gerard, „Hohe Schule“.
 Die Kellins-Truppe, ital. Akrobaten.
Claudine Polaire, Pariser Sängerin.
 W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode
 Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris.
 „Biograph“.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.
 Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzen**
 Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
 (Direktion Robert Dill.)
 Brunnenstrasse 10.
 Eröffnung der Winter-Saison.
Goldelse.
 Schauspiel in 5 Akten von G. Wegel und R. Wegener.
 Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.
A. Stippekohls Restaurant
 Köpenick, Schönholzerstr. 5.
 Arbeiter-Berkehrslokal. Hier gute Speisen u. Getränke ist bestens gepflegt.

Neue freie Volksbühne.
 I. Ordentliche Vereins-Vorstellung
 der II. Abteilung: Sonntag, den 28. September,
 im Schiller-Theater N., Chausseestrasse 25/26.
Die Braut von Messina.
 Trauerspiel mit Chören von Schiller.

Die weiteren Vorstellungen finden teils im Schiller-Theater N. und Schiller-Theater O., teils im Belle-Alliance-Theater statt. — Als nächstfolgende Stücke gelangen zur Aufführung: „Von Gottes Gnaden“, Trauerspiel von Arthur Hoyer; „Zielagende Weiber“, sociales Drama von Eugenio della Croce; „Marianne“, Schauspiel von Karl Hauptmann; „Famille Schroffenstein“, Drama von Heinrich von Kleist; „Martin Schwardt“ von Carl Hübner; „Tartüffe“, Lustspiel von Molière; „Der Fied auf der Ehr“, Volksstück von Ludwig Angengrunder.
 Mitglieder werden noch in nachstehenden Zahlstellen aufgenommen:
 K. Knapp, Grünthalstr. 5. D. Gradhandt, Frenzlauer Allee 216. Anna 2 1/2 Uhr, Adstr. 38 II. R. Kannaple, Brunnenstr. 122. Heinrich Reiff, Georgenstr. 22. vora 3 Tr. Hermann Becker, Geylowstr. 10. G. Vandgraf, Reichenbergerstr. 15. A. Bach, Köpenickerstr. 120. Rebr, Friedrichstr. 211. Vegetarisches Speisehaus. G. Hobien, Kommandantenstr. 62. Schaefer, Neue Jakobstr. 6. G. Schön, Raunowstr. 83. G. Konigold, Wangenstr. 52 III. Alfred Strangfeld, Brüggerstr. 24a. B. Tabert, Marktstr. 14. Hermann Gierke, Wartenstr. 3. St. III. A. Gorn, Frankfurter Allee 119. P. Gruber, Friedstr. 55. S. Glaser, Weinmeisterstr. 18. Schöneberg: Krenndt, Eberndorferstr. 2. Friedenau: Karl Daus, Kirchstr. 15. St. III. Ginfreibegeld 50 Pf., monatlicher Beitrag 10 Pf. inkl. Vereins-Kräft 75 Pf.
 Der Vorstand: J. K. Heinz Reiff.

Arbeiter-Bildungs-Schule
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Lehrplan für das IV. Quartal 1902.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
National-ökonomie	Geld und Währung	Schriftst. Georg Bernhard	Montag
Natur-Erkenntnis	Die Entwicklung des Weltalls und das sociale Leben der Tiere.	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Geschichte	Geschichte des Socialismus seit dem Altertum, mit besonderer Berücksichtigung der Staatsverfassungen.	Schriftsteller Max Schütte	Donnerstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 13. Oktober; **Natur-Erkenntnis** Dienstag, den 14. Oktober; **Geschichte** Donnerstag, den 15. Oktober; **Rede-Uebung** Freitag, den 17. Oktober. — Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr.
 Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im **Schullokale Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.,** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz,** Admiralstrasse 40a; **Reul,** Barnimstrasse 42; **Vogel,** Demminstrasse 32; **Krause,** Müllerstrasse 7a; **Horsch,** Engel-Ufer 15.
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé,** Berlin SW. 42, Moeckernstr. 104, 4 Tr., Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs,** Berlin S. 59, Hasenheide 50, zu senden.
 Der Vorstand.

Berliner Ressource
 Kommandantenstrasse 57.
 Kleine und große Säle für 100, 500 und 1000 Personen empfiehlt **Adolf Stehl.**
 Samstag sowie ein Sonnabend im Oktober und November frei gemiorden.

M. Cohns Festsäle,
 Beuth-Strasse 20. 48492*
 Die Sonnabende 11., 18. und 25. Oktober sind frei geworden und unter coulantem Bedingungen zu vergeben.

Paul Schnittert
 Stahlwaren-Fabrik u. Versandhaus
 in Wald bei Solingen 5
 Garantie 5 Jahre!
Silberstahl-Rasiermesser Nr. 5, genau nach Zeichnung, aus bestem Stahl geschmiedet, sein höhl. geschliffenes schwarzes Hornbeil mit echter Silber-Plattierung, für jeden ohne Voreinrichtung des Betrages, Nicht vollständig ausgehoben, da nicht gefällende Rasiermesser nach vierwöchentlichem Gebrauch umsonst oder den Betrag zurückgabe.
Umsonst und portofrei versende an jedermann meinen neuesten Praxiskatalog über Scheren, Haarschneidemaschinen, Rasiermesser, Taschenmesser, Tischmesser — Behälter, Gb- und Theelöffel, Gärner, Messer, Schuhmacher- und Haushaltungsgegenstände, Runds- und Ritz-Harmonikas, Schirme, Spazierstöcke, Weisen, Cigaretten-Etuis, Lederwaren, Vorhemdchen, Adams, Uhrketten, Gold- und Silber-Schmuckstücke, Taschen- und Regulateur-Uhren, Revolver und Jagdgeschwehre und sonstige viele Neuheiten.
Anerkennungsschreiben: Die Waren, besonders die Rasiermesser, sind ausgezeichnet ausgefallen und werde ich Sie in meinem ganzen Kreis empfehlen. Nachbestellungen erfolgen sicher.
Jakob Falke II. Agent in Oppenheim.
 Name in Goldschrift eingraviert 10 Pf. extra.



Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons in blau und schwarz, Kammgarn u. Cheviot
Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstrasse 141, Ecke Fruchstrasse. 49128*

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5, Telephon Amt 7 Nr. 353.
Sonntag, den 21. September 1902, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Klempnerversammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Die Beendigung unserer Lohnbewegung, die Tarifkommission und die Wahl unserer Vertreter hierzu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Es gilt, nochmals vollständig anzutreten, um dadurch zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, das, was wir an Terrain erobert haben, uns wieder nehmen zu lassen.
Jeder Kollege muß zur Stelle sein!

Sonntag, den 21. September 1902, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Feilenarbeiter
im Lokale von Sachs, Rindowstraße 26.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Behrend über den Arbeitsvertrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 21. September 1902, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Schraubendreher
bei Wetzels, Wrangelstraße 136.

Montag, den 22. September 1902, abends 6 1/2 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45:

Versammlung
der Kollegen folgender Firmen: Förster u. Runge, Semmler u. Bleiberg, Woldenhauer u. Mehdorf, A. Benver, Griehl, Schiffner u. Pleen, Georg Drechsler, Schild, Bechlin, Trost, John, Schreffel, Wegner, Jahn, Schnypmann (Inhaber: Steffen), Ludepiel.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der am 21. Juli gewählten Lohnkommission und eventuelle Beschlußfassung wegen zu stellender Forderungen. 4. Verschiedenes.

Montag, den 22. September cr., abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Riedorf
im Lokale des Herrn Mercier, Zeinmehstraße 113.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Alwin Körsten über: „Die Arbeiterschub-Gesetzgebung“. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.
Da dieser Vortrag höchst lehrreich ist, erwarde ich zahlreichen Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(G. S. 29.) Filiale Berlin 2.

Montag, den 22. September, abends 8 Uhr, bei Albrecht, Admiralsstr. 18c:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Gutheit über: Das Unfallversicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. F. A.: Ernst Fahrenwald, Köttbuser Ufer 4a.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung, Bilderrahmenmacher!

Montag, den 22. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstr. 123:

Brauer- u. Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Werkstatt-Streik u. Differenzen. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.
Der Obmann.

Centralverband d. Maschinisten u. Heizer
Ortsverwaltung Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 21. September, nachm. 5 Uhr, bei B. Franke, Sebastiansstraße Nr. 39:

Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Aufgaben der Gewerkschaft für die Zukunft. Referent: G. Link. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Versammlung wird bei 11 u. m 5 Uhr eröffnet.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Konsumgenossenschaft Berlin
und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
N. 39, Willdenowstr. 30. — Fernsprecher: Amt II, 2639.

Montag, 29. September, abends 8 Uhr, in den „Germaniafälen“, Chanischestr. 103:

3. ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Kassierendes über das 3. Geschäftsjahr.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes.
3. Festlegung der Dividende und Verteilung des Reingewinns.
4. Genehmigung des Anstellungsvertrages für die Geschäftsführer.
5. Anstellung von 2 Geschäftsführern und Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern; Wahl von 17 Aufsichtsratsmitgliedern und 5 Ersatzpersonen zum Aufsichtsrat.
6. Anschließ des Konsum-Vereins Weidenlee. 127/2
7. Anschließ an den Verband der Konsum- und Produktiv-Genossenschaften Deutschlands.
8. Anträge nach § 13 des Statuts. Anträge Wuyel und Wenosen:
a) Die Stellen der Geschäftsführer sind nochmals auszusuchen;
b) Mitglieder, deren Söhne oder Töchter angestellt oder selbst angestellt sind, können als Verwaltungsmittelglieder nicht gewählt werden;
c) Für jede Verkaufsstelle ist eine Agitationskommission von mindestens 5 Mitgliedern zu wählen;
d) eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche in Gemeinschaft mit der Verwaltung die Vorträge zur Errichtung einer Bäckerei zu erörtern hat.
e) Anträge Kaldowski: Festlegung der Gehälter für das gesamte angehende Personal.
f) Antrag des Aufsichtsrats: Die General-Versammlung wolle beschließen, daß 2 Geschäftsführer nur 1 Geschäftsführer und 1 Kontrolleur anzustellen.
Weitere Anträge zur General-Versammlung müssen bis zum 21. September cr. in meinen Händen sein.
Mitgliedsbuch legitimiert; Mitglieder, welche nicht in dem Besitz ihres Mitgliedsbuches sind, legitimieren sich durch die Postkarte vom Amtsgericht.
Der Vorstand, Tutzauer, H. Rietz.

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:
1. Sineca-Platz 1. (1. Oktober); 10. Kreuzbergstr. 36.
2. Ewinemünderstr. 44.) 11. Tempelhof:
3. Chorinerstr. 46. 12. Berlinstr. 76.
4. Bismarckstr. 19. 13. Schöneberg:
5. Willdenowstr. 30. 14. Kypkestr. Paulusstr. 27.
6. Garrenter. 3. 15. Gothenstr. 1.
7. Wietzefer. 31. Rom 1. Oktober:
8. Brandingstr. 14. 16. Weissensee:
9. Brandstr. 5. 17. Friedrichstr. 12.
10. Gräfefer. 40. 18. Langhausstr. 60.

In allen Verkaufsstellen werden Mitglieder aufgenommen. Eintrittsgeld 50 Pf.
Organisiert den Konsum und die eigne Produktion!

Maler und Anstreicher Berlins.

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Einführung unseres Lohntarifs. 2. Wahl der Ueberwachungs-Kommission.
Zahlreichen Besuch erwartet

Konsum-Verein Berlin-Süd

In Liquidation
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die Generalversammlungen vom 12. und 25. Juni 1902 haben zwecks Anschlusses an die „Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend“ einstimmig die Liquidation unseres Vereins beschlossen. Auf Grund des § 82 des Genossenschaftsgesetzes fordern wir alle diejenigen, welche Ansprüche an obgenannte Genossenschaft zu stellen haben, auf, solche in unserm Comptoir, Gräfefer, 10, unverzüglich geltend zu machen.

Bilanz für das 3. Geschäftsjahr I. Juli 1901 bis 30. Juni 1902.

Activa.	Mark.	Passiva.	Mark.
Kassenbestand	1879,29	Mitglieder-Guthaben	12 660,50
Warenbestand	14 174,15	Reservefonds	634,15
Inventar 10 641,01 M., nach 7 1/2 Proz. Abschreibung	9 842,93	Kreditoren	10 558,64
Däten, Forderungen u. Postungen	749,13	Darlehen	250,—
Rantion (Wahnsinn)	115,—	Reingewinn	3 208,84
Anteil bei der Grobkauf-Gesellschaft	523,70		
Debitoren (Kohlen, Waren, Lieferanten)	627,93		
	27 912,13		27 912,13

Mitglieder-Bewegung.
Bestand am 30. Juni 1901 604 Mitglieder
Zugeworben 585
Ausgeschlossen durch Tod, Verzug etc. 67
Bleibt Bestand am 30. Juni 1902 1102 Mitglieder
Mitglieder-Guthaben am 30. Juni 1902 12 660,50 M.
Einzahlung der Mitglieder am 30. Juni 1902 33 060,—
Berlin, den 18. September 1902.
Die Liquidatoren: Paul Müller, Hugo Schmidt, Emil Welk.
Für den Aufsichtsrat: Carl Mücke, Vorsitzender.

General-Versammlung

am Freitag, den 26. September 1902, abends 8 1/2 Uhr, in Gabels Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1901/1902. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. Verschiedenes.
Die Liquidatoren.

Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen werden ersucht, heute abend ihre Beiträge zu begleichen und in den Werkstätten, wo die Lohn- resp. Arbeitsbedingungen sich verschlechtert haben, eine

Werkstätten-Sitzung
abzuhalten und morgen von 9-10 Uhr bei den Beschlüssigten der Bezirks-Versammlung zu erscheinen. Für Norden findet um 10 Uhr vormittags Hufschmiedstr. 40 eine gemeinsame Aussprache statt.

Montag, den 22. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstr. 18c:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Frische über: „Weltpolitik und Socialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Stiftungsfest findet am 11. October Koppenstraße 29 statt.
Der Vorstand.

Centralverband deutsch. Brauerei-Arbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion I.

Sonntag, den 21. Sept., nachm. 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal I:

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Joseph Klein über: „Geben Arbeiter ein Recht zum Leben?“ 2. Abrechnung von der Urania-Versammlung. 3. Sonstige Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 41/10
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand. F. A.: L. Hodapp, Weihenfer, Wörthstr. 13.
NB: In dieser Versammlung werden Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden. Umgetauschte Briefe werden auszugeben und solche zum Umtausch entgegengenommen. Urania-Briefe sind spätestens in der Versammlung abzutreten.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

u. verwandten Gewerbe zu Berlin. Bekanntmachung.

Am Montag, den 29. September dieses Jahres, tritt die in den Generalversammlungen vom 9. Januar und 9. April beschlossene 2. Abänderung zum revidierten Kassenstatut in Kraft.

Neben den Bestimmungen, welche auf die Versicherungspflicht der selbständigen Hausgewerbetreibenden Bezug nehmen, wird besonders darauf hingewiesen, daß eine neue Entstellung in drei Klassen erfolgt, mit anderweitiger Festlegung des durchschnittlichen Tageslohnes, des Krankengeldes, der wöchentlichen Beiträge und des Sterbegeldes.

Eine weitere Regelung haben die §§ 13 (Rahmerlag) und 23 (Arbeitslohn) erfahren.

Der Nachtrag ist in unserm Kassenlokal Engel-Hfer 15 II, in Empfang zu nehmen. 275/14

Der Vorstand. Bernh. Jost, Vorsitzender, Georg Bäcker, Schriftführer. Genehmigt durch Beschluß vom 23. Juni 1902. C. II. 89.3.02. Berlin, den 21. Juli 1902. (L. S.) Der Bezirks-Ausschuß, Abteilung II. F. B.: Böttger.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(G. S. R. Nr. 29, Hamburg.) Filiale 9.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, bei Fischer, Wandstraße 8.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Kirschbergs Betten-Magazin
befindet sich nur Hackescher Markt 1, 1. Etp.
Detail-Verkauf zu Engrospreisen.
Probalisten, Muster gratis, frko.

Altes Schützenhaus,
Lilien-Strasse 5
empfiehlt seine Säle. 2638b
Sonntags abends im November etc. frei.

Achtung! Vereine!

Letztsamstag, der erste Weihnachtstag und Sonntag, den 22. November, ist noch zu vergeben. Etablissement „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. [5107L]

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gustav Lüttig, Berlin S., Prinzenstr. 46, verleiht gegen Nachnahme gegen neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf., Gieseler Halbhaaren d. Pfd. 32 Pf., bessere Halbhaaren d. Pfd. 32 Pf., vorzügliche Daunen d. Pfd. 32 Pf., 2.50 Pf.
— Von diesen Daunen erhalten 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Versendung frei. Preis u. Proben gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

Sauerstoffwasser

übertrifft jede Art der natürlichen und künstlichen Mineralwässer an Geschmack.

Sauerstoffwasser

ist nicht nur ein sehr feines Tafelwasser, sondern auch medizinisch als eines der besten Heilwässer anerkannt.

Sauerstoffwasser

wird bei Krankheiten auch ärztlich verordnet. Im Krankheitsfälle befrage man den Arzt. [5049L]

Sauerstoffwasser

liefern wir 30 Flaschen infolge unseres Grossbetriebes zu dem billigen Preise von 3 Mk. frei Haus exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.

In unsren 300 Niederlagen ist dieses Sauerstoffwasser auch in einzelnen Flaschen a 10 Pf. zu haben.

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Watterstr. 11-12.

Bier-Abteilung.

30 Flaschen Lagerbier, I. Qualität, a 8 Pf. 2,10 Mk.
30 Flaschen Berliner Münchener a 9 Pf. 2,70 „
30 Flaschen Berliner Pilsener a 9 Pf. 2,70 „
30 Flaschen Prima Weisbier a 7 Pf. 2,10 „
exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird, liefern wir frei Haus.

In unsren 300 Niederlagen sind auch einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5050L

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Watterstr. 11-12. Fernsp. III, 3524.

Selterswasser

30 grosse Flaschen 1,50 Mk.

Brauselimonaden

Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-, a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus destillierten, frischen Früchten bereitet, 30 Flaschen frei Haus 3,— Mk.

Fruchtsäfte

Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, a Ltrll. 1,30 Mk.

Citronensaft zur Kur

aus frischer Frucht a Fl. 1,50, 1,00 u. 0,55 Mk. exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Lieferung frei Haus.

In unsren 300 Niederlagen sind einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5051L

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Watterstr. 11/12.

Die schönsten Herren-Anzüge.

Herrn-Anzüge in neuem, sowie speziell 49579

Monatsgarderobe

von Kavaliere zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu faulem billigen Preise frei zu haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserthorstraße.

97 Die schönsten Herren-97

Anzüge, Herren-Garderobe in neuem, sowie speziell 1855b

Monats-Garderobe

von Kavaliere zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu faulem billigen Preise frei zu haben. Einlegungs- und Kinder-Anzüge in großer Auswahl.

H. Moldauer, 97 Prinzenstrasse, 97
großes Ritter- und Wasserthorstraße.

Achtung, Vereine!

Empfehle meine gänzlich neu renovierten Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonntags und Sonntag nach frei. 5037b

Neues Klubhaus.

72, Kommandantenstr. 72.

Briketts

billig. billig. Hermanns Kohlenlager, O. Rühlstr. 12.

Wegen Aufgabe meines Bahnhofs offeriere in Zeustenberger Briketts Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stk. frei Keller 6" 6,25 6" — 5,75 Brik. 7" 7,50 7,25 7,— frei Boden 50 Pf. pro 1000 St. mehr, ab Lagerplatz entsprechend billiger. Sämtliche andern Brennmaterialien ebenfalls billig. 4913b

Die beste Cigarre.

25 Stück in Zifen 1 Mk., wegen Umzug, Binneböse, Schillingstraße 30.

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Garm- und Frauenleiden, Seydolzstr. 9, 1/2, 1/3, 1/6, 1/8, Sonntag 9-11.

